

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 1,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fleischwucher und agrarische Ausflüchte.

Auf alle Klagen über die Fleischteuerung und auf die Forderung der Dämpfung der Grenzen antworten die Agrarier mit der stereotypen Behauptung, die Dämpfung der Grenzen und die Abschaffung der Zölle würde nichts nützen, da auch im Auslande das Vieh teuer ist; ferner wiederholen sie die alte Leier von dem unentbehrlichen Schutz gegen die Einschleppung der Seuchen, drittens schieben sie die Schuld auf die Händler. Prüfen wir diese Einwände.

Vor allem das Argument der Seucheneinschleppung. Wenn man's so hört, könnte man glauben, daß Deutschlands gesunde Gefilde frei sind von den bösen Bakterien, daß die deutschen Wiederkäuer und Vorkentiere unter besonderem Schutze des Himmels stehen und nur erkranken, wenn die Seuche eingeschleppt wird. In alledem ist kein wahres Wort. In den Grenzländern, in Oesterreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark sind die veterinärpolizeilichen Vorschriften nicht minder streng wie in Deutschland und Seuchenherde bestehen dort nicht in höherem Maße wie hier. Die Sache ist so klar, daß man darüber eigentlich kein Wort zu verlieren braucht. Die Verschleppung von Seuchen findet innerhalb eines Landes ebenso statt, wie über die Grenze, die Gefahr wird durch den Grenzverkehr mit den genannten Ländern überhaupt nicht vergrößert.

Die einzige Grenze die gefährdet ist, ist die russische Grenze. Jenseits dieser Grenze sind die Zustände tatsächlich schlimm, weil die verlotterte russische Verwaltung nicht imstande ist, eine erfolgreiche Veterinärpolizei zu handhaben. Die Bevölkerung aber kann nichts tun, weil die Selbstverwaltung fehlt. Hier ist also eine scharfe Kontrolle notwendig. Sobald aber diese Kontrolle nicht der Schütze, sondern dem tatsächlichen Schutz dienen soll, ist sie unbedingt sicher durchzuführen. Heute ist die Einfuhr von Rindvieh aus Rußland gänzlich untersagt, während die Einfuhr von Schweinen „kontingentiert“ ist: es dürfen wöchentlich 2500 Stück nach bestimmten Schlachthöfen in Oberschlesien eingeführt werden. Warum nur nach Oberschlesien, warum nicht auch nach den Grenzstädten in den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen? Nur deshalb, weil es sich eben nicht um die Kontrolle, sondern um Schütze handelt. Die Regierung mußte die Einfuhr nach Oberschlesien gestatten, weil hier der Fleischmangel bereits in den neunziger Jahren zu einem unerhörten Skandal wurde, sie sträubt sich die gleiche Maßnahme für andere Grenzstriche zu gestatten, einzig, weil sie den Agrariern die Konkurrenz fernhalten will. Und dann: warum 2500, warum nicht 3000, nicht 5000 Stück wöchentlich? Kann man 2500 Stück kontrollieren, so kann man auch die doppelte Zahl kontrollieren. Nun sagt man: es wird auch dieses Kontingent nicht ausgenutzt; im letzten Jahre sind statt 130 000 nur 119 000 Stück Schweine aus Rußland eingeführt und 1908 nur 95 000 Stück. Sehr erklärlich! Die polnischen Landwirte längs der preussischen Grenze können gut und leicht viele Hunderttausende von Schweinen liefern; wenn aber die Tiere, statt ein paar Meilen nach den deutschen Grenzorten gebracht zu werden, einen Transport von 100 und mehr Meilen zurücklegen müssen, um auf großen Umwegen nach Oberschlesien zu gelangen, so ist die Einfuhr praktisch unmöglich, die Transportkosten werden zu hoch. Deshalb kommen für die Einfuhr nach Deutschland nur die Gegenden jenseits der oberschlesischen Grenze in Betracht. Aber hier liegt das polnische Industriegebiet von Dombrowa-Sosnowice, das gleichfalls einen starken Bedarf an Schweinefleisch hat. Es ist daher ganz natürlich, daß dieser Rahon nicht das zulässige Kontingent liefert.

Man richte in den Grenzorten der Bahnstrecken, in Eydtkuhnen, Lya, Soldau, Thorn, Ostrowo die Schlachthäuser in der gleichen Art wie in Oberschlesien ein und der Bedarf an Schweinen wird sicher gedeckt. Aber wenn nun die Einfuhr von Vorkentieren unter solcher Kontrolle möglich ist, warum nicht auch die Einfuhr von Rindvieh und Schafen? Es würde bei Dämpfung der Grenze sofort auch eine starke Lieferung dieser Schlachttiere aus Rußland stattfinden. Man sieht — das Gerede von der Seuchengefahr fällt in nichts zusammen, wenn man die Tatsachen prüft.

Dabei stellt sich jetzt auch heraus, daß die Maul- und Klauenseuche, die zurzeit in West- und Ostpreußen grassiert, keineswegs vom Auslande eingeschleppt ist. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß sie anlässlich eines Marktes in Tuchel verbreitet wurde, aus den Viehbeständen eines deutschen Händlers. Dieser hatte Vieh nicht vom Auslande bezogen, sondern aus deutschen Orten, wo die Seuche verheimlicht worden war. Es liegen demnach verbrecherische Verheimlichungen deutscher Landwirte und Unterlassungsgründe deutscher Behörden vor.

Also: das Gerede über die Seuchengefahr ist eine lächerliche Ausrede; das Vieh in den Grenzstaaten ist nicht mehr verächtlich, als in Deutschland; die einzige Ausnahme ist Rußland, aber hier liegt es nur an dem guten Willen der deutschen Behörden, bei entsprechender Kontrolle die Einfuhr zu ermöglichen.

Nun zu dem zweiten Einwand: es sei auch im Auslande das Vieh teuer und daher der Bezug vom Auslande nicht möglich. Diese Behauptung ist nur zu einem kleinen Teil richtig. Es sind die Preise im Auslande wohl gestiegen, aber lange nicht in dem Maße wie in Deutschland. Die Ursachen dieser allgemeinen Teuerung sind an sich sehr interessant. In erster Linie sind sie darauf zurückzuführen, daß auch in anderen Staaten die gleiche wahnsinnige Zoll- und Absperrungspolitik getrieben wird. So ist z. B. die enorme Verteuerung des Fleisches in Oesterreich darauf zurückzuführen, daß die österreichische Regierung seit Jahren die Grenze gegen die Balkanländer absperrt. Früher wurden in Massen Schweine und Ochsen aus Serbien und Bulgarien nach Oesterreich ausgeführt, hier gemästet und auf den Markt gebracht. Diese Zufuhr fehlt, die österreichischen Agrarier haben deshalb die Möglichkeit, die Preise zu steigern, unerhörten Wucher zu treiben. Ebenso ist die enorme Fleischteuerung in Nordamerika, die bekanntlich zu einem Fleischboycott geführt hat, künstlich hervorgerufen: es hat der Fleischtrust die Herrschaft über den Markt erlangt und den unerschämtesten Warenwucher getrieben.

Es scheint daher in der Tat die Einfuhr aus Oesterreich für die nächste Zeit nicht sehr steigerungsfähig, wohl aber ist sicher aus der Schweiz, aus Holland, Dänemark und Rußland eine sehr starke Einfuhr zu erwarten, wenn die Grenzen freigegeben und der Zoll aufgehoben wird.

Um wie viel billiger das Fleisch im Auslande ist, ergibt sich aus einem Vergleich zwischen den Viehpreisen in Kopenhagen und in Berlin. Der Vergleich ist deshalb besonders interessant, als es sich in Dänemark nicht um extensive Weidewirtschaft handelt, sondern um eine bei sehr intensiver Landwirtschaft durchgeführte Viehzucht. Bei dem Vergleich können wir uns auf amtliches Material stützen, nämlich auf die Zahlen, die in den „Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches“ (I. Heft 1910) enthalten sind. Danach war der Preis in Mark für den Doppelzentner Schlachtgewicht für Tiere bester Qualität (wobei die Qualität in Dänemark sogar höher ist, da dort unter Qualität I nur Tiere in Vollmast zu verstehen sind):

	Ochsen		Kälber		Schweine	
	Berlin	Kopenhagen	Berlin	Kopenhagen	Berlin	Kopenhagen
1909	156	107	194	131	148	104
1908	155	102	185	129	132	85
1907	162	115	192	132	114	98
1906	172	121	198	139	130	95
1905	158	113	188	124	146	95
1904	144	112	168	118	108	78
1903	146	116	172	121	100	88
1902	139	110	168	115	122	100

Man sieht: die Auf- und Abbewegung vollzieht sich gleichzeitig an beiden Märkten, aber die Preisschwankungen sind in Berlin bei weitem größer. Der höchste Preis für Ochsen — in Berlin 172 M. — ist um rund 24 Proz. höher als der niedrigste — 139 M., während in Kopenhagen die Differenz 10 Proz. beträgt; bei Schweinen ist die Differenz in Berlin 48 Proz., in Kopenhagen nur 20 Proz. Diese größere Stetigkeit der Preise hat bei Versorgung des Marktes sehr große Bedeutung. Die Hauptsache ist aber, daß alle drei Vieharten in Berlin ganz enorm teurer sind als in Kopenhagen. Im Jahre 1909 waren Ochsen um fast 50 Proz., Kälber um 48 Proz., Schweine um fast 44 Proz. in Berlin teurer; auch im Jahre 1902 war die Differenz groß: bei Ochsen 26 Proz., bei Kälbern 45 Proz., bei Schweinen 22 Proz., aber sie ist jetzt bei weitem größer. Der Grund ist sehr einfach: seit 1906 ist der erhöhte Zoll in Geltung und verteuert in Deutschland den Preis in horrender Weise.

Es bleibt also dabei: durch die Grenzsperrung und den Zoll wird der Bevölkerung Deutschlands das Fleisch in horrender Weise verteuert.

Schließlich die Frage: wer hat die Schuld an der gegenwärtigen Teuerung? Die Agrarier behaupten — die Viehhändler; diese wieder beschuldigen die Landwirte, die angeblich das Vieh absichtlich zurückhalten. Behauptung steht also gegen Behauptung.

Notorisch ist, daß bei der Versorgung der großstädtischen Märkte mit Schlachtvieh die Händlerringe eine immer größere Rolle spielen. Das ist sehr erklärlich. Bei dem Viehhandel, wie er sich hier gestaltet hat, werden die kleinen Händler gänzlich ausgeschlossen. Das Vieh muß in großen Partien geliefert werden. Der Händler muß also imstande sein, das Vieh anzukaufen, entsprechend große Stapel an einem Orte zusammen zu bringen und dann in ganzen Wagenladungen — oft sind es ganze Güterzüge — nach den Hauptmärkten zu versenden und zwar oft auf beträchtliche Entfernungen. Dazu bedarf es natürlich sehr bedeutender Kapitalien und es ist selbstverständlich, daß die wenigen Firmen, die hier in Betracht kommen, Ringe untereinander bilden und „die Preise halten“. Daß diese Ringe nicht zimperlich sind und wo sie können den Preis in die Höhe treiben, versteht sich am Rande. Aber diese Praktiken können um so erfolgreicher betrieben werden, je beschränkter der Markt. Wäre die Zufuhr vom Auslande frei, so würde beim Steigen der Preise sofort eine scharfe Konkurrenz einsetzen, es würden Händler außerhalb des Ringes in kurzer Zeit vom Auslande Viehtransporte auf den Markt werfen. Bei der Grenzsperrung und dem enormen Zoll besteht diese Gefahr der Konkurrenz für die Ringe nicht. Sie

können getrost für eine Zeitlang den Markt sperren, indem sie die Viehstapel zurückhalten, die Zufuhr zum Markte unterbinden und so eine „Schwänze“, eine künstliche Preissteigerung herbeiführen. Denn ehe die Konkurrenz größere Transporte zusammenbringt und auf den Markt wirft, vergehen Wochen.

Ob bei der gegenwärtigen Teuerung solche „Schwänze“ eine Rolle spielen, wäre zu untersuchen. Worauf es ankommt, ist, daß nur die Dämpfung der Grenzen und die Aufhebung des Zolles solchen Praktiken vorbeugen kann. Es ist demnach sehr charakteristisch, daß die Viehhändler gegen die Dämpfung der Grenzen sind. So wird berichtet, daß der Bund deutscher Viehhändler auf seiner von 300 Mitgliedern besuchten Jahresversammlung am 31. August in Puzum sich gegen die Dämpfung der Grenzen aussprach, weil diese schließlich zur Einfuhr von gefrorenem Fleisch führen würde, und davor haben die Herren eine Heidenangst. Das Geplänkel zwischen Agrariern und Viehhändlern bestätigt daher nur von neuem die Berechtigung des Rufes nach Dämpfung der Grenzen.

Keine Wüderung der Fleischnot!

Der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes war am Dienstagmittag bei dem preussischen Landwirtschaftsminister und überreichte eine Denkschrift mit einer Reihe Vorschläge zur Bekämpfung der Vieh- und Fleischnot. Der Minister sagte „wohlwollende Erwägung“ der gemachten Vorschläge zu. In einigen Tagen werde er schriftlichen Bescheid geben. Daß die Viehpreise als ungewöhnlich hoch bezeichnet werden könnten, gab er zu, doch sei an eine Dämpfung der Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehes zurzeit nicht zu denken, weil dies nach seiner Ansicht dem Notstand nicht abhelfen würde.

Schon diese Nachrichten über den Empfang des Fleischerverbandsvorsitzenden lassen erkennen, daß die preussische Regierung sich nach wie vor beharrlich weigert, irgend welche Schritte zur Beseitigung der Fleischnot zu tun!

Der württembergische Minister des Innern Dr. v. Pische hat auf einem landwirtschaftlichen Kaufes auch Stellung zur Fleischteuerung genommen und, wie das der Gesellschaft angemessen erscheint, in der er seine Rede hielt, natürlich im agrarierfreundlichen Sinne. Von Dämpfung der Grenzen will er nichts wissen; die Suspension der Futterzölle habe keinen großen Wert, es bleibe nur das „allmählich wirkende Mittel zur Herabsetzung der Fleischpreise: die Vermehrung des eigenen Viehbestandes.“ Es sei eine dringende und im eigenen Interesse der deutschen Landwirtschaft gelegene Aufgabe, der Aufzucht des Viehes, selbst wenn dies wegen der notwendigen Vergrößerung der Futterbaulächen nur mit einer gewissen Einschränkung des Getreidebaues erreichbar sein sollte, in erweiterter Weise sich wieder hinzugeben.

Die Herren Minister leiden ja am wenigsten unter der Fleischnot und Fleischteuerung. Sie können es ruhig abwarten, und wenn es Jahrelang dauerte, bis durch die Aufzucht im Lande sich das Angebot mehr und die Fleischpreise infolgedessen wieder etwas fallen. Aber das Volk, der gewerbliche Mittelstand, in erster Linie natürlich die Arbeiterklasse, können nicht so lange warten, für sie ist die Fleischnot höchst aktuell, so daß sie sofortiger Lösung bedarf!

Von den „wohlwollenden“ Redensarten der Herren v. Schorlemer und Pische hat das unter den Notstandspreisen schwer leidende Proletariat nichts! Es verlangt Taten, unmittelbare Maßnahmen!

Die Düsseldorfener Fleischereinigung hat eine Eingabe wegen Abhilfe der Fleischteuerung direkt an den Kaiser gerichtet. Zu den Ministern haben die Düsseldorfener Fleischmeister offenbar kein Vertrauen mehr.

Eine Versammlung in Stolp protestierte gegen Fleischwucher und Kaiserreden.

Regreßanspruch. Die Viehhändler, die nach dem Berliner Viehhof Vieh liefern, werden morgen unter der Leitung des ersten Vorsitzenden des Vereins der Vereinigten Viehkommissionäre Berlins Franz Rahm zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der, wie die „Allgemeine Fleisch-Ztg.“ mitteilt, beschlossen werden soll, die Besitzer der fünf Gehöfte in Rehden (Kreis Graudenz), aus denen die Maul- und Klauenseuche nach dem Berliner Viehhof verschleppt worden ist, für den dadurch entstandenen enormen Schaden (wie behauptet wird, über 100 000 M.) verantwortlich zu machen. Die Besitzer dieser Gehöfte haben nämlich, wie amtlich festgestellt worden ist, unter Verletzung der ihnen gesetzlich obliegenden Anzeigepflicht die Seuche verheimlicht und dadurch verschuldet, daß die Seuche sich weiter verbreitet hat und so auch nach dem Berliner Viehhof gekommen ist. Der Anspruch der Händler stützt sich auf den § 823 des B. G. B., weil die Gehöftbesitzer durch die Verheimlichung der Seuche fahrlässigerweise das Eigentum der Händler widerrechtlich verletzt haben. Der Schaden, der durch die Verheimlichung weiter angerichtet worden, ist sehr bedeutend, da noch eine große Anzahl von Ortschaften dadurch verheert worden sind.

Das Ende eines Reaktionärs.

Dresden, den 12. September.

Was in Sachsen seit Jahren immer und immer wieder angekündigt und erhofft wurde, aber immer wieder nicht zutraf, wird sich endlich erfüllen: der 78 Jahre alte Finanzminister Dr. v. Müller wird am 1. Dezember seinen Posten einem Nachfolger überlassen.

In den letzten fünf Jahren, seit dem Abgang des Herrn v. Meißner, war Dr. Müller weit mehr als sächsischer Finanzminister. Er war die Seele der Reaktion in der

sächsischen Regierung und der wichtigste Stützpunkt der konservativen Partei. Mit seiner Hilfe besonders blieb die konservative Clique in der zweiten Kammer des Landtages noch immer die ausschlaggebende Gruppe. Ihre Politik war die Regierungspolitik, und der Widerstand, den sie jedem Fortschritt entgegensetzte, fand seinen Rückhalt in der Regierung.

Rüger war ein leidlich gewandter Redner, aber alles andere eher als ein Diplomat. Seine Ministerlaufbahn ist gekennzeichnet durch eine lange Reihe rednerischer Leistungen, die oft von solchem Ansehen waren, daß sie scharfe Enttäuschungen hervorriefen, und zwar nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern ebenso häufig auch bei den Nationalliberalen. Sein galliges Temperament spielte ihm in solchen Fällen oft böse Streiche; was ihm an diplomatischem Geschick abging, ersetzte er durch Rücksichtslosigkeit, die seine ebenso engherzige wie rückständige Auffassung scharf hervortreten ließ. Kennzeichnend für seine Art ist ein Ausspruch, den er tat, als bei der letzten Neuregelung des Einkommensteuergesetzes Steuererleichterungen für linderreiche Familienbater gefordert wurden. Er versuchte dieses zeitgemäße Verlangen mit der Bemerkung abzutun: „Dem der liebe Gott Kinder gegeben hat, der soll sie auch erhalten.“ Inzwischen, bevor er Minister wurde, hat Rüger als Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrat die sächsische Verfolgungs- und Abwehrpolitik gegen die Arbeiterbewegung durch Dick und Dünn verteidigt. Bei den sächsischen Debatten über das Löb- tauer Zuchthausurteil rief er den sozialdemokratischen Rednern zu:

„Ihre Reden werden nicht bewirken, daß sich die Türen des Zuchthauses für die Verurteilten auch nur eine Stunde eher öffnen.“ Die Entwicklung der Dinge hat ihm unrecht gegeben. Er konnte natürlich mit all seinem reaktionären Eigensinn auch sonst die Entwicklung nicht anhalten.

Wie alle Finanzminister in Sachsen, so war auch Dr. Rüger der oberste Leiter des Eisenbahnwesens, also Verkehrsminister. Seine reaktionären Anschauungen machten ihn indes zum Minister gegen den Verkehr. Das „viele Reisen“ hielt er für ein volkswirtschaftliches Unglück; besonders bebauerlich fand er, daß an Sonntagen mit Hilfe der Eisenbahn Ausflüge unternommen werden. Darin erblickte er eine Ursache der Verarmung. Er war daher nur äußerst schwer zu Verkehrsvereinfachungen zu bewegen. Mit geradezu bödärrigen Eifer ging er mit Mahregelungen gegen organisierte Eisenbahner vor. Rücksichtslos warf er sie selbst zur Weihnachtszeit hinaus. Das ärgste Stück leistete er als er im Frühjahr d. J. in Chemnitz 19 Eisenbahner allein deshalb auf Pfahle warf, weil sie eine Versammlung besucht hatten, in der ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter über den Eisenbahn- etat sprach.

Eisenbahnermahregelungen waren auch die Ursache heftiger Zusammenstöße zwischen Dr. Rüger und den Sozialdemokraten in der zweiten Kammer. Söhnisch erklärte dabei der Minister, die Eisenbahner hätten ja die Wahl zwischen einer gesicherten Stellung und dem Versuche, ob ihnen die Sozialdemokraten Brot geben würden. Im Februar dieses Jahres führte dieses provokierende Verhalten des Finanzministers zu scharfem Konflikt. Als einige sozialdemokratische Abgeordnete durch Zurufe gegen sein koalitionsfeindliches Reden protestierten, bezeichnete er das als Ungezogenheit, worauf eine scharfe Protestrede folgte, bei der der alte Herr bläß vor Erregung den Präsidenten um Schutz ersuchte. Mehrmals noch hat der Minister durch sein provokierendes Verhalten solche Szenen heraufbeschworen. Mit giftigem Hasso trat er überhaupt stets den Sozialdemokraten gegenüber. Niemals konnte er sich zu einem sachlichen Eingehen auf unsere Forderungen und Darlegungen verstehen, fast immer brachte er dagegen nichts vor als bissige und provokierende Bemerkungen, die ihm natürlich entsprechend zurückgegeben wurden.

Auch gegen die Liberalen ging er in derselben provozierenden Weise vor. Einmal bezeichnete er die Staatsrede des Abg. Dettner als hohle Phrasen, ein andermal sprach er davon, die Liberalen könnten siebenmal siebenmal solche Reden halten, ohne daß sie nur ein Zota erreichten. Einmal nahm er die beleidigenden Ausdrücke zurück. Jedoch mußte er bittere Wahrheiten hören, die ihn oft in die größte Aufregung versetzten. Dann stand er auf und verließ schleunigst den Saal. Das war immer sein Ausweg; wenn er sich nicht zu helfen wußte, rief er aus:

Von bürgerlicher Seite werden ihm große Verdienste um die sächsischen Finanzen nachgesagt. Es ist zuzugeden, daß er eine etwas bessere Ordnung hineingebracht hat, aber im Grunde war seine Politik eine engherzige, eßt kleinliche Sparsamkeit auf Kosten der Kulturaufgaben und des Verkehrs. Der Eisenbahnbau ist unter seiner Leitung fast ganz zum Stillstand gekommen, Rechtspflege, Schulen, Verwaltung — alles hatte unter seinem Sparharnisch zu leiden. Daß es maßgebend wurde, dafür hatte er durch ein besonderes Gesetz gesorgt, das ihm bei allen Ausgaben ein Vetorecht sicherte.

Jetzt geht der alte Reaktionär. Vielleicht verschwindet mit ihm auch die reaktionärste Note aus dem sächsischen System. Doch auf einen wesentlichen Umschwung wird niemand rechnen. Das verhindern schon die übrigen Rückschrittler im sächsischen Ministerium, die nicht so knorrig wie Rüger sein mögen, deswegen aber doch nicht besser sind.

Als Nachfolger Rügers wird der Ministerialdirektor v. Sehdewitz bezeichnet, der des Ministers rechte Hand war, die auch bei den Eisenbahnermahregelungen stark zu spüren war. So macht der alte Reaktionär einem neuen Platz. Die Reaktion wird vorerst noch in Sachsen Trumpf bleiben.

Codesstrafe und Handlungsgehilfenrecht auf dem Deutschen Juristentag.

Die Abteilungen des Juristentages verhandelten gestern und vorgestern über die einzelnen Punkte der Tagesordnung. In der dritten Abteilung trat der erzkonservative Charakter der jetzigen Juristen bei der Beratung über die Verbeibehaltung der Todesstrafe im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch, über dessen Bestimmungen wir seinerzeit referiert hatten, hervor. Während u. a. Professor Liepmann-Kiel die Todesstrafe verwirft und das Ausweichen vor einem Protest gegen die Verbeibehaltung der Todesstrafe für eine Alterserscheinung des Juristentages anspricht, traten andere Redner, so der Kriegsgerichtsrat Eisner v. Gronau und der bekannte Oberreaktionär Professor Kahl und auch der Senatspräsident Dilschhausen für die Todesstrafe ein.

In der sehr komplizierten Abstimmung wurde zunächst der prinzipiell gegen die Todesstrafe gerichtete Antrag des Justizrats Friedmann-Wlogun mit fünfzig gegen vierundzwanzig Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurde indes auch gegen wenige Stimmen der Antrag des Oberstaatsanwalts v. Brittnow, der die Todesstrafe beibehalten will über den Rahmen des Vorentwurfs hinaus. Angenommen wurde der erste Satz des Antrages Windler: „Die Androhung der Todesstrafe ist nicht über das geltende

Recht hinaus auszudehnen“, in Verbindung mit dem Antrage Goldschmidt, daß dem Richter beim Vorliegen mildernder Umstände ein allgemeines Strafmilderungsrecht einzuräumen sei. Hinzugefügt wurde aus dem Antrage Kschrott der Wunsch, daß der Vollzug der Todesstrafe für das Reichsgebiet einheitlich geregelt werden solle. — Dadurch wurden alle anderen Anträge zur These „Todesstrafe“ hinfällig.

Der Passus über die Todesstrafe wird daher folgenden Wortlaut erhalten:

„Die Androhung der Todesstrafe ist nicht über das geltende Recht hinaus auszudehnen. Beim Vorliegen mildernder Umstände ist dem Richter allgemein ein nach dem ordentlichen Strafrahmen abgestuftes Milderungsrecht einzuräumen. Der Vollzug des Todesstrafe ist für das Reichsgebiet einheitlich zu regeln. Mit der Todesstrafe soll der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte von Rechts wegen verbunden sein.“

Prof. Liepmann-Kiel bezieht sich vor, im Plenum anzugehen, daß die Frage der Verbeibehaltung der Todesstrafe auf dem nächsten deutschen Juristentage auf Grund von ausführlichen Gutachten und Referaten erneut verhandelt werde.

In der ersten Abteilung, die sich mit der Frage eines sozialen Schutzes der Privatangestellten befaßte, fand eine Rede eines Rkt. Wolf vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband den scharfsten Widerspruch. Er wendete sich gegen ein einheitliches Privatbeamtenrecht und gegen einen gleichen sozialen Schutz der Privatangestellten, wie ihn die Handlungsgehilfen haben. Nach lebhaften Debatten kam folgender, sich an den Antrag des früheren österreichischen Justizministers Klein und an einen Antrag Saul-Jaffe anschließender Vorschlag zur Abstimmung.

Die für die Handlungsgehilfen bestehenden sozialen Schutzvorschriften sind als zwingendes Recht auf alle Privatangestellten auszudehnen, die höhere Dienste zu leisten haben. Hierbei empfiehlt es sich, betreffs der Fürsorge für den Fall unverschuldeten Unglücks oder Erkrankung an der Nichtanrechnung der Beiträge festzuhalten, die dem Dienstnehmer für die Zeit seiner Verhinderung aus seiner Kranken- oder Unfallversicherung zuzulassen. Die Ausdehnung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Konkurrenzklausele wird mit dem Vorbehalt empfohlen, daß Verbesserungen dieser Vorschriften sich auf alle im ersten Satz bezeichneten Angestellten zu erstrecken haben. Die ständige Deputation wird ersucht, auf die Tagesordnung des nächsten Juristentages die Frage zu setzen, welche sonstigen sozialen Schutzvorschriften gleichmäßig für alle im ersten Satz bezeichneten Privatangestellten zu treffen seien, um die Schaffung eines einheitlichen Rechts für den Dienstvertrag der Privatangestellten vorzubereiten.“

Seine Annahme erfolgte mit großer Mehrheit. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Justizminister Dr. Klein bestellt. Das Plenum tritt morgen zu seiner Schlußsitzung zusammen.

Die internationale Demonstration in Frankfurt a. M.

Zu der internationalen Kundgebung am letzten Sonntag werden aus Frankfurt a. M. noch folgende Einzelheiten gemeldet: Dem gewaltigen Meeting wurde durch die Frankfurter Polizeibehörde auf die übliche Art ein dekorativer Rahmen gegeben. Während aus allen Teilen der Stadt und der nahen und weiteren Umgebung die Massen herbeiströmten, eilten auf Mobilmachung der Herren an der Reinen Zeit auch die Polizeimannschaften herbei, kampfeslustig oder verärgert ob des verlorenen Sonntages. Ganze Bataillone wurden an der Untermain- und Obermainbrücke aufgestellt. In verschiedenen Standquartieren sahen die Helmen, gewärtig kommender Laten. Das liebevolle Bestreben des Polizeipräsidenten um die Sicherheit der Stadt war durchaus überflüssig, die Anwesenheit der Beamten unnötig, lächerlich und gefährlich. Unnötig, weil alle sozialistischen Veranstaltungen, bei denen sich die Polizei im Hintergrund hält, dieselbe friebliche Entwicklung nehmen wie das Meeting am Sonntag. Lächerlich aber, weil der Schutzwall der schwerbewaffneten Reden auf die Angst deutet, die jeder Aufmarsch sozialistischer Massen dem Polizeipräsidenten bereitet. Gefährlich endlich, weil die um ihre Sonntagstruhe gebrauchten Mannschaften nervös und mißgestimmt werden und ihren nervösen Grimm bei der nächsten Gelegenheit an den Demonstranten auslassen können.

Welcher Gegensatz zwischen dem Aufmarsch der bewaffneten Polizeimannschaften und der friedlichen Kundgebung für die internationale Solidarität! Hier das erhebende hoffnungstrobe Bewußtsein, für eine bessere Gesellschaftsordnung zu leben und zu arbeiten, dort das niederdrückende Gefühl, eine Staatsform zu stützen, an deren Erhaltung der Einzelne durchaus kein Interesse hat. Freudiges Zukunftshoffen leuchtete klar und deutlich aus den Augen der vielen Laufenden, die gekommen waren, um mit ihren Klassenossen zu demonstrieren für die Kulturgemeinschaft des internationalen Proletariats.

Wie schon mitgeteilt, sprachen infolge des Verbotes der Genossen Jaurès und Vandervelde in deutscher Sprache, ihre Reden haben wir im Auszuge bereits wiedergegeben. Auch Genosse Reiz Hardie, der auf der vierten von den Massen dicht umlagerten Tribüne sprach, begann seine Rede in deutscher Sprache, fuhr aber dann in seiner Muttersprache fort. Der Redner schilderte zunächst den Entwicklungsgang der englischen Arbeiter, die in der Vergangenheit glaubten, durch nur gewerkschaftliche Betätigung ihre Lage verbessern zu können. Wenn auch das zunächst gelang, hat die gewaltige Entwicklung der Dinge und Trübsis sie in neuerer Zeit eines Besseren belehrt. Wenn die politischen Organisationen der englischen Arbeiter noch nicht heranreichen an die Organisation des englischen Proletariats, so sei das englische Proletariat doch emsig bestrebt, dem deutschen Vorbild nachzueifern. In allen Kulturländern sei unter den Arbeitern das gleiche Streben zu beobachten, wenn auch infolge der verschiedenartig gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Ländern eine andere Taktik eingeschlagen werde. Das Klassenbewußte Proletariat kämpft nicht mehr für seine Anerkennung, es kämpft um den Sieg.

Während wir das Kommen des Sozialismus erwarten, können wir viel tun, einander zu helfen. So im Kampfe gegen den Krieg. Ich selbst bin nicht nur ein ausgesprochener Feind des Krieges, sondern auch des Militarismus in allen seinen Formen. Internationale Streikfälle sollten durch die Vernunft und nicht durch Massenmord und Milderung angetragen werden. Die Arbeiterklasse stellt die Soldaten und produziert die Werkzeuge. Und doch haben die Arbeiter eines Landes keinen Zwist mit den Arbeitern eines anderen Landes. Warum sollten sie nun gegen diese die Kämpfe ihrer Herren ausfechten? Wer den Krieg wünscht, der soll auch selbst kämpfen und ihn durchsetzen. Ich spreche hier als Abgesandter der Klassenbewußten Arbeiter Englands an die Proletarier Deutschlands. Ich siehe hier, um Ihnen zu sagen:

zwischen Euch und uns gibt es keinen Streit. Ihr seid nicht unsere, wir sind nicht eure Feinde. Wir alle sind Glieder einer Klasse und haben nur einen gemeinsamen Feind: die kapitalistische Ordnung. Vereinigen wir uns, auf daß wir sie vernichten.

Genossin Klara Zetkin überlegte die mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede ins Deutsche. Danach nahm sie noch einmal das Wort, um, anknüpfend an die Königsberger Kaiserrede, den Frauen vor Augen zu führen, daß sich ihr Lebensinhalt nicht in Strampfestreifen und Kartoffelschalen erschöpfen könne. Unter jubelndem Beifall lobte sie scharfe Kritik an dem Inhalt der Kaiserrede und schloß mit einem begeisterten Bekenntnis zur Republik.

Nach Schluß der Demonstration füllten die Massen wie eine starke Flutwelle die Straße, die auf beiden Seiten von Zuschauern dicht besetzt war. Weithin tönten wiederholte Male die Hochrufe auf die ausländischen Gäste. Die vielen Schutzleute aber konnten, nachdem sich die Teilnehmer des Meetings zerstreut hatten, in ihre Quartiere abrücken, ohne irgendwie vorher für die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ sorgen zu brauchen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September 1910.

Ultramontane Wertung der Arbeiterversicherung.

Das christgewerkschaftliche Verbandsblatt der „Holzarbeiter“ bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel mit der Ueberschrift „Deutschland voran!“ Dann wird nach einem im Kreisvereinstille gehaltenen Rückblick auf die Waffentaten im deutsch-französischen Kriege und die sich daran knüpfenden geschichtlichen und wirtschaftlichen Vorgänge begeisterten Schwunges gerührt, was dann in der Folgezeit alles in Deutschland für die Arbeiter getan sei. Gewiß harre noch mancher Wunsch der Erfüllung, aber es stehe fest, daß in keinem Lande Europas seitens der Gesamtheit, des Staates, soviel auf materiellem Gebiet für die Arbeiter geschehe, als im Deutschen Reich. Das sei eine Tatsache, die ehrend für das deutsche Volk und die gesetzgebenden Körperschaften sei. Möge auch das Arbeiterrecht in anderen Ländern besser ausgebildet sein, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung stehe Deutschland einzig da.

Natürlich fehlt bei diesem Lobliede nicht der Hinweis auf die Sozialdemokratie, die das alles nicht gelten lasse und nichts anderes künne, als das Erreichte herunterzurufen. Und wenn wir in unserem Vaterlande bezüglich der praktischen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes noch zurück seien, dann sei diese Tatsache nicht allein auf das Konto der Regierung und der Parlamente zu setzen, sondern auch auf die maß- und ziellose Schürung des Klassenhasses, der Klassenkämpfer aus dem Arbeiterlager.

Da wäre es der ewig nörgelnden und „lebenden“ Sozialdemokratie mal wieder ordentlich gegeben! Es ist leider wahr, daß die „lebende“ Tätigkeit der Noter nicht ohne Einspruch bei den Arbeitermassen, selbst bei den gutgeanteten, bleibt. Denn wir erinnern uns, vor etwa zwei Jahren in einem Arbeiterblatt zwei Artikel gelesen zu haben, worin untersucht wurde, inwieweit die Industrie durch die Arbeiterversicherung belastet werde. Dabei kam das Blatt zu folgendem Ergebnis:

„Alles in allem: durch die von Unternehmerseite betriebenen Zahlenspielerien kann höchstens in den kausalen Kreisen Eindruck gemacht werden. Denkende Arbeiter dagegen erwägen das Für und Wider, das Woher und Wohin genau und kommen ganz sicher zu dem Schlusse, daß von einer Ueberlastung der deutschen Industrie durch die Kosten der sozialen Fürsorge nicht geredet werden kann.“

Es wird sodann dargelegt, daß die Heranziehung der Industrie zu den Lasten der Sozialversicherung auf wohl begründeten Pflichten beruhe, denn:

„Wer soll sich des Arbeiters, dessen Lohn gerade für die Bedürfnisse der gesunden Tage hinreicht, annehmen, wenn infolge der vielfältigen Gefahren der Industrie krankte Tage kommen oder die Arbeitskraft geschwächt ist? Wer soll die ohne materiellen Halt dastehenden Familienangehörigen des Arbeiters über Wasser halten, wenn dieser im Dienste der Industrie verunglückt? Wer anders als die Industrie, die Industriellen, denen in ausgiebigster Weise die materiellen Segnungen der heutigen Wirtschaftsordnung zugute kommen.“

Zum Schluß erörtert das Blatt die Beweggründe, dem nach langen Sträuben die Arbeiterversicherung entsprang. In dieser Beziehung heißt es:

„Das Motiv der Arbeiterversicherung ist kein rühmliches. Die Arbeiterfrage wurde mit jedem Tage brennender. Es mußte etwas geschehen. Und als der Uebelkleinstes zog schließlich die Industrie die Uebernahme von verhältnismäßig nicht sehr hohen materiellen Lasten vor und bot auf der anderen Seite hilfreiche Hand, um jede freirei-liche Bewegung zur Selbständigkeit innerhalb des Arbeiterstandes niederzuhalten. Zuerst und weitest.“

Der christliche „Holzarbeiter“ wird zugeben, daß das arg nach „Verhegung“ schmeckt und auch kaum von einem sozialdemokratischen Blatte überboten werden könnte. Und will das christliche Blatt wissen, wo solche Verhegung zu finden ist, so möge es in seinen eigenen Jahrgängen nachschlagen, wo es in zwei Nummern vom November 1908 dies lesen kann. Wissen möchten wir nur, welches die mittliche Meinung des „Holzarbeiters“ über den Wert der Arbeiterversicherung ist, die vom September 1910 oder die vom November 1908?

Handwerk und Hansabund.

„Bund der Landwirte und Hansabund laufen einander momentan den Hals ab, um der Handwerker wissen, die jeder der beiden Bünde vor seine Karre spannen möchte. Der Hansabund hat zu diesem Zweck den Taler rollen lassen, indem er 15 000 M. spendierte, die zu Verlässen an Handwerker verwendet werden sollten, die der Bekleidungsstellung zu Krüffel einen Versuch abtrotten wollen. Die deutsche Mittelstandsvereingung hat das Geld natürlich mit Vergnügen angenommen, trotzdem aber auf ihrer jüngsten Tagung erkennen lassen, daß man sonst nicht viel Sympathie für den Hansabund übrig habe. Bei der Verteilung seiner Gaben hat der Hansabund übersehen, daß es noch eine Handwerkerorganisation gibt, die die Firma „Bund der Handwerker“ führt und vom Bund der Landwirte finanziell unterstützt wird. Dieser „Bund der Handwerker“ ist eine Schöpfung des Schneidemeisters Voigt-Friedenau, die an sich völlig bedeutungslos ist und zunächst nur ihrem Gründer Vorteile bietet. Dieser Bund will vom Hansabund absolut nichts wissen, und die „Deutsche Tageszeitung“ brückt denn auch mit Vergnügen einen Artikel nach, in dem sich Voigt-Friedenau scharf gegen den Hansabund wendet, der sich mit der Spende von 15 000 M. Laufende von Handwerkerstimmen sichern wollte. Die Hansabundler werden diesen Erfolg natürlich nicht tragisch nehmen, denn die Gewinnung des „Bundes der Handwerker“ ist lediglich eine Geldfrage. Offenbar mißt man aber dort diesen Bund nicht die mindeste Bedeutung bei, denn er ist in der Tat nur ein Aushängeschild des Bundes der Landwirte.“

Freie Hilfskassen gegen die Reichsversicherungsordnung.

Sonntag tagte in Elberfeld ein „Kongress der freien Hilfskassen Deutschlands“, der von zirka 400 Delegierten, zumeist aus dem Bergischen Lande, zum Teil aber auch aus Düsseldorf, Köln, Essen, Hannover, Hamburg, Leipzig usw. besandt war. Der nationalliberale Mediziner Schmidt-Solingen sprach über das Thema: „Sind die freien Hilfskassen existenzberechtigt? Bureauelemente der Arbeiterbewegung, die Maßnahmen, die zu ergreifen seien, um die Schäden der neuen Reichsversicherungsordnung abzuwenden.“ Die Tagung entwickelte sich schließlich zu einer elenden Komödie. Durchaus ungenügende Vorbereitungen und die Unkenntnis der Materie, die insbesondere bei dem zweiten Referenten geradezu verblüffend war, machte eine erfolgreiche Arbeit von Anfang an unmöglich. Gleichzeitig trat im Laufe der Verhandlungen immer deutlicher hervor, daß der „Kongress“ von den Vertretern kaufmännischer und ähnlicher Hilfskassen dazu ausgebeutet werden sollte, für deren Sonderbestrebungen zu wirken. Die Vertreter der freien Hilfskassen des bergischen Landes, die gekommen waren, für die Interessen ihrer seit geraumer Zeit bestehenden Hilfskassen zu sprechen, konnten dabei natürlich nicht mitmachen. — Der Kongress endete damit, daß am Nachmittag, nach etwa vierstündiger Verhandlungsdauer, und nachdem sich etwa neun Zehntel der Teilnehmer entfernt hatten, eine Kommission eingesetzt wurde, die eventuell eine Petition an den Reichstag ausarbeiten soll.

Ein Unzufriedener.

Fürst Radolin, der bisherige Votschaffer in Paris, der seinen Posten dem früheren Staatssekretär v. Schöen überlassen muß, hat bei einer Abschiedsfeier, die ihm zu Ehren veranstaltet wurde, seiner Unzufriedenheit mit seiner Kastenstellung unbehohlenen Ausdruck gegeben. Mit aufrichtigem Schmerz, sagte der Votschaffer, scheidet er von der Kolonie, mit um so größerem Schmerz, als er mitten aus seiner Tätigkeit in etwas unerwarteter Weise von seinem Posten abberufen worden sei, obwohl er sich noch rüstig genug fühle, das begonnene Werk fortzusetzen.

Man sieht, es wird jetzt allmählich Sitte, daß die „Handlanger“ gegen die Abhaltung protestieren.

Ein Merkales Urteil über die spanischen Klosterschulen.

Die „Trierische Landeszeitung“, ein rheinisches Zentrumsblatt, veröffentlicht eine Reihe spanischer Briefe, von einem besonderen Mitarbeiter. In einem dieser Briefe, der in Nr. 208 dieses Blattes an leitender Stelle veröffentlicht wird, findet man dieses vernichtende Urteil über die Klosterschulen in Spanien:

Der Radikalismus in Spanien macht gewaltige Fortschritte. Die Klosterschulen haben gewiß ihr Gutes, aber im allgemeinen entsprechen sie nicht mehr den modernen Anforderungen. Die oberen Stände sind in Spanien durchweg streng katholisch. Diejenigen klösterlichen Erziehungsanstalten, welche für diese Klassen in Betracht kommen, sind besonders für die weibliche Jugend ungemein kostspielig, so daß diese Häuser den mittleren Ständen verschlossen sind. Die Klosterschulen für die Armen und das niedere Volk nun, die fast oder ganz unentgeltlich die Kinder erziehen, sind mehr als dürftig. Wenn man diese Art von Schulen genauer betrachtet und Unterricht und Erziehung vom pädagogischen Standpunkt aus beschaut, dann können einem die spanischen Kinder dieser Schulen herzlich leid tun. Von eigentlichem, geregelter Unterricht ist gar keine Rede. Auch hier muß man ehrlich bei persönlicher Inaugenscheinnahme sagen: Neben den religiösen Übungen etwas mehr solides, wenigstens allerelementarstes Wissen.

Dieser Brandmarke aus der Feder eines Merkales halte man die Glorifizierung der kirchlichen Schulen gegenüber, wie sie bei den Ultramontanen gang und gäbe ist. Die Schilderung läßt uns weiter erkennen, was uns blühen würde, wenn die Merkales bei uns zu Lande die Macht hätten, die sie haben möchten.

Stichwahlakt der sächsischen Nationalliberalen.

Nach einer Erklärung des nationalliberalen Generalsekretärs für Sachsen, Dr. Brück, werden die Nationalliberalen Mann für Mann für jeden bürgerlichen Kandidaten eintreten, der in die Stichwahl mit einem Sozialdemokraten kommt. Also ein Rechtsabmarsch in aller Form. Dieser Beschluß ist offenbar das Resultat der Drohungen und Werbungen, mit denen die Nationalliberalen dem schwarzblauen Bloß zugezogen wurden. Erst dieser Tage wurde auf der deutschsozialen Landesversammlung in Weiche gedroht, die Rechtsparteien würden überall Gewehr bei Fuß stehen, wo die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten zu kämpfen hätten, wenn die ersteren ihre Kallit gegen die Parteien der Rechten nicht änderten. Die Konservativen lassen sich übrigens durch das nationalliberale Entgegenkommen nicht abhalten, mit eigenen Kandidaten gegen die Nationalliberalen vorzugehen. In der „Kreuz-Ztg.“ wird z. B. die Notwendigkeit einer konservativen Sonderkandidatur im Wahlkreis Vöbau (2. sächsischer Reichstagswahlkreis) betont mit dem Beschluß der Liberalen dieses Kreises, an der Kandidatur des jetzigen Vertreters Dr. Weber festzuhalten. Die „Kreuz-Ztg.“ sagt: „Wir zweifeln daran, daß es möglich sein würde, auch nur den größeren Teil der konservativen Wählerchaft zu bewegen, diesem Herrn ihre Stimme zu geben. Kein nationalliberaler Parlamentarier hat wohl in der Finanzreformkampagne eine so unheilvolle Rolle gespielt wie der Abg. Dr. Weber. Ohne seinen Einfluß würde es nach unserer Ueberzeugung zu dem scharfen Bruch mit der Rechten nicht gekommen sein. Begegnungserweise hatte er auch bei dem bekannten Exodus des Besamliberalismus der Sozialdemokratie aus der Finanzkommission die Führung. Für so — selbstlos sollten denn doch die Nationalliberalen die Konservativen nicht halten, daß sie einem „intimen“ Feinde die Kasernen aus dem Feuer holen möchten.“

Eine wichtige Entscheidung.

Man schreibt uns aus Baden: In zwei Instanzen (Schöffengericht und Strafkammer) hat in Karlsruhe das Strafgericht entschieden, daß für die Einfuhr des Wildprets keine städtische Verbrauchssteuer zu bezahlen ist. Es gründet sich dieses Urteil auf den bekannten Artikel des Posttarifs, der für das Jahr 1910 das Diktum auf Fleischwaren usw. aufhebt. Zur Interpretation dieser gesetzlichen Bestimmung wurde bekanntlich geltend gemacht, daß Geflügel und Wildpret in diesem Ausnahmefalle nicht begriffen sein könnten, weil der Begriff Fleischwaren strenggenommen auf solche Körper keine Anwendung fände. Die gerichtliche Entscheidung wurde provoziert durch eine Klage der Karlsruher Interessenten. In ihrem Auftrage verweigerte der Geflügel- und Wildprethändler Ciefeld (Firma C. F. Frey, Hoflieferant) die Bezahlung der Verbrauchssteuer für eine Sendung Mehlwild. Die Stadtbehörde ließ durch das Bezirksamt eine Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Diktum der Verbrauchssteuer ausprechen; so konnte die Sache ihren Weg der Offizialklage gehen. Der dabei erzielte Erfolg ist von allgemeiner Bedeutung.

Ein Kasernenbild häßlichster Art

wurde durch eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 15. Division erfüllt. Ein Musiker von der 12. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 88 in Koblenz kam eines Sonntags nach Popsfeld betrunken in die Kaserne. Zur „Strafe“ hierfür wurde sämtlichen Musikern der ganzen Kompagnie am folgenden Sonntag der Urlaub verweigert,

obwohl sie an den Verfehlungen des Kameraden nicht den allermindesten Anteil hatten. Diese unerbötliche Ungerechtigkeit der Kameraden des Soldaten wurde von diesen, wie es ja traditionell in der Armee ist und was sich die Vorgesetzten daher vorher sagen mußten, so aufgefaßt, als ob man nun „erzieherisch“ auf den Sünder einwirken müsse. Und das geschah in folgender Weise: Mit Klopfpeitschen, Schmeißeln und anderen gefährlichen Gegenständen überfielen die Kameraden nachts den Mann. Einer kniete sich auf ihn und bedeckte sein Gesicht, die anderen aber hieben in der furchtlichsten Weise auf ihn ein, so daß er am ganzen Körper Verletzungen erlitt. Damit noch nicht genug, kamen nachher nochmals vier Mann und schlugen den Schwerverletzten derart über den Kopf, daß er bewußtlos wurde. Drei Wochen lang mußte das Opfer jener sinnwidrigen Anordnung eines ungerechten Vorgehens im Lazarett liegen. Von den brutalen Kameraden konnten nur fünf ermittelt werden. Sie erhielten je 14 Tage Gefängnis. Was geschieht mit dem wirklichen Schuldigen??

Oesterreich.

Die Fleischzufuhr aus Argentinien.

Der Wiener Gemeinderat hat einen Antrag des Stadtrats angenommen, der die Regierung auffordert, die Einfuhr argentinischen Fleisches sofort zu gestatten, da dies das einzige Mittel ist, der Fleischnot zu steuern. Die Regierung habe die Verantwortung für die Folgen fernere Verweigerung zu tragen. Wenn dieselben Christlichsozialen, die im Parlament stets die Antiteuerungsanträge unserer Genossen niederstimmten, dies erklären, werden selbst die Agrarier und die von der Fleischnot ausgenommenen Bürokraten nicht länger an ihren Behauptungen festhalten können. Ein Bericht der Approvisionnementsteilung des Magistrats zu diesem Gegenstand enthält manche auch für Deutschland interessante Mitteilungen, so zum Beispiel über die vorzüglichsten veterinärpolizeilichen Verhältnisse in Argentinien, deren Organe aus zwei ausgezeichneten Veterinärhochschulen hervorgehen. In der Spitze des Veterinärdepartements im argentinischen Ackerbauministerium steht der als Autorität geltende Professor Vignères — allerdings ein Wissenschaftler und weder ein Junker, noch ein alter Herr der Donner Borussia. Fleischbeschau findet vor und nach der Schlachtung statt. Auch die Zuchttiere werden sorgfältig untersucht. Das Schlachthauspersonal wird regelmäßig auf ansteckende Krankheiten untersucht. Kein Stück Fleisch wird ohne ärztliche Kontrolle ausgeführt.

Selbst mit dem enormen Zoll von 30 Heller (25 Pf.) pro Kilogramm und den teuren Frachtabgaben der Südbahn von Triest nach Wien und den Manipulations-, Kühl- und Detroi (städtische Verzehrungssteuer) Gebühren würde das argentinische Fleisch in Wien um 30—50 Heller billiger sein als das heimische! Schon mit der Seefracht würde das Fleisch in Triest pro Kilo 18—20 Heller kosten.

Bei solchen Verhältnissen die Einfuhr argentinischen Fleisches nicht zu gestatten, ist natürlich eine unerbötliche Dienstleistung der vom Volke bezahlten Minister für die Handvoll Interessenten der Wucherpreise — in Oesterreich ebenso wie in Deutschland.

In Wien finden bereits allabendlich mehrere Volksversammlungen zur Unterstützung des nun auch vom Christlichsozialen Gemeinderat gestellten Begehrens statt.

Eine Studienkommission.

Wien, 12. September. Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium beschlossen, eine Kommission zum Studium der Frage der Einfuhr argentinischen Fleisches nach Argentinien zu entsenden. Die Kommission wird bereits mit der nächsten Schiffsgelegenheit die Reise nach Argentinien antreten.

Frankreich.

Die Veruhigungspolitik.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wie üblich ist auch diesmal die stille Zeit des politischen Sommers mit unoffizieller und offizieller Kanonikerei ausgefüllt worden. Die offizielle war sogar ausgiebiger als sonst. Wenn das Volk von billigen Redensarten leben könnte, wäre der Teuerung vollständig abgeholfen. Eine Ueberzählung war die rednerische Geschäftigkeit des Präsidenten der Republik, der, ohne formell aus seiner verfassungsmäßigen politischen Neutralität herauszutreten, sich in einen Wanderredner für die Briand'schen Regierungsmethoden verwandelte. Allerdings wird das, was Briand bedeutet, im governmentellen Argot „Gambetta“ ausgesprochen: „Mit der eigenen Partei für das ganze Land regieren“ — dieses Wort des demokratischen Tribunen, das seinerzeit die Illusionen einer politisch noch nicht verbrauchten Klasse ausdrücken mochte, ist jetzt nur die Bezeichnung für die Zweideutigkeit eines grundlos Ministeriums. Welches ist denn die Partei, mit der Briand regieren will? Die Radikalsozialisten um Combes und Pelletan, die noch immer nicht verstanden haben, daß die bestehenden Klassen eine geschichte, starke und im Bedarfsfall gewalttätige Verwaltung der Beglückung durch die großen Phrasen und die kleinen Schmeicheleien der parlamentarischen Klänge vorziehen, haben ohne Effekt eine klare Antwort auf diese Frage gefordert. Schließlich wollte die „Lanterne“ von der demokratischen Allianz eine ausdrückliche Auskunft darüber haben, wie sich diese großbürgerliche Mittelpartei zum Eintritt der ergoatären, Merkales und monarchischen Progressisten in die Majorität stelle. Die Antwort lautet, daß in der Mehrheit jeder Platz habe, der für die Republik, die weltlichen und demokratischen Reformen sei. Da die Progressisten die Wiedererlangung der politischen Macht nicht um einer Merkales, die revolutionären Traditionen neu belebenden Kampfpolitik preisgegeben Lust haben, ist in der Tat ihre Mitwirkung an einer Politik, die auf die Beilegung aller Konflikte zwischen den großen bürgerlichen Parteien gerichtet ist, ganz natürlich. In den großen parlamentarischen Schlachten der letzten Zeit haben ohne die Progressisten fast immer ministeriell gestimmt. Ob ihr Einfluß schließlich wieder in einer Teilnahme an der Regierung zum Ausdruck kommen wird, hängt hauptsächlich von der Art und vom Tempo des Zerfalls der radikalen Partei ab. Aber in der Tat besorgt die Regierung schon heute die Geschäfte der Klasse, die hinter den Progressisten steht.

Man nennt das Politik der Veruhigung des „apaisement“. Die bestehenden Klassen kommen zur Einsicht, daß der große pathetische, im Kampf der Dreifus-Revolution verführte Kampf zwischen Licht und Finsternis auf das Maß eines nüchternen Interessensstreits zurückgeführt und zum Heil der bürgerlichen Ordnung abgeschlossen werden muß. „Veruhigt“ muß aber die Bourgeoisie auch in dem Sinne werden, daß ihr der regierende Radikalismus seine Energie in der Bekämpfung des Proletariats verbürgt. Briand ist sicher zu diesem Geschäft ganz besonders befähigt. Sogar daß er formell nicht zur radikalen Partei gehört, kommt ihm zugute, da diese unter seiner Regierung die Preisgabe ihres Programms weniger auffällig vollziehen kann. Die demokratische Allianz steht in ihm den willfährigen Verhinderer der dem Großkapital bezüglichen Finanzreformen, die Progressisten be-

trauen auf seine weiteren Wandlungen. Bis in die monarchistische Presse reicht der Kreis seiner Protektoren und Lobredner. Der eigene Fehler verschuldet die Erschaffung der Gewerkschaftsbewegung und das Ausbleiben des Eisenbahnerstreiks zu. So scheint seine Regierung den Anschlügen der radikalsozialistischen Opposition entrückt. Die Sicherheit, einen rücksichtslosen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung die Staatsgeschäfte leiten zu sehen, ist für eine beunruhigte Bourgeoisie das entscheidende Argument einer Veruhigungspolitik.

Amerika.

Erfolge der Demokraten.

Augusta (Maine), 12. September. Die ersten über die heutigen Gouverneurs- und Legislaturwahlen eingelaufenen Nachrichten, die etwa ein Sechstel des Gesamtergebnisses darstellen, lassen einen demokratischen Stimmenzuwachs von 12 Prozent und einen republikanischen Stimmenverlust von 8 Prozent erkennen.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Wahlen im Staate Maine, der bisher eine Hochburg der Republikaner war, ist der demokratische Kandidat für den Gouverneursposten Plaisted gegen den bisherigen republikanischen Gouverneur Fernald gewählt worden, und zwar, wie das demokratische Komitee behauptet, mit einer Mehrheit von 5000 Stimmen. Ferner sind — nach der eigenen Aussage des Vorsitzenden des republikanischen Staatskomitees — drei demokratische Kandidaten für die Staatslegislatur gewählt worden.

New York, 13. September. Im Staate Maine sind von 31 gewählten Staatslegislatur 21 Demokraten. Die Demokraten hatten bisher nur 8 Sitze. Präsident Taft soll wegen der politischen Lage beabsichtigen, die Reise nach Panama aufzugeben.

Die Republikaner sind geneigt, das Wahlergebnis in Maine den strikten Temperenzgesetzen zuzuschreiben, die seit Jahrzehnten und zuletzt gegen wachsende Opposition von der republikanischen Majorität aufrecht erhalten wurden. Die demokratische Presse erklärt, die allgemeinen politischen Fragen seien entscheidend gewesen und sie hält den demokratischen Sieg bei den allgemeinen Wahlen für gesichert. Die Volksabstimmung in Arkansas und Arizona ergab große Mehrheiten für die Einführung der Initiative und des Referendums.

Eine Anklage gegen den Fleischtrug.

Chicago, 18. September. Die Federal Grand-Jury hat gegen hohe Beamte der Fleischverpackungsfirma Armour, Swift und Morris die Anklage wegen Ausübung ungesetzlichen Monopols und gesetzwidriger Verabredung eingeleitet.

Mexiko.

Slaverei.

In den Enthüllungen, die L. Turner unter dem Titel: „Das barbarische Mexiko in dem amerikanischen „Frei Magazine“ veröffentlicht, wird ein furchtbares Bild von dem Treiben der mexikanischen Großgrundbesitzer und ihres Vertrauensmannes, des in unserer bürgerlichen Presse vielgelesenen und auch von Taft geehrten blutdürstigen Präsidenten Diaz gegeben. Besonders traurig ist das Schicksal der Indianerbevölkerung, die größtenteils in bölliger Slaverei, im strengsten Sinne des Wortes, gehalten wird. Turner erzählt: Yucatan, ein mexikanischer Staat (Südwestlich, im Golf von Mexiko) gehört fünf Königen, die den Handel mit Menschenfleisch treiben. Dort gibt es, neben 8000 Chinesen, 8000 Yaki aus Sonora und 100 000 bis 125 000 Maya (beides Indianerbevölkerung).

Der Sklave von Yucatan erhält keinen Lohn und fast keine Nahrung. Man hungert ihn aus und prügelt ihn. Nichts sperrt man ihn in einen Pferch, der einem Kerker gleicht. Krank sein darf er nicht. Er muß trotzdem arbeiten. Die mannbarsten Frauen werden gezwungen, Männer ihrer Klasse zu heiraten, um Nachkommen zu bringen. Eine Schule gibt es nicht. Alle Sklaven hängen ganz von der Laune des Herrn ab, der sie sklavisch töten kann. Alle Sklaven arbeiten von morgens 4 Uhr bis in die tiefe Nacht. Sie erhalten nur eine Mahlzeit am Tage, bestehend aus Sauerkraut, Fischen und Reisstücken.“ — In den Lobliedern, die unsere bürgerliche Presse den „geordneten Verhältnissen“ Mexikos und seinem „tatsächlichen“ Präsidenten widmet, hört man von diesen Schrecklichkeiten freilich nichts.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Kinderschutz im Fürstentum Reuß j. L.

Die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben in Reuß j. L. hat zu Verhören gegen die Kinderschutzbestimmungen geführt, so daß sich das Fürstliche Ministerium veranlaßt sah, die Schulverhältnisse aufzufordern, eine Uebersicht über die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben aufzustellen. In der Begründung wird betont, daß Schulkinder mit gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten, namentlich vor Beginn des Vormittagsunterrichts, beschäftigt werden, so daß sie infolge Abspannung und Ermattung dem Unterricht nicht zu folgen vermögen. Die Schulverhältnisse werden daher veranlaßt, darüber zu wachen und dafür zu sorgen, daß Kinder in der Landwirtschaft nicht vor Beginn des Vormittagsunterrichts und in gewerblichen Betrieben nur innerhalb der im Reichsgesetz gezogenen Grenzen beschäftigt werden. Bezüglich der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben gelten als eigene Kinder solche, die mit dem Unternehmer oder dessen Ehegatten bis zum dritten Grade verwandt sind oder die von dem Unternehmer oder dessen Ehegatten an Kindesstatt angenommen oder bevormundet sind, oder die dem, der sie zugleich mit Kindern der vorher bezeichneten Art beschäftigt, zur gesetzlichen Zwangsverziehung überwiesen sind, sofern alle diese Kinder zu dem Hausstande des Unternehmers gehören. Alle anderen Kinder gelten als fremde Kinder. — Werden Mißstände wahrgenommen und sind die vorgeschriebenen Maßnahmen ohne Erfolg, so ist von den Schulverhältnissen an die vorgesetzte Behörde zu berichten.

Die Aufstellung der Uebersicht über die Zahl der gewerblich beschäftigten Kinder, die von den Schulverhältnissen verlangt wird, zu geben, wäre eigentlich Sache des Gewerbeinspektors. In dessen Berichten, die sich durch das auszeichnen, was nicht drin steht, findet man aber eine solche Uebersicht nicht. Aber das geht aus seinen Berichten hervor, daß gegen die Uebertreter der Schutzbestimmungen für Kinder und Jugendliche nicht so vorgegangen wird, wie es nötig ist, wenn die Unternehmer von Uebertretungen abgesehen werden sollen. Nach dem Berichte für 1909 wurden in 112 Betrieben 126 Uebertretungen der bezeichneten Art ermittelt; nur 3 Unternehmer wurden gerichtlich bestraft. Wegen Uebertretungen der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes insbesondere wurden 15 Anzeigen erstattet und 13 Personen gerichtlich bestraft. Im Jahre 1909 wurden in 94 Betrieben 114 Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften für Jugendliche festgestellt; bestraft wurden nur 4 Unternehmer. Wegen Verhören gegen die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes wurden 16 Anzeigen erstattet, 10 Personen gerichtlich bestraft.

Gewerkschaftliches.

Das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen

Im Ruhrbecken liegt immer noch nicht vollständig vor. Das liegt daran, daß die verschiedenen Zechenverwaltungen die Befamntgabe des Stimmenergebnisses verweigern. Gegen einige Zechenverwaltungen ist Beschwerde bei der Bergbehörde erhoben worden. Für die beiden großen Organisationen wurden bisher gezählt: Verband 42 527 und Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 19 998 Stimmen. Das Resultat aus 35 Zechen sieht noch aus. Hier wurden 131 Verbändler und 70 christliche Gewerksvereiner als Sicherheitsmänner gewählt. Im ganzen dürfte der Verband rund 50 000, der Gewerksverein 25 000 Stimmen erhalten haben, die Polen, Zechen und der Gewerksverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunker) 10 000 Stimmen. Viele Zechenstimmen haben sich gleich auf die christlichen Organisationskandidaten vereinigt. Das ist die Folge des Kompromisses zwischen Gewerksverein, christlichen Bergarbeitern und Zechen für die kommenden Wahlen. Die Arbeiterauswahlgewahlen sind überhaupt noch nicht alle vollzogen, vorgenommen sind sie worden nur von den Bergarbeitern über Tage und einem geringen Teil der Bergarbeiter unter Tage, die übrigen, und zwar der größte Teil der Arbeiterauswahlgewahlen werden von den Sicherheitsmännern und den Zechen bestimmt. Wie stark die Organisationen sind und welchen Einfluß sie auf die unorganisierte Belegschaft des Ruhrbeckens haben, das wird sich bei den Wahlen am 17. September zeigen. Hier werden mindestens 100 000 bis 150 000 Bergarbeiter ihren Stimmzettel abgeben. Alle Leidenschaften, wie sie bei Parlamentswahlen aufsteigen, bemerken wir bei den Bergarbeitern auch jetzt im Knappschaftskampfe. Von dem Ausfall dieser Wahlen wird im Ruhrbecken vieles abhängen, worüber später noch zu sprechen ist.

Berlin und Umgegend.

Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft gegen die Arbeiterorganisation.

In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung von Arbeitern und Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn kam unter anderem folgendes zur Sprache: In den letzten Monaten hat die moderne Gewerkschaftsorganisation im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn viele Mitglieder gewonnen. Nachdem dies der Betriebsleitung bekannt geworden war, wurden die Gewerkschaftsmitglieder nach und nach gemahnt, andere, die ihre Mahnung nicht zu erwidern hatten, kündigten selber. Trotzdem zählt die Organisation unter den Angestellten der Hochbahn noch eine ansehnliche Reihe von Mitgliedern. Wenn auch gegenwärtig angesichts der Mahnungen ein gewisser Stillstand unter den Arbeitern und Angestellten eingetreten ist, so wird es der Betriebsleitung doch nicht gelingen, die Organisation aus dem Betriebe auszurufen. Im Gegenteil. Es wird dafür gesorgt werden, daß die Organisation so erstarke, um mit Nachdruck für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgen zu können. Eine Aufbesserung ist dringend notwendig. Werden doch die Arbeiter mit einem Stundenlohn von nur 85 Pf. eingestellt und müssen täglich 12—13 Stunden arbeiten. Das Bahnpersonal bekommt Anfangsgehälter von 3,20 M. täglich und hat eine tägliche Dienstzeit von 12, 16, ja 18 Stunden. Wenn bei Betriebsunfällen Materialschaden entsteht, so muß der Angestellte, den die Betriebsleitung als den Schuldigen erklärt, den Schaden ersetzen. Der Betrag wird vom Lohn abgezogen. Die Schadenersatzansprüche, welche die Direktion an die Angestellten stellt, belaufen sich oft auf mehrere Hundert Mark, ja in einem Falle wurden sogar 1000 M. verlangt. Daß bei solchen Verhältnissen lebhaftest Unzufriedenheit unter den Angestellten und Arbeitern herrscht und das berechtigste Verlangen nach Verbesserung sich bemerkbar macht, ist selbstverständlich. Die Direktion weicht natürlich, daß sie sich diesem Verlangen nicht mehr widersetzen kann, wenn Einigkeit unter dem Personal herrscht. Sie weicht deshalb Unmöglichkeit und Gegenstände zu schaffen, indem sie gewisse Kategorien mit Lohnzulagen bedacht oder doch solche in Aussicht stellt. Durch diese Taktik werden Streiber herangezogen, die sich nicht nur von ihren Kollegen und Arbeitsbrüdern trennen, sondern sogar noch bei der Unterdrückung der Gewerkschaft hilfreiche Hand leisten. Doch, trotz aller dieser gewiß nicht schönen Maßnahmen ist ein fester Stamm von Gewerkschaftsmitgliedern im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn vorhanden. Er wird weiter wachsen und dann wird es gelingen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen.

Die Asphaltarbeiter der Firma Hein u. André (Tempelhof und Berlin W., Kaldreuthstraße) haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen nicht anerkannt sind. Herr Hein lehnte bisher jede Verhandlung ab. Den Arbeitern blieb daher nichts anderes übrig als durch Arbeitniederlegung eine Aufbesserung ihrer geradezu erbärmlichen Löhne zu erringen.

Wir erwarten von den Steinsehern ganz besonders, daß sie nicht etwa die liegende Ebene Arbeit fertigmachen oder der Firma Hein u. André mit Arbeitern ausheulen.

Sämtliche Arbeitsplätze der Firma Hein u. André sind bis auf weiteres gesperrt! Die Ortsverwaltung Berlin.

Strafferer Zusammenschluß.

Die Verschmelzung der Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg und Weihensee stand auf der Tagesordnung der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes. — Bereits im Jahre 1906 hat der Verband beschlossen, daß Zahlstellen, die in einem abgeschlossenen Industrie- oder Wohngebiet bestehen, sich zu vereinigen haben. — Während die Vorortgebiete anderer Großstädte diesem Beschluß nachgekommen sind, hielten die Zahlstellen der genannten Berliner Vororte an ihrer selbständigen, von Berlin unabhängigen Verwaltung fest. Dann hat Berlin bei dem Verbandstage von 1908 beantragt, daß die Berliner und die genannten Vorortszahlstellen sich zu vereinigen haben. Dieser Antrag wurde dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiesen. Einen Zwang zum Zusammenschluß hielt der Vorstand nicht für ratsam, deshalb suchte er durch gegenseitige Verständigung den Zusammenschluß herbeizuführen. Im April 1910 fand eine Konferenz von Vertretern der betreffenden Zahlstellen mit dem Verband und dem Gewerksverein statt. Dort wurde eine Kommission eingesetzt, welche die für den Zusammenschluß maßgebenden Bedingungen aufzustellen hatte. Das ist denn auch geschehen. Die Vorschläge der Kommission gehen im wesentlichen dahin, daß der Zusammenschluß zu vollziehen ist, daß aber zur besseren Erledigung der Geschäfte in Rixdorf, Weihensee und Berlin W. je eine Geschäftsstelle bestehen soll, wo den Mitgliedern in den betreffenden Bezirken die Unterweisungen ausgegeben werden. Neben der Kartothek im Hauptbureau sollen für die genannten Bezirke besondere Mitgliederlisten geführt werden. Die Agitation in den Bezirken geschieht durch die Kontrollkommission unter Mitwirkung der Angestellten. Beschlüsse über Streiks faltet die Gesamtverwaltung herbei. In den Vororten sollen Arbeitsnachweisstellen errichtet werden. Die Angestellten von Rixdorf und Weihensee bleiben unter den bisherigen Bedingungen angestellt. Die Vertretung der Bezirke Rixdorf, Weihensee und Berlin W. soll außer durch die Obmänner durch die Angestellten in der Verwaltung geschehen.

In der Versammlung berichtete Glöckle über die Verschmelzungsverhandlungen. Unter anderem bemerkte er, daß nur die Zahlstelle Weihensee sich für den Zusammenschluß erklärt hat, während Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg den Zusammenschluß mit Berlin ablehnen. Der Redner betonte die Notwendigkeit Berantw. Redakt.: Rixdorf Barth, Berlin. Informativ veranlaßt.

des Zusammenschlusses nicht nur aus Verwaltungsverhältnissen Gründen, sondern auch deshalb, weil ja der Tarifvertrag für das Gebiet aller dieser Zahlstellen gilt und eine einheitliche Durchführung des Vertrages nicht denkbar sei, wenn mehrere voneinander unabhängige Zahlstellen im Vertragsgebiet beständen.

Nach längerer Diskussion, in der auch Vertreter von Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg sprachen, stimmte die Versammlung den Einigungsbedingungen zu.

Der Streik in der Möbelfabrik von Heim u. Gerken dauert fort. Es ist der Firma nicht gelungen, in Berlin geeignete Arbeitskräfte für ihren Bedarf zu finden, weshalb sie jetzt für völlig ungeeignete Kräfte 75 Pf. Stundenlohn zahlen muß. In der Hauptsache sind es die „Gelben“, die sich dort breit machen. Der dort beschäftigte Arbeitsvermittler dieser „nützlichen Herren“, ein Herr Schleinitz, gibt sich die größte Mühe, seine Kollegen, die womöglich noch in anderen Betrieben in Arbeit stehen, dort hinaus zu ziehen und in die bestreikte Werkstatt zu dirigieren. Auch am Donnerstag hatte ein Polizist mit seinem Hunde an der Ecke der Wilhelm-Stolze-Straße Posto gefaßt, um die „bedrohliche Sicherheit“ aufrechtzuerhalten, während am Sonntag Kriminalbeamte die Gegend besetzt hielten. Die Firma selbst vermeidet es, in den von ihr erlassenen Annoncen ihre Namen bekanntzugeben.

Die Firma schickt uns folgende furiose Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie hiermit um gefl. Nichtigstellung der in dem Artikel „Blutbunde gegen Streikende“ enthaltenen Behauptungen über unsere Firma.

1. Es besteht bei uns kein Streik, ebensowenig ist unsere Fabrik seitens des Holzarbeiterverbandes gesperrt.

2. Wir haben den paritätischen Arbeitsnachweis durchaus nicht übergangen, sondern erst, als derselbe nicht in der Lage war, uns für bestimmte Arbeiten geeignete Kräfte zu überweisen, machten wir von unserem im Vertrag vorgesehenen Recht Gebrauch, uns solche auf anderem Wege zu beschaffen, nicht aber, um billigere Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist bekannt, daß solche auch entsprechend weniger leisten, für uns also kein Vorteil darin liegt. Es erhält jeder seinen Lohn nach Vereinbarung.

3. Handelt es sich nicht um die Entlassung eines Vertrauensmannes, da uns noch nie die Zugehörigkeit eines Arbeiters zum Holzarbeiterverband als Grund zur Entlassung diente, sondern es handelt sich um einen im Verhältnis zu seinem im neuen Betrieb gestiegenen Lohn zu schwachen Tischler.

Trotzdem war dem Werkstattausfluß bei Rücksprache die Wiedereinstellung desselben zugesagt worden.

4. Haben wir bis gestern nicht 18, sondern 66 neue Arbeiter eingestellt.

5. Sind nicht die Arbeitswilligen zu Täuschlichkeiten übergegangen, sondern es haben die auf ihr Verlangen entlassenen Arbeiter erstere beim Nachhausegehen angegriffen. Den Beweis werden die gerichtlichen Vernehmungen ergeben, welche die Folgen dieses Verhaltens sein werden.

Hochachtungsvoll

Heim u. Gerken.

Dazu bemerken wir:

ad 1: Die Firma wird den Streik nicht durch Erklärungen aus der Welt schaffen. Es ist Sache der Arbeiter, ob sie seine Beendigung beschließen wollen oder nicht. Im übrigen spricht die Firma selbst ja von den bei ihr tätigen „Arbeitswilligen“.

ad 2: Leute, die vom Nachweis kamen, wurden als „zu teuer“ zurückgewiesen, andere aber eingestellt. Als die Arbeiter das Einigungsamt antriefen, erklärte der Vertreter der Firma dort, daß diese sich auf keinerlei Verhandlungen einließen.

ad 3: Der „zu schwache“ Tischler war 5 Jahre lang bei der Firma beschäftigt, bis man seine „Schwäche“ entdeckte.

ad 4: Die Ziffer der Arbeitswilligen soll uns gleichgültig sein. ad 5: Die Firma „berichtigt“ hier etwas, wovon ihr aus Eigenem nichts bekannt ist. Die Verhaftung eines „Arbeitswilligen“ kann sie nicht aus der Welt schaffen.

Der Streik dauert fort. Vor Zugang werden ehrliche Arbeiter gewarnt.

Achtung, Töpler! Die Firma Krätschmann aus Leipzig soll zurzeit in Berlin Arbeiten ausführen. Sollten Kollegen wissen, wo die Arbeiten ausgeführt werden, so müssen sie dies umgehend dem Berliner Filialbureau, Engelauer 15, Telefon Amt 4, 9807, melden.

Leipzig ist noch wie vor wegen Streik für Ofenseher gesperrt. Die Verbandsleitung.

Im Kraftwerksbetrieb L. Fabisch, Reinickendorfer Str. 23, ist die Sperre mit dem heutigen Tage aufgehoben.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Aus dem roten Sumpf.

Im vergangenen Jahre erschien im Verlage von Fritz Kater Berlin die bekannte Broschüre „Aus dem roten Sumpf“ über: „Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentrallverbande hergeht“, verfaßt von Karl Roche, früherem Hilfsarbeiter im Zentralvorstande des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Diese von Verleumdungen und groben Anschuldigungen gegen die Vorstandsmitglieder Behrendt, Loepfer und Brede wimmelnde Broschüre wurde von der bürgerlichen Preßwelt, vor allem von der „Freisinnigen Zeitung“ in einem langen Leitartikel gierig beschimpft und vom Reichsverband bei der Reichstagsnachsicht in Halle, bei den Stadtratswahlen in Wandsbek usw. als Waffe gegen die Sozialdemokratie benutzt. Das Manuscript zu seinem Subwerk hat der wegen seines „Idealismus“ zum Märtyrer gewordene Roche, der aus Trodne geflohen war, so daß er nicht weiter in dem roten Sumpf plätschern konnte, bürgerlichen Verlangern an, die aber bedeutende Streichungen verlangten, worauf er sich an die richtige Schmiede wandte, an den anarcho-sozialistischen Verlag von Fritz Kater. Die drei Genannten gaben Roche Gelegenheit, seine Behauptungen unter Beweis zu stellen, aber das Schöffengericht VI zu Hamburg erklärte den Wahrheitsbeweis für vorbeigelungen und verurteilte, wie seinerzeit berichtet, Roche zu einer Geldstrafe von 200 M. und Kater zu einer solchen von 50 M., während die Widerbeklagten freigesprochen wurden, weil sie in ihrer im „Wahlhelfer“ veröffentlichten „Bekanntmachung“ berechtigten Interessen wahrgenommen hätten. Roche legte Berufung ein, einige Tage später die Privatkläger, während Kater sich bei dem Urteil beruhigte.

Die Angelegenheit gelangte am Sonnabend nachmittag vor der fünften Strafkammer des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung. In mehr als fünfstündiger Sitzung wurde abermals in den „roten Sumpf“ hineingeleuchtet, aber für die den Vorstandsmitgliedern vorgeworfene „Anekdotalität“, „Aufblasenheit“, „Wurfsichtigkeit“, „Trägheit“, „Rücksichtslosigkeit“, „Unfähigkeit“ usw. wurde nicht das geringste vorgebracht, dagegen wurde festgestellt, daß Roche in schlimmer Weise, als er noch im „roten Sumpf“ waltete, gegen die drei Genossen intrigiert hat. Zu einem Zeugen hat er in bezug auf den damaligen Redakteur und jetzigen zweiten Vorsitzenden Loepfer gesagt, dieser sei ein Schwindsuchtstaschler und müsse bald sterben, dann würde er Redakteur, den anderen (Vorstandsmitgliedern) würde er es zeigen. Alles, was Roche vorzubringen mußte, war, daß nicht jeder Hilfsarbeiter „kommandierender General“ war, daß nicht in der Verwaltung „Freiheit und Gleichheit“ herrschte. Mit Bezug hierauf hatte die Korinthisierung ausgeführt: „In jedem größeren Betriebe, auch in sozialdemokratischen, müsse eine Leitung sein und Ordnung herrschen, könne nicht jeder tun, was er wolle“. Zu denselben Feststellungen gelangte das Berufungsgericht,

daß den Angeklagten Roche, der nur noch „Sozialist“ sein will, „weil die Demokratie des Individuum unterdrückt“, wieder zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, während die Widerbeklagten, die in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten, freigesprochen wurden. Das Urteil erster Instanz bleibt bestehen.

Die bürgerliche Presse vom Schloge der „Freisinnigen Zeitung“ dürfte wohl kaum von der Trodenlegung des „roten Sumpfes“ Notiz nehmen.

Die Lohnbewegung der Nordhäuser Tabakarbeiterinnen konnte mit Erfolg beendet werden. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse betragen für die ausgelerten 16 Jahre alten Arbeiterinnen 2/3 Pf. für Lehrlinginnen 2 Pf. und für männliche Hilfsarbeiter 3 Pf. pro Stunde. Eine Versammlung der beteiligten Arbeiterinnen beschloß, sich mit dieser Lohnzulage zufrieden zu geben.

Die Arbeiter der Selbstmetallindustrie in Düsseldorf sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Obwohl sich die Forderungen der Arbeiter in möglichen Grenzen bewegen und es zunächst den Anschein hatte, als ob es zu einer Einigung kommen würde, stellt sich nunmehr doch heraus, daß die Unternehmer Hintergedanken haben, denn sie suchen in auswärtigen Plätzen, unter andern in Mainz, Güttrich usw. Zugang zu natürlich fernzuhalten.

Lohnbewegung im Kartonnagegewerbe.

In Wuzen befinden sich zwei große Kartonnagefabriken, die 400 Personen beschäftigen. Eine gut besuchte Versammlung befaßte sich mit der Durchberatung eines Tarifes und beschloß, den Tarif sofort an die Fabrikanten einzureichen. Gefordert wird Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche, Festlegung von Garantieföhnen — weil Akkordarbeit und bei dieser ständiger Mustertwechsel — und für Heimarbeiterinnen für Del, Licht, Feuerung usw. 20 Prozent Lohnzuschlag.

Ausland.

Wie der Kopenhagener Beschluß wirkt.

Noch ehe der tschechische Separatismus sozusagen offiziell auftrat, bestand er schon bei den Handlungsgehilfen, wo der tschechische „Zentralverband“ der wirklichen Reichsorganisation, dem „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“, mit dem sich in Wien entgegen. Der Kern jenes „Zentralverbandes“ nun ist die Reifendemenion. Der gemeinsame Austritt von 150 Mitgliedern aus dieser scheint die separatistischen Handlungsgehilfen aufs heuerste gereizt zu haben, um so mehr, als die Einverleibung des Vermögens der Reifendemenion durch die separatistische Organisation nicht vollzogen werden konnte. Die wütenden Separatisten sprengten deshalb durch rohe Krawalltaten eine von der Zentralorganisation der Handlungsgehilfen einberufene Versammlung in Prag am 9. d. M. Die Verlesung einer Stelle des Berichtes der Separatisten an den Kopenhagener Kongress gab den Anlaß. „Wir lassen uns weder von Wien noch von Kopenhagen kommandieren!“ ist die Parole.

Ein erfolgreicher Streik von Theaterarbeitern. Nach mehrtägigen fruchtlosen Verhandlungen traten Freitag früh die Arbeiter des Wiener Theaters an der Wien“ in den Streik, der nach sechsständiger Dauer mit Abschluß eines Vertrages endete, der eine Reihe ansehnlicher Verbesserungen brachte. Die Lohn erhöhungen betragen 10, 20 und 30 Kronen pro Mann und Monat. Das bisher zehnmonatige Engagement ist auf elf Monate verlängert. Ueberstunden und Nachmittagsvorstellungen werden mit 3 Kronen bezahlt. Die Arbeiter des Rohmund-Theaters erhielten die gleichen Zugeständnisse. Sie alle sind in der Bühnenpersonalunion organisiert.

Eine Wendung in der englischen Schiffsarbeiterbewegung.

Die Arbeiterkrise, welche seit einigen Tagen England bedroht, scheint in ein günstiges Stadium getreten zu sein. Was die Arbeiter der Schiffsverwerften betrifft, von denen 60 000 durch die Aussperrung betroffen werden, so haben die syndizierten Arbeiter beim Verbands der Schiffsbauer beantragt, eine Konferenz mit den Leitern des Arbeiterindikat zu vereinbaren. In dieser Konferenz würde dann die Lage einer Beratung unterzogen werden. Die Konferenz wird wahrscheinlich Ende dieser Woche stattfinden. Auch die Angestellten der Great Northern scheinen geneigt, in der Frage des Beschlusstages nachzugeben.

Die römischen Droschkentuischer gegen den Tagameter.

Rom, den 12. September. Die römischen Kutscher sind in hohem Grade mit den Ergebnissen unzufrieden, die die Anfang dieses Jahres erfolgte Einführung des Tagameters gezeitigt haben. Da das Publikum ebenfalls mit den heutigen Zuständen unzufrieden sein soll, haben die Kutscher beschlossen, eine öffentliche Abstimmung unter der Bürgerschaft zu provozieren. Es steht sehr dahin, ob die Stadtverwaltung sich die Unkosten eines Referendums in der Frage machen will. Daß die Organisation der Droschkentuischer imstande wäre, selbst ein gültiges Referendum zu organisieren, kann man kaum annehmen.

Letzte Nachrichten.

Die Cholera in den Donaugebieten.

Budapest, 13. September. (Presz-Tel.) Aus etwa zehn an der Donau gelegenen Bezirken sind hier Meldungen über neue Choleraerkrankungen eingetroffen. Die Cholera breitet sich mit großer Schnelligkeit aus, und es scheint, daß in einigen Orten Choleraherde bestehen, von wo aus die Seuche weiterverbreitet wird. Einzelnen Ortsbehörden wird es zum Vorwurf gemacht, daß sie Choleraerkrankungen der Bevölkerung gegenüber vertuscht hätten. Von amtlicher Seite wurden aus den choleraerkranktesten Gegenden bisher 80 Fälle gemeldet.

Raubmord?

Burgstädt, 13. September. (W. L. B.) Heute nachmittag ist in Butlersdorf das in den sechziger Jahren stehende Ehepaar Gölzer in seiner Wohnung erschlagen aufgefunden worden. Anscheinend liegt ein Raubmord vor, der wahrscheinlich um die Mittagszeit verübt worden ist.

Bernsteiner Wechselräuber.

Hannau, 13. September. (W. L. B.) Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann G. Hester mann, den Inhaber einer in Konfuz gerateten Kolonialwaren-Großfirma, wegen Wechselräubereien zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Unter Anklage standen 282 Fälle von Wechselräubereien im Betrage von 48 200 M.

Guben, 13. September. (W. L. B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Bankier W. u. o. wegen Unterschlagung und Betrug in dreizehn Fällen zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis. W. u. o. war von der Schweiz ausgeliefert worden.

Schiffskollision.

Toulon, 13. September. (W. L. B.) Das Unterseeboot „Ponce“ lief heute mit einem Schiffsdampfer zusammen und bohrte sich etwa einen Meter in den Rumpf des Dampfers ein. Es entstand eine Panik, doch ist niemand verletzt worden. Das Unterseeboot soll keinen Schaden erlitten haben.

5. Verbandstag des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Gilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Bremen, 12. September 1910.

Der Verbandstag wurde gestern abend durch die Verbandsvor-sitzende Thiede-Berlin eröffnet. Anwesend sind 51 Delegierte, davon 7 weibliche. Der Hauptvorstand ist durch 8 Mitglieder, davon 2 weibliche, vertreten. Als Gäste sind Vertreter der verwandten Verbände in Deutschland — Buchdrucker, Buchbinder und Litho-graphen und Steindrucker — und vom österreichischen Senefelder-bund anwesend. Die Generalkommission vertritt Sabatiz-Berlin.

In der heutigen Sitzung wurden gleich die Geschäfts-berichte entgegengenommen. Die Vorsitzende Thiede-Berlin verweist auf den gedruckten Bericht — den wir schon besprochen haben — und macht dazu kurze Bemerkungen. Den Kassen-bericht gibt Lodahl-Berlin, der einige Erläuterungen macht. Die wichtigsten Zahlen haben wir bereits veröffentlicht.

Redakteur Bucher-Berlin berichtet auf einen mündlichen Bericht. In seinem schriftlichen Bericht klagt er über Mangel an Mitarbeit auf beruflichem, innerorganisatorischem und hauptsächlich tariflichem Gebiete. Die Redaktion habe ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der jungen Tarifgemeinschaft gerichtet, und ver-schiedentlich sei sie gezwungen gewesen, Angriffe von Unternehmer-seite in der schärfsten Weise zurückzuweisen.

Der Bericht der Redaktionskommission liegt ebenfalls schriftlich vor und wird mündlich nicht weiter ergänzt. Die einzelnen Beschlüsse, mit denen sich die Kommission zu be-fassen hatte, sind nicht von Allgemeininteresse.

An die Berichte schloß sich eine längere Debatte, die sich haupt-sächlich um eine vom Vorstand kurz nach dem letzten Verbandstage herausgegebene Umrechnungstabelle für das Unterstützungs-wesen drehte. Der Vorstand wollte mit der Umrechnungstabelle eine einheitliche Grundlage schaffen für die Ausbezahlung von Unterstützungen. Durch diese Tabelle fühlten sich eine Reihe Mit-glieder und besonders ältere geschädigt. Sie erblickten in ihr eine Verringerung des Status und protestierten dagegen. Mit Ausnahme von Berlin ist aber die Tabelle doch überall eingeführt und nach ihr auszubezahlt worden. In der Debatte wurde nun der durch die Umrechnungstabelle hervorgerufenen Mißstimmung Ausdruck ge-gaben. Die Vorsitzende Thiede betonte, die Einführung der Tabelle sei notwendig gewesen; man habe dadurch den Verband vor den Kassenmardern schützen wollen. Im übrigen war man mit der Tätigkeit des Vorstandes und auch der Redaktion im allgemeinen einverstanden. Gauleiter Krumpholtz-Köln verlangte, daß den Gauleitern mehr Spielraum bei der Agitation gegeben werde; sie würden in ihrer Tätigkeit zu sehr vom Hauptvorstand beschränkt. — Dem gesamten Vorstand wurde schließlich Entlastung erteilt. Ebenso wurde noch besonders die Herausgabe der Umrechnungstabelle gegen eine starke Minderheit gutgeheißen.

In geschlossener Sitzung wurde dann in die Beratung des Punktes 2: a) „Die Lehren der Tarifabschlüsse und unsere Taktik zur Tarifbewegung 1911“, b) „Unsere Taktik bei Lohnbewe-gungen in Steindruckereien“ und „Unsere Stellung zu den anderen graphischen Verbänden“ eingetreten.

Vom Zentralverband der Handelsleute u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Berlin)

erhalten wir folgende Zuschrift:

Rast in der ganzen Arbeiterpresse erschien vor kurzem ein „Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft“, unterzeichnet vom Ausschuss des Zentralverbandes der freien Händler, Hausierer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Essen (Ruhr).

Eingangs dieses Aufrufs wird betont, daß besagter Verband auf dem Boden der „modernen Arbeiterbewegung“ stehe. Was dies bedeuten soll, ist nicht recht klar. Wenn es heißen soll, daß alle anderen Verbände und Vereine, außer dem Essener Verband, mit der Arbeiterbewegung nicht im Einklang zu bringen sind, sehr häufig im schroffsten Gegensatz dazu ständen, so ist das unhaltbar. Gerade hier in Berlin, sowie in vielen anderen Orten Deutschlands, bestehen Sektionen des Zentralverbandes der Handels-leute und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Berlin), die mit den Arbeiterverbänden in engster Fühlung stehen.

Der Berliner Verband erstrebt die Hebung der materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Er gewährt Rechts-schutz in allen gewerblichen Streitfragen, Kranken- und Sterbegeld,

Unterstützung in besonderen Notfällen, ebenso die kostenlose Liefe-rung des Verbandorgans „Der deutsche Händler und Hausierer“. Der Verband sucht alle Berufsgenossen, ganz gleich welcher poli-tischen Richtung, auf gewerkschaftlicher Grundlage zu vereinen. Freilich ist der Kampf um die Existenz bei Händlern und Hausierern ein ungleich anderer als bei gewerblichen oder anderen Arbeitern. Arbeitslosenunterstützung, Streik usw. wäre bei ersteren doch geradezu lächerlich. Der Kampf der Händler und Hausierer richtet sich in erster Linie auf Gleichberechtigung mit jeder anderen Er-werbsgruppe, gegen willkürliche Auslegung der das Wandergewerbe betreffenden Gesetzesparagrafen, gegen Einführung des Wandergewerbes schädigender Bestimmungen und Besetze seitens der Be-hörden und Regierungen und dergleichen.

Es steht jedem Mitgliede frei, sich der ihm zuzugenden poli-tischen Organisation anzuschließen. Als Erkennungszeichen tragen die Mitglieder des Berliner Verbandes die Verbandsnadel bei Ausübung ihres Gewerbes. Zentralverband der Handelsleute und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Berlin).

J. A.: Hans Reich, Berlin N.

Aus der Partei.

Genosse E. Auer-München

erzucht und um Aufnahme folgender Zeilen:

„In Nr. 215 des „Vorwärts“ ist ein Bericht über eine Mün-berger Versammlung, die zum Parteitag in Magdeburg Stellung genommen, enthalten. Nach diesem Bericht hat der Gauleiter Walthers erklärt: „Ich gehöre zu denjenigen, die die Erklärung der 66 mitunterschieden haben unter dem Eindruck der bewegten und erregten Kämpfe. Heute sehe ich auf einem anderen Standpunkt. Als Mitglied des bayerischen Landesvorstandes war mir Ge-legenheit geboten, einen tiefen Einblick in die Landespolitik der Partei zu tun und gerade das hat in mir den Um-schwung bewirkt.“ Da diese Erklärung des Genossen Walthers geeignet ist, Verdacht zu erwecken, als ob sich inner-halb des Landesvorstandes Dinge ereignet hätten, die das Licht der Parteioffentlichkeit zu scheuen hätten, wurde Genosse Walthers im Auftrage der in München anwesenden früheren und jetzigen Landesvorstandsmitglieder aufgefordert, die sachlichen Unterlagen für obige in der Versammlung aufgestellten Be-hauptungen beizubringen. Da Walthers auf den Parteitag in Er-longen, der am 13., 14. und 15. August stattgefunden hat, über diese angeblichen Erfahrungen vollständig geschwiegen hat, ist sein Verhalten jetzt um so eigenartiger. Die erwähnten Mitglieder des Landesvorstandes bestehen darauf, daß Walthers mit klaren Angaben diene.

München, den 13. September 1910. E. Auer. Wir finden diese öffentliche Aufforderung etwas seltsam und meinen, daß durchaus kein zwingender Grund vorliegt, den Worten des Genossen Walthers den ihnen von den Münchener Landes-vorstandsmitgliedern imputierten Sinn unterzulegen.

Ra also!

Man schreibt uns aus Baden: Unser Mannheimer Parteiorgan, die „Volksstimme“, sprach dieser Tage ein großes Wort gelassen aus, indem sie das berühmte Bodman-Sprüchlein über die ethische Bedeutung der Sozialdemokratie auf seinen realen Wert zurückführt. Es sind, sagt sie, „die wenigen Worte, die Freiherr v. Bodman kurz vor Schluß des letzten Landtages in der Ersten Kammer der Sozialdemokratie widmete, für vernünftige Leute eigentlich selbstverständlich.“ Zu den nichtvernünftigen Leuten rechnet die „Volksstimme“ zunächst die Zentrumspresse, welche diese Minister-worte parteigeistig ausnütze. Deshalb belehrt die „Volksstimme“ das Zentrum, daß es lange vor dem badischen Junker v. Bodman der bayerische Zentrumsprofessor Reeb war, der 1899 in der bayerischen Kammer die Sozialdemokratie als eine Partei zur Verbesserung der Lebensstellung des vierten Standes bezeichnete und daß Kanzler v. Bismarck 1894 die deutsche Sozialreform als einen aus der Furcht vor der Sozialdemokratie hervorgegangenen Fortschritt kennzeichnete.

Wer wollte sich mit dieser nüchternen Beurteilung der gegnerischen Vögel über unsere Partei durch unser Mannheimer Schwefel-blatt nicht zufrieden geben? Die Genossin Luxemburg hat in ihren Reden in badischen Versammlungen dasselbe ausgeführt, um zu zeigen, daß dieser „für vernünftige Menschen eigentlich selbstverständlicher Worte“ wegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion den Disziplinbruch hätte nicht begehen dürfen.

selbst gebaut. In einem besonders harten Winter reichte jedoch das selbstgewonnene Futter nicht aus. Lange kam deshalb zum Fürsten und hat ihn, etwas Lupinen und Kleeheu kaufen zu dürfen. „Rein!“ Die Fürstin stand dabei und sagte: „Bitte, Otto, erlaube es doch. Sieh einmal, die armen Tiere kommen ja vor Hunger bis an den Gartenzaun.“ „Rein!“ und dabei blitzten seine großen Augen in der bekannten Weise, die jedem, auch jedem Familienmitgliede, es geraten sein ließ, das Thema zu verlassen. In Wismarsches Wappenschild hätte sehr wohl der Spruch gepaßt: „Rechnen ist jeder dem Geben!“

Aus dem italienischen Klosterleben des 16. Jahrhunderts. In der „Rivista d'Italia“ erzählt Antonio Pilot nach bisher noch nicht veröffentlichten Dokumenten, wie es im 16. Jahrhundert in den italienischen Klöstern zugeht. Es herrschte in den Frauenklöstern ein lockeres Leben und Treiben, das geradezu einen Hoß auf die ange-bliche klösterliche Abgeschlossenheit und auf die vielgepriesene strenge Klosterzucht bildete. Die jungen Mädchen, die hinter den Klostermauern weilten, glaubten sich keinerlei Zwang auferlegen zu müssen, weil sie sich zum großen Teil freiwillig in die Gefangenschaft begeben hatten; viele von ihnen waren Kinder reicher Eltern, die ihr großes Vermögen den erstgeborenen Söhnen oder Töchtern ungeteilt erhalten wollten und deshalb jüngere Töchter in die Klöster abschoben. Wie sehr diese Konnen wider Willen über die Stränge geschlagen haben müssen, ergibt sich aus zahlreichen Straf- und Bußdekretten, die von geistlichen und weltlichen Behörden gegen sie und ihre „Mißtäter“ erlassen wurden. Vor allem sind da die Dekrete der Patriarchen und der Regierung von Venedig zu erwähnen. Am 29. Juni 1509 wurde in Venedig kundgetan, daß alle diejenigen, welche mit den Klosterfrauen Ver-lehr und Umgang gehabt hätten, auf Lebenszeit verbannt seien; die-jenigen, welche aus irgendeinem Grunde in die Klöster eingedrungen seien oder sich auch nur in der Nähe der Klöster zu schaffen gemacht hätten, seien auf zehn Jahre verbannt. Wagnandierende Konnen wurden, wenn man sie wieder einfang, dem Patriarchen übergeben und für ihre Abenteuerlust aufs strengste bestraft; wer ihnen während ihrer „Strolchei“ Unterkauf gewährt hatte, wurde für fünf Jahre in die Verbannung geschickt. Sonderführer, die den aus den Klöstern entflohenen Konnen ihre Sünden zur Verfügung gestellt hatten, sollten sechs Monate gefesselt im Gefängnis schmachten und dann von S. Marco bis zur Moltbrücke gepöblicht werden.“ Strenge Strafen gab es auch für Dienst-mägde, die sich im Auftrage verlebter Herren in die Klöster schlichen und „mit ihren Kuppelnetzen viel Unheil stifteten“. Sie belamen die Weibliche zu spüren und wurden verbannt, wenn sie nicht inner-halb einer Frist von 16 Tagen freiwillig die Stadt verließen. Alle diese Maßregeln mußten aber wenig genügt haben; man kann das aus dem Umfange schließen, daß am Ende des 16. Jahr-hunderts ein Patriarch das Bedürfnis fühlte, ein strengeres Bußdekret zu erlassen, in welchem er nach einer Aufzählung

Genossin Dr. Rosa Luxemburg hat ihre Agitationsreise in Baden nach dem Internatio-nalen Kongreß wieder aufgenommen. Am Sonnabend sprach sie in Schopfheim, am Sonntag in Lörach. Beide Veram-mlungen waren von Angehörigen der Textilarbeiterorganisation ein-berufen worden. In der „Löracher Volkszeitung“ war daher am Sonntag folgender bezeichnender redaktioneller Hinweis zu lesen:

„Frau Dr. Rosa Luxemburg, Berlin, wird sprechen am Sonntag, den 11. September d. J., nachmittags 4 Uhr, im „Markgräfer Hof“ in Lörach, über: „Monarchie, Kaiserreden und Sozialdemokratie.“ — Freie Diskussion! — Arbeiter, Wäzger, Arbeiterinnen! Erscheint in dieser Versammlung! Der Einberufer: Ad. Kieselich, Lörach-Stetten.

Zu obiger Einladung gibt die Kreisleitung, die Vorstandschafst des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins sowie der Gewerkschaftsartellvorstände bekannt, daß Frau Luxemburg nicht in ihrem Auftrage spricht. — Die politische Leitung der hiesigen Partei hat gegen das Thema selbst nichts einzuwenden.“

Dieser eigenartige Hinweis hatte nicht zu verhindern vermocht, daß die Versammlungen außerordentlich stark besucht wurden. Die Wiesenthaler Proletarier hatten sich von nah und fern in hellen Scharen eingefunden. Hunderte, die keinen Platz mehr fanden, mußten wieder umlehren.

Die Referentin behandelte in ihrem Vortrage die badische Budgetbewilligung. Ihre Ausführungen fanden dabei öfter demonstrative Zustimmung der Zuhörer. So war denn der Satz: „Die Proletarier haben trotz aller Beschönigungen keinen Grund, das Musterland Baden als Paradies auf Erden an-zusehen“ mit tosendem Beifall aufgenommen, ebenso der Hinweis darauf, daß die Lebensarbeit der Weibel, Liebnecht, Auer, die nie ein Budget bewilligt haben, doch nicht bloße Negation sei. Die Rednerin schloß in Lörach mit den Worten:

„Wenn die Einheit in der deutschen Sozialdemokratie nicht aufrecht erhalten würde, so wäre es auch mit der Einheit der badischen Sozialdemokratie vorbei. Deshalb müsse das Bestreben aller Genossen und Genossinnen sein: Doch die Einheit, hoch die Entschlossenheit der Gesamtpartei!“ (Stürmischer, nicht enden-wollender Beifall.)

In Schopfheim trat Genosse Landtagsabgeordneter Müller der Referentin in halbständigen Ausführungen entgegen. Eingehend entgegnete ihm Genossin Luxemburg. In Lörach blieben die Landtagsabgeordneten Köschl und Breitenfeld der Versammlung fern. Beide Versammlungen hinterließen einen starken Eindruck.

Am Montag sprach Genossin Luxemburg in Mannheim. Der ersten redaktionellen Ankündigung in der „Volksstimme“ war ebenfalls die Bemerkung hinzugefügt, daß die Versammlung weder vom sozialdemokratischen Verein noch vom Gewerkschaftsrat ein-berufen worden sei. Dazu wird uns mitgeteilt, daß in Mann-heimer Gewerkschaftskarteile die Einberufung mit Stimmen-gleichheit abgelehnt wurde. Nachträglich scheint eine andere Regelung stattgefunden zu haben.

In der Sonnabendnummer der „Volksstimme“ war folgende An-kündigung zu lesen:

Sozialdemokratischer Wahlverein Mannheim. Dr. Rosa Luxem-burg, Berlin, wird in einer am Montag, 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses, F 4, 8, stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung einen Vortrag halten über: „Streifzüge durch die Nationalökonomie.“ Die Parteimitglieder werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Zutritt haben nur Parteimitglieder, welche am Saaleingang ihre Mitgliedsbücher vorzeigen.

Der Metallarbeiterverband in Pforzheim und die badische Budgetbewilligung.

Wir hatten seinerzeit zur Erklärung des Genossen Hamann in Nr. 206 des „Vorwärts“ bemerkt, daß wir den Verfasser der Notiz, gegen die sich Hamann wendete, sofort aufgefordert hätten, sich zu der Sache zu äußern. Diese Äußerung erfolgt erst jetzt, weil der betreffende badische Genosse erkrankt war und erst in diesen Tagen das Bett verlassen hat. Er schreibt uns:

„Es kann nicht behauptet werden, daß die Budgetfrage in Bezirksoberammlungen des Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Pforzheim) auf der Tagesordnung war und von Referenten behandelt wurde. Die gegenteilige Behauptung stützt sich aber auf folgende Tatsachen, welche den Irrtum erklärlich erscheinen lassen. Als gegen Ende Juli der Streit wegen der Budget-bewilligung der Landtagsfraktion in den Parteifreien ausgebrochen wurde, verlangte ein Mitglied der Ortsverwaltung der Me-tallarbeiter (Partei-genosse K.) im Sedan-Bezirk eine Versammlung

diverser Klosterlandale gegen die Störer des klösterlichen Friedens folgendermaßen loswetterte: „Sie seien verflucht im Hause und außerhalb des Hauses. Sie seien verflucht, wenn sie schlafen, wenn sie wachen, wenn sie gehen, wenn sie stehen. Verflucht seien ihr Fleisch und ihre Gebeine, und von der Fußsohle bis zum Scheitel sei an ihrem Körper nicht eine heile Stelle. Sie seien vor Gott gleich geachtet dem Brudermörder Hain und den Frevelern Dathan und Abiram, und sie seien verflungen vom ewigen Feuer mit dem Teufel und den Engeln der Hölle!“ Ob nach dieser Verfluchung die Tugend der Klosterfrauen größer geworden ist, wird nicht an-gegeben.

Humor und Satire.

Die Woche.

Das „Väterchen“ in Friedberg sitzt, Die Polizei in Darmstadt schwigt. Herr Scherl in seinem Bonneküster Erzählt genau: was kauft und beißt er; Er will uns menschlich näher bringen Den Mann der tausend Dunterschlingen Und harret mit Hängen und mit Bangen, Wie Sonntags es verlief in Langen. Dann bringt er drüber keinerlei, Nicht mal 'ne Holzgod-Pfannei. Die Ordenslöcher wollen kriechen, In Frankfurt wird fest ausgewiesen; Der Russe freut sich drob und grient: „Wie gut der deutsche Dwornik dient!“

Paulsen.

Die junge Firma. „Fürchtbar langweilig sind die Hand-werker... jetzt habe ich schon Pleite gemacht, und die Ladenein-richtung ist noch nicht fertig.“

Ausschriften an ländlichen Pensionen und bädtschen Gasthöfen.

Grüß Gott, tritt ein, Bring 12 Mark 50 täglich herein!

Zimmer für Monate, Wochen, Tage und Schwache Stunden.

Der Schlachtenderer. Serenissimus nimmt an einer Gesechsdung teil. Am Ufer eines Flusses läßt er sich über die augenblickliche Situation Vortrag halten. Nachdem er durch mehr-maliges Reigen des Kopfes angedeutet hat, daß ihm alles klar ist, wendet er sich an Kindermann und flüstert ihm ins Ohr: „Sagen Sie mal, Kindermann, sind wir hier eigentlich diesseits oder jenseits des Flusses?“ (Lustige Blätter.)

Kleines feuilleton.

Wismarck. Daß der „große“ Wismarck gar manches Kleinliche an sich hatte, zeigt H. v. Berlach im „Freien Volk“ in einer Reihe von Artikeln („Erinnerungen eines Verwaltungsbeamten“), deren achtam wir folgende Einzelheiten entnehmen: Oberförster Lange verwaltete die Wismarschen Forsten so geschickt, daß er den Ertrag aus dem Sachsenwald verdoppelte und durch Anlage industrieller Werke, durch Einführung wichtiger Neuerungen und Erfindungen, durch Erschließung immer neuer Absatzmärkte für die Wis-marischen Fabrikate, durch Abschluß einträglicher Pacht-verträge, durch An- und Verkauf zu vorteilhaften Bedingungen wahre Goldströme in die Taschen des Kanzlers leitete. Trotzdem durfte Lange auch nicht den geringsten Widerspruch gegenüber dem „Eisernen“ wagen, und — was besonders bezeichnend ist für Wismarck — der tüchtige Oberförster mußte sich mit einem geradezu miserablen Gehalt — Lange selber nannte es einmal ein „Lumpengehalt“ — begnügen. Jeder Versuch, eine Gehalts-erhöhung zu erzielen, stieß bei Wismarck auf absolute Parteilichkeit! (Nach Wismarcks Tode mußte Lange schließlich die reichen Erben beklagen.)

Geschichte tiefen unaufförlch und von allen Seiten ein, da man wohl wußte, wie gern der alte Geizhals n a h m. Es regnete förm-lich Wein, Kiför, Schinken, Burs und sonstige Lebensmittel, so daß der Fürst manches (z. B. Wein) „trotz des großen Konjuns“ überhaupt nicht mehr zu kaufen brauchte! Gegen-geschichte machte Wismarck nie. Darüber sagte Lange: „Den Menschen soll man erst austreiben, der sich räumen könnte, von Wismarck ein Geschenk erhalten zu haben. Rein, dafür und für Wohlthätigkeit darf kein Pfennig ausgegeben werden. Als ihn ver-schiedene Vereine um ein Andenken baten, da hat er mich ein für allemal angewiesen, nur Eichen aus dem Sachsenwalde für solche Fälle zu verschenden. Aber recht kleine Bäume, und von solchen Stellen, wo sie so eng stehen, daß sowieso welche entfernt werden müßten.“

Einmal trug Lange dem Fürsten vor, daß er zur rationelleren Bewirtschaftung des Sachsenwaldes unbedingt neues Kartennaterial brauche. Der Fürst erklärte, daß er dafür kein Geld habe. Ein weiterer Versuch, auf denselben Gegenstand zurückzukommen, trug Lange eine so ungewöhnliche Antwort ein, daß er schleunigst ab-brach. Also was tun? Die Karten mußte er haben. Kurz ent-schlossen, legte er sie dem Fürsten als sein Geschenk unter den Weihnachtbaum.“ (1)

Die schwierigste Sache von der Welt war, Wismarck zur Aus-gabe von barem Gelde zu veranlassen. Bei dem großen Mißstand im Sachsenwald mußte im Winter stark gestiftet werden. Die Futtermittel wurden natürlich auf den fürstlichen Besitzungen

für den 28. Juli in den „Rosenheim“. Der Parteiausflug wünschte die Tagesordnung kennen zu lernen. Die Angabe wurde verweigert. Darauf wurde im Bureau des Metallarbeiterverbandes eine Einladung zur sozialdemokratischen Bezirksversammlung auf den 28. Juli gedruckt und zur Verbreitung gegeben. Das Zirkular betraf: Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

Am 28. Juli wurde in der Versammlung verkündet, daß als erster Gegenstand die Budgetfrage behandelt wird. Dagegen wurde von mehreren Mitgliedern der Rosenheimer Parteileitung namens des Gesamtausschusses protestiert. Es bezog sich der Protest zunächst darauf, daß über den Kopf des Bezirksleiters hinweg diese Sache arrangiert wurde, daß ferner die Budgetfrage in einer von der Parteileitung zum 8. August im „Bürgerbräu“ anberaumten Parteiversammlung durch Referat und Gegenreferat ausführlich erörtert werden sollte, und eine einseitige Behandlung vorher in Bezirksversammlungen als eine Stimmungsmache erscheinen würde.

Der Genosse K. (Veranstalter der Versammlung) ließ dann auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses die Budgetfrage behandeln; das Referat erstattete der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Schütte.

Der Bezirksvorsitzende, Genosse U., legte Verwahrung dagegen ein, daß man ohne seine Zustimmung diesen Abend arrangiert; er hätte bisher die viele Arbeit geleistet und sähe sich nun zurückgeschickt. Der Genosse H. wurde bei der folgenden Wahl des Bezirksvorsitzenden nicht wiedergewählt.

Die Rürther Genossen zur badischen Budgetbewilligung.

Der badische Konflikt wurde auch in einer Parteiversammlung in Rürth behandelt, wobei der Referent Jörn sich gegen das Verlangen wendete, die Badener auszuschließen, was zu einer folgenschweren Spaltung führen würde. Die Badener wolle er nicht verteufeln, sie hätten den Rürtherer Beschlüsse einhalten müssen, doch hätten sie geglaubt, im Interesse der Partei zu handeln, als sie im letzten Augenblick sich für die Zustimmung zum Budget entschieden. Schiller bezeichnete den Rürtherer Beschlüsse als unhaltbar, deshalb müsse er aufgehoben werden; Zweckmäßigkeitsgründe könnten zuweilen es notwendig machen, für das Budget zu stimmen. Zwißel erklärte, die Budgetfrage sei keine tatsächliche, sondern eine prinzipielle Frage. Wer für ein bürgerliches Budget stimme, sein kein Sozialdemokrat. Segib bemerkt, die Frage sei eine rein politische Frage, keine Frage des Sozialismus. Die Frage sei deshalb schwierig, weil in den norddeutschen Parlamenten eine Budgetabstimmung nicht stattfindet (?) und da sei es schon den sächsischen Genossen passiert, daß sie die Gehälter von Ministern mit bewilligten. Redner glaubt nicht, daß die Badener ausgeschlossen werden, auch der Rürtherer Beschlüsse werden nicht aufgehoben werden. Am besten wäre es, wenn die Badener erklären würden, daß sie in Zukunft die Parteibeschlüsse besser einhalten wollen. Vogel erklärt, Beschlüsse müßten unter allen Umständen eingehalten werden. Eine Spaltung in eine nord- und eine sächsische Parteiverweigerung nicht eintreten, denn im Süden seien die Genossen über die Budgetfrage auch geteilter Meinung.

Der Gesamteinhalt der Diskussion ging dahin, daß zwar der Rürtherer Beschlüsse als unhaltbar angesehen, aber das Vorgehen der Badener nicht gebilligt wird. Eine Resolution wurde nicht gefaßt.

Soziales.

Vom Arbeiterinnenschutz in der Konfektion.

Die Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1897 (neue Fassung vom 17. Februar 1904) hat die Schutzbestimmungen der §§ 135 bis 139 und 139b der Gewerbeordnung mit einigen Abänderungen ausgedehnt auf die Werkstätten der Wäsche- und Kleiderkonfektion. Der § 1 sagt, welche Betriebe er dabei im Auge hat, und rechnet dazu u. a. nach Ziffer 2 auch Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Verkäufer angefertigt oder bearbeitet wird). Diese Schutzbestimmungen sollte Herr Neumann übertreten haben, der in seinem Ladengeschäft fertige, von ihm gekaufte Damenkonfektion feilhält. Soweit den Käufern die Sachen nicht passen, werden sie ihnen auf Wunsch von zwei Mädchen in einem zum Geschäft gehörenden Raum unter Benutzung von Nähmaschinen geändert. Bezüglich dieser Mädchen waren die Vorschriften nicht beachtet worden. Sie mußten Sonnabends noch nach 6 1/2 Uhr tätig sein, ohne daß die Zeit auf einer Tafel als Ueberzeit vermerkt wurde. Auch hatte N. der Behörde keine Anzeige gemacht, wie sie die Verordnung vorschreibt, sowie eine Tafel mit den Bestimmungen nicht ausgehängt. Das Landgericht Berlin sprach ihn frei, weil es die Verordnung hier nicht für anwendbar hielt. Eine Anfertigung oder Bearbeitung im großen liegt hier zweifellos nicht vor. Aber es müsse auch verneint werden, daß es sich um eine Bearbeitung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Verkäufer handele. Das könne in der Abänderung der gekauften Sachen nicht gesehen werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß eine Bearbeitung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Verkäufer vorliege, wenn fertige Sachen, die dem Käufer nicht paßten, nach seinem Wunsch und Bedürfnis abgeändert würden. Daß diese Bestellung der Abänderung im Zusammenhang mit einem Kauf erfolgt sei, habe keine Bedeutung.

Das Kammergericht hob, dem Gesetzmäßigem entsprechend, das freisprechende Urteil am Sonnabend auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Die Anfertigung oder Bearbeitung im großen scheidet hier nach den Feststellungen allerdings aus. Es frage sich aber, ob es sich hier nicht handele um eine Werkstatt, wo entsprechende Kleidung „auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Verkäufer bearbeitet“ werde. In der Beziehung tritt das Landgericht. Denn nach Meinung des Kammergerichts könnte die Abänderung auf Bestellung für das persönliche Bedürfnis des Käufers als eine derartige Bearbeitung angesehen werden. Deshalb müsse die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werden.

Die Entscheidung ist recht beachtenswert, weil über ähnliche Verhältnisse, Arbeiterinnenschutzbestimmungen zu durchbrechen, oft geklagt wird.

In Sachen der Konkurrenzklause

hat die Freie Vereinigung von Handlungsgehilfen-Beisitzern der Kaufmannsgerichte von Groß-Berlin in ihrer letzten Mitgliederversammlung folgenden Beschluß gefaßt:

„Die am 6. September 1910 in Stevens Hotel, Berlin, Niederwallstraße, tagende Versammlung der Freien Vereinigung von Handlungsgehilfen-Beisitzern der Kaufmannsgerichte von Groß-Berlin lehnt entschieden die Vorschläge des Königl. preuß. Ministers für Handel und Gewerbe zur Neuregelung der Konkurrenzklause ab, da diese Vorschläge keinesfalls geeignet erscheinen, die mit der Konkurrenzklause für die Angestellten verbundenen Schädigungen zu beheben, vielmehr eine Verletzung des Vereinigungsrechtes und eine Verschärfung der bisherigen Bestimmungen einschließen. Die versammelten Handlungsgehilfenbeisitzer halten im Interesse einer günstigen Entwicklung

des Handels und der Industrie das Verbot der Konkurrenzklause für erforderlich und richten an den Gutachterauschuss des Kaufmannsgerichts Berlin die Bitte, dem Herrn Handelsminister das verlangte Gutachten in diesem Sinne zu erstatten. Gleichzeitig geben die versammelten Kaufmannsgerichtsbeisitzer ihrem lebhaften Ersuchen darüber Ausdruck, daß bisher der Gutachterauschuss des Kaufmannsgerichts nicht einberufen ist, trotzdem nicht nur das vom Handelsminister verlangte Gutachten bis zum 15. September erstattet werden soll, sondern auch noch andere Anträge seit mehreren Monaten der Erledigung durch den Gutachterauschuss harren.“

Berginvalidität.

Eine in Knappschaftssachen wichtige Entscheidung wurde vor dem Oberlandesgericht Hamm zum Austrag gebracht. Der Plätzmeister Sch. in Dahlhausen klagte gegen den Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum um Zahlung der Knappschaftsrente. Sch. war seit 1870 bis 1898 ununterbrochen im Bergbau beschäftigt und war eingeschriebenes Mitglied des Knappschaftsvereins. Als er 1897 erkrankte, nahm er nach seiner Wiederherstellung die Arbeit nicht wieder auf, sondern nahm den Posten eines Plätzmeisters auf einem Eisenwerk an. Seine Ansprüche beim Knappschaftsverein hielt er durch Zahlung des fahungsmäßigen Feiertagesgelbes aufrecht. Er beabsichtigte in Hinblick auf seinen körperlichen Zustand, die Grubenarbeit nicht mehr zuließ, sich invalidisieren zu lassen. Doch wurden seine Anträge mehrfach in allen Instanzen abgelehnt. Sch. strengte nun Klage beim Landgericht Bochum an. Der Knappschaftsverein vertat hier den Standpunkt, daß der Kläger sehr wohl noch in der Lage sei, eine bergmännische Arbeit zu verrichten, sei es Kampenpuher, Maschinist oder Marktenkontrollleur. Diese Arbeit strengte nicht mehr an und sei ebensogut auszuführen wie die Tätigkeit eines Plätzmeisters auf der Fabrik. Das Landgericht Bochum wies die Klage ab, weil nach den Satzungen des Vereins der Rechtsweg ausgeschlossen sei. Das Oberlandesgericht in Hamm verurteilte jedoch auf die Verurteilung des Klägers den Knappschaftsverein zur Zahlung der Knappschaftsrente. Es heißt in der Begründung unter anderem: Es bedarf nicht der Feststellungen, welche Arbeiten den wesentlichen bergmännischen Arbeiten für die Entscheidung der Frage der Arbeitsfähigkeit gleich zu erachten sind, und ob eine Invalidität im Sinne der Statuten dann nicht vorliegt, wenn das Mitglied eine dieser Arbeitsstellungen noch ausfüllen kann.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Schleswig-Holstein.

Eine von der Agitationskommission für den Agitationsbezirk Schleswig-Holstein einberufene Konferenz der weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine tagte am Montag, den 11. September in Neumünster. Sie war von 30 Delegierten aus den einzelnen Kreisen besetzt. Außerdem waren am Ende 9 Vertreter der Agitationskommission und der Kreisleitungen und vom Parteivorstand in Berlin Genossin Fieck. Genossin Fieck betonte in ihrer Ansprache, daß der Parteivorstand im Gegensatz zum deutschen Kaiser die Meinung vertritt, daß es außerordentlich notwendig sei, daß sich die deutschen Frauen an der politischen Bewegung beteiligen. — Die vor der Konferenz von manchen Seiten ausgesprochene pessimistische Ansicht über den Wert der Konferenz ist durch den Verlauf glänzend widerlegt worden. Die Verhandlungen wurden sehr sachlich geführt, standen auf einem verhältnismäßig hohen Niveau, und eine Fülle von Anregungen für die Agitation unter den Frauen wurde gegeben.

Genossin Baumann-Altona berichtete über die Verhandlungen der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen. In der Diskussion wurde besonders der Beschluß der internationalen Frauenkonferenz, alljährlich in allen Ländern einen Frauentag zur Propagierung des Frauenwahlrechts zu veranstalten, beifällig aufgenommen. Die Konferenz beschloß dazu folgende Resolution: „Die Konferenz hat Kenntnis genommen von dem in Kopenhagen beschlossenen Frauentag zur Propagierung des Frauenwahlrechts und hofft, daß dieser Beschluß überall zur Durchführung gelangt.“

Das Referat der Genossin Baumann-Altona über „Organisation und Agitation“ und die dem Referat folgende Diskussion brachten viele beherzigenswerte Anregungen. Es dürfe kein Flugblatt ins Land gehen, so wurde ausgeführt, das sich nicht auch an die Frauen wende, keine Versammlung abgehalten werden, zu der nicht die Frauen noch besonders eingeladen worden seien. Bei der Agitation seien besonders die Programmforderungen über Arbeiterinnenschutz, Schuß für Mutter und Kind und nicht zuletzt die Forderung des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter zu betonen. Bei der Durchführung des Kinderstuhles und in der Jugendbewegung müßten die Frauen ganz besonders tätig sein. Vor allem aber müßten sich die tätigen weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen gründlich mit den Forderungen und Prinzipien der Sozialdemokratie vertraut machen, nur dann könnten sie erspriesslich agitatorisch unter den Frauen tätig sein. Besonderer Wert wurde auf die besonderen Veranstaltungen für die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine gelegt, in denen die weiblichen Mitglieder in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt und für die Agitation geschult werden, wie das in Kiel mit Erfolg gemacht worden ist. Auch die in Kiel und Goarden mit großem Erfolge betriebene persönliche Agitation für die Organisation und die „Gleichheit“ von Haus zu Haus wurde warm zur Nachahmung empfohlen. Die Frauen müßten sich überhaupt an den Aktionen der Partei (Flugblattverbreitungen usw.) mehr beteiligen, eine Delegierte verlangte die Beteiligung der Frauen an der Landagitation. Schließlich wurde auch der Wunsch ausgesprochen — und von dem Vertreter der Agitationskommission Verurteilung zugesagt —, daß in der nächsten zur allgemeinen Verbreitung kommenden Agitationsnummer der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“ auch ein Artikel aufgenommen werde, der sich besonders an die Land-Proletarierinnen wende. — In einer von der Konferenz beschlossenen Resolution wird empfohlen, die Verbindung zwischen dem Frauenbureau in Berlin und den tätigen Genossinnen wieder herzustellen, dadurch, daß dem Frauenbureau die Möglichkeit gegeben werde, das vom Parteivorstand an die Bezirks- und Kreisverbände zu versendende Material, besonders an die weiblichen Mitglieder der Bezirks- und Kreisverbände überweisen zu können. Eine weitere Resolution fordert die baldige Veranstaltung der von der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossenen Agitationsversammlungen unter den Frauen Deutschlands und Oesterreichs wegen der Lebensmittelverknappung.

Lesende.

Gr. Lichterfelde, Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Wahrendorf, Wäferstr. 22: Vortrag „Fleischnot, Steuern und die Frauen“. Referentin: Frau Schulte, Rixdorf.
Mariendorf, Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, bei Paul Luggs, Königsstr. 14.

Aus aller Welt.

Neue Choleraherde.

Wie ein Telegramm aus Marienburg t. Westpr. meldet, ist durch bakteriologische Untersuchung festgestellt worden, daß es sich bei dem in der Stadt unter Choleraverdächtigen Erscheinungen verstorbenen Ziegelfreier Lang e

um einen Fall von cholera asiatica handelt. Bis jetzt sind von den unter Choleraverdacht eingelieferten zwei erwachsene männliche Personen und vier Kinder ihrer Krankheit erlegen, vier Personen befinden sich im hiesigen Diakonissen-Krankenhaus; einhundert Personen sind unter Quarantäne gestellt. — Die zweijährige Tochter des Arbeiters Dombrowski ist heute mittag unter choleraähnlichen Erscheinungen verstorben.

In Ungarn wird die Gefahr einer Choleraepidemie immer drohender. Während noch in den letzten Tagen von den Behörden betont wurde, daß es sich nur um vereinzeltes Auftreten der Seuche handle, wird jetzt zugegeben, daß die Gefahr des epidemischen Auftretens der Cholera nahe liege. Mit Rücksicht darauf wurde durch eine Verfügung des Handelsministers der für heute anberaumte Jahrmarkt in Mohács verschoben. Im Laufe des Montags und Dienstags sind in vier Gemeinden des Mohács-Bezirks Neuerkrankungen an Cholera zu verzeichnen, von denen eine tödlich verlaufen ist. Auch in Preßburg wurden vier unter Choleraverdächtigen Erscheinungen Erkrankte in das Epidemehospital eingeliefert. Aus Gran und der Umgegend von Stuhlweißenburg wird je ein Cholerafall gemeldet. Ein weiterer Fall wird aus Marmarad Sziger berichtet. Dort ist die Inhaberin eines öffentlichen Hauses unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt. Das Borden wurde gesperrt.

In Wien sind bei den Kindern des an Cholera gestorbenen Gärtners Gasselhuber durch bakteriologische Untersuchung Cholera-Bakterien nachgewiesen worden. Die Kinder befanden sich die ganze Zeit wohl und hätten gestern mittag entlassen werden sollen, da dann die Inkubationsfrist abgelaufen gewesen wäre. Infolgedessen wurden die übrigen internierten Personen auf der Beobachtungsstation zurückgehalten, obgleich die bakteriologische Untersuchung ein vollständig negatives Resultat ergeben hat. Die Kinder Gasselhubers wurden in das Cholera-hospital gebracht. Ein aus Ungarn zugereister Arbeiter mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden, da er unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt ist.

Mit Rücksicht auf die bestehende Choleraepidemie hat der rumänische Minister des Unterrichts eine Verordnung erlassen, durch welche die Einschreibungen an Volks- und Mittelschulen Rumäniens bis zu einem unbestimmten Termin verschoben werden.

Den Vogel abgeschossen!

Die preussischen „Untertanen“ werden von ihren Verwaltungskörperschaften wahrlich nicht verhöhnt. Manche Musterleistung der Bureaucratie hat in weiten Kreisen großes Staunen und lebhafteste Verehrung erregt. Das unglücklichste jedoch hat sich der Landrat des hannoverschen Kreises Rotenburg geleistet. Am 23. Dezember v. J. fuhr bei Schaeffel in Hannover infolge falscher Weichenstellung ein D-Zug auf einen Güterzug auf. Bei dem Unglück wurde der Privatdozent Dr. Köpfer aus Bonn und der Rittmeister v. Malgahn getötet. Unter den Leichtverwundeten befand sich auch die Frau des Dr. Köpfer. Wie die „Bayer. Ztg.“ berichtet, hat nun der Landrat des Kreises Rotenburg von der Witwe des Dr. Köpfer auf polizeilichem Wege acht Mark für Reinigung und Säubern der Regalbahn in Schaeffel von Blutspuren, die beim Aufahren der Leiche entstanden waren, einzuziehen lassen. Zur Folge der Nichtbezahlung war die Zwangs Vollstreckung angedroht worden.

Ein christlicher Totschläger.

In Neumarkt (Oberspitz) wurde vor einigen Tagen morgens ein Arbeiter mit eingeschlagenem Schädel auf der Straße tot aufgefunden. Als Täter wurde nunmehr der Maurer Herbig eruiert, der den Arbeiter ohne Grund überfallen und niedergeschlagen hat. Herbig ist der Begründer und eifrigste Agitator der Zählstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes in Neumarkt. Durch seine Verhaftung wurde wieder die Erinnerung an eine Reihe nächtlicher räuberischer Ueberfälle geweckt, die in den letzten Jahren öfters in der genannten Stadt verübt wurden, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. Nunmehr ist solch schwerwiegendes Verbrechen angefallen worden, daß der christliche Führer auch in dieser Hinsicht als sicher überführt gelten kann. Wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter sich irgendwie gegen die Strafgesetz verbeugt, so beizt sich die Zentrums-Presse, den „Fall“ politisch auszunutzen und von den „Freunden sozialdemokratischer Erziehung“ oder von dem „verrobbenden Einfluss der sozialdemokratischen Agitation“ zu sprechen. Sind nun die Taten dieses christlichen Führers vielleicht „Früchte der schwarzen Erziehung“?

Ein meineidiger Ordnungshüter.

Während einer Gerichtsverhandlung wurde am Montag in Bremen ein Schuttmann unter dem Verdacht des Meineids verhaftet. Auf der Anklagebank mußte ein unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehendes Mädchen Platz nehmen, das wegen Verleumdung des Schuttmanns angeklagt war. Das Mädchen hatte von dem Ordnungshüter behauptet, daß er seine Amtsgewalt den Prostituierten gegenüber mißbraucht habe. Die Beschuldigungen wurden von dem Schuttmann unter seinem Eide bestritten, das Mädchen war aber in der Lage, durch zahlreiche Zeugen den Wahrheitsbeweis für die aufgestellten Behauptungen zu erbringen. Die Angeklagte wurde daraufhin freigesprochen, der Schuttmann wegen dringenden Verdachtes des Meineids verhaftet.

Die Entlastungszeugen müssen schon sehr zahlreich gewesen sein, um einen Schuttmann meineidig zu machen!

Kleine Notizen.

Typhusepidemie. Unter den Schülerinnen eines Klosters in Schiltigheim ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Im weiteren Umfange der Seuche vorzubeugen, sind 69 Kinder in einem Krankenhaus in Straßburg isoliert worden. Bei 28 von ihnen wurde bisher Typhus festgestellt. Die Seuche ist bisher sehr milde verlaufen, kein einzelner Todesfall hat sich ereignet.

Ein verkagter Kolonialist. Die Großgrundbesitzer von Versailles haben gegen den Bürger Maurice Farman, der in der Nachbarschaft ein Flugfeld eingerichtet hat, einen Prozeß auf Schadenersatz angestrengt. Farman soll durch die dicht über den Feldern ausgeführten Flüge die Ernte schädigen und das Wild verschrecken.

Durch Kentern eines Bootes, in dem sich 16 Arbeiter befanden, sind auf dem Flusse Maros in Ungarn vier Männer ertrunken, mehrere andere wurden verletzt.

Im Hafen von Neapel ist gestern der transatlantische Dampfer „Nordamerica“ mit dem Dampfer „Gersea“ zusammengestoßen. Der zweite Dampfer wurde schwer beschädigt. Ein Matrose erlitt durch den Zusammenstoß erhebliche Verletzungen.

Am 9. d. Mts. verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann
Robert Lietz
 im 43. Lebensjahre. 8632
 Um stille Teilnahme bittet die trauernde Wittin.
 Die Beerdigung findet Mittwoch um 5 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichs-Platz, aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Görlitzer Viertel. (Bezirk 21, Teil II.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Fensterputzer
Robert Lietz
 Reichberger Str. 116 gestorben ist. 220/17
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-Platz aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Johann Gruber
 am 11. September an Rheuma gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der Schmied
Otto Prüfer
 am 10. September infolge Unfall.
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes in Rummelsburg aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 121/14 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rummelsburg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schmied
Otto Prüfer
 infolge Unfalls am Sonntag, den 10. September, im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes (Waldstraße) aus statt. 8/6
 Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
 (E. H. Nr. 29, Hamburg).
 Filiale Rummelsburg.
 Den Mitgliedern hiermit die trauernde Nachricht, daß das Mitglied
Otto Prüfer
 infolge eines bei der Arbeit erlittenen Unfalls plötzlich verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes (Waldstraße) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 8825 Die Ortsverwaltung.

Berliner Arbeiter-Radfahrer Verein.
 (Mitgl. d. Arb.-Radf.-B. Solidarität.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sportgenosse
Robert Lintz
 (3. Abteilung)
 Reichberger Str. 116 am 9. September verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-Platz aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 12/7 Der Vorstand.
 Von der Reihe zurück.
Dr. Georg Friedländer
 N., Schlegelstr. 28.

Todes-Anzeige.
 Allen Fremden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der Lagerhalter
Gustav Krause
 am Montag früh 1/4 Uhr nach kurzem Krankenlager im 49. Lebensjahre verstorben ist.
 Die Leiche liegt bekränzt an
Die trauernde Witwe
 Fr. Anna Krause u. Mutter.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. September, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rixdorfer Friedhofes in der Rudower Straße, Briz, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz-Buckow.
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag unser Mitglied, der Lagerhalter
Gustav Krause
 im Alter von 48 Jahren an der Lungenerkrankung verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, vom Rixdorfer Friedhof in Briz, Rudower Straße, aus statt. 203/16
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Käuferversammlung Britz.
 Den Käufern zur Nachricht, daß am Montag früh 1/4 Uhr unser Lagerhalter
Gustav Krause
 im Alter von 48 Jahren an der Lungenerkrankung verstorben ist.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen tüchtigen, zuverlässigen, braven Beamten.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Rixdorfer Friedhof, Rudower Straße, Briz, aus statt. 106/12
Der Vorstand.

Verband der Lagerhalter u. Lagerhalterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser lieber Kollege
Gustav Krause
 am Montag, den 12. September, nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 4 Uhr auf dem alten Rixdorfer Friedhof, Rudower Straße, statt. 290/7
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler u. Berufsgenossen.
 E. H. 86, Verwaltungstr. Berlin S.
 Am 11. September verstarb unser Mitglied
Johann Klopsch.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. September, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Rixdorf, Osterstraße 11, aus nach dem katholischen Kirchhof Mariendorfer Weg statt. 290/6
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holtzleger
Fritz Wüst
 am 9. September im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung.

Am Montag abend entschlief nach langem Leiden meine liebe Frau, Schwester und Schwägerin 8642
Martha Hintze
 geb. Mager
 im 37. Lebensjahre.
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Wilhelm, Lotchen und Helmut Hintze, Berlin.
 Max Mager, Hamburg.
 Paul Mager, Hirschberg.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserstuhls-Friedhofes in Belgien aus statt.
Dankagung.
 Allen denjenigen, die meiner Frau die letzte Ehre erwiesen haben, meinen besten Dank.
Anton Huxol nebst Kindern.
Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Ordg.
 Lor. Heg. Prad. Gehrod
 1,60, Post 1,00, Weste 509/1

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
 Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Mitglieder-Versammlung.
 Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:
Tages-Ordnung:
 1. Unsere gesamte politische Lage. Referent: Max Schütte, Oberlehrer a. D. 2. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1910. 3. Verhandlungsgegenstände.
 Zahlreiche Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.
 Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Marken für die Arbeitslosenunterstützung bis zum 30. September gestellt sein müssen; nach diesem Datum werden keine Marken mehr verkauft.
 D. C.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Filiale Groß-Berlin.
 Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung des Kollegen Wughy über den internationalen Kongress und die internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände.
 Im Hinblick auf die wichtige Tagesordnung erwarten wir zahlreiches Erscheinen. Mitgliedsbücher werden abgetempelt!
Die Ortsverwaltung.

Marmorarbeiter.
 Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Tages-Ordnung:
 Der Stand unserer Lohnbewegung und unsere weitere Stellungnahme.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um pünktliches Erscheinen aller organisierten Kollegen ersucht
 172/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, 15. Sept., abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engel-Ufer 15:
Branchen-Versammlung der Etuis-Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 24/16 **Branchenleitung und Tarifkommission.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
Bezirksversammlungen:
 Bezirk 1: Donnerstag, den 15. September, bei Piotrowsky, Besilingsenstr. 14.
 Bezirk 2: Donnerstag, den 15. September, bei Kramer, Justizstr. 40.
 Bezirk 4: Freitag, den 16. September, bei Wollenberg, Rummelsbr. 6.
 Bezirk 5: Donnerstag, den 15. September, bei Albert, Hagelsbergerstr. 52.
 Bezirk 6: Freitag, den 16. September, bei Reimann, Weinbergweg 8.
 75/17
 In allen Versammlungen werden Beiträge einfließen und neue Mitglieder aufgenommen.
Die Ortsverwaltung.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren Julius Krause Kastanien-Allee No. 40.
 Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
 Teilzahlung gestattet.

Schicke Kostüme, fesche Mäntel
 neuesten Genres zu Extrapreisen
 gültig nur bis Sonnabend, d. 17. Septbr.
 Gute Stoffe! Schneiderarbeit! Moderne Fassons!
 Kostüme v. 15.— M. an, 18.—, bis 350.—
 24.—, 32.—, 40.—, 55.— usw.
 Mäntel v. 12.— M. an, 15.—, 18.—, 22.—, 28.—, 34.—, 38.—, 45.—, 50.— usw. usw.
Elegante Pelz-Konfektion!
 Paletots, Abend-Mäntel, Kimonos, Kleider, Röcke, Blusen
Backfisch-Konfektion!
 Einsegnungs-Konfektion!
 Uebergangsmäntel schon von 8.— an!
 Je schneller Sie sich entschließen, desto vorteilhafter für Sie!
 Auch für stärkste Figuren Passendes in allen Abteilungen vorrätig.
Westmann
 Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalemstr.) parterre und I. Etage
 Gr. Frankfurterstr. 115, nahe Androssstrasse, parterre und I. Etage.
Trauer-Westmann (ges. Abt. für schwarze Konfektion, Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen, etc.)

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem-Strasse).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andross-Strasse).
 Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schiefer etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genrez. Ausw. zu niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Wer-Stoff-hat!
 Fertige Herrenanzug oder Paletot von 50 R. an, feinste Qualitäten, auf Rohbaar, zwei Anproben, für guten Sitz befam gold. Reibstoffe. Bitte zum Rahmehmen um Ihren Besuch, da keine Beerdigung. Ein Besuch führt zu dauernd. Kundschaf.
Ludwig Engel, Preussauer
 Str. 23, H. Alexanderplatz. Geogr. 1892.
 Stehe auch Adressbuch I Teil, 1910, Seite 558, unter E. 104/18
3 Anzeigen
Tuchreste Paletots und
Hosen (spottbillig!) Neueste Muster!
 Herausgeber der „Zeit am Montag“ und „Tribüne“
 über das Thema: 290/5

Karl Schmidt,
 spricht heute, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festjalen, Koppenstr. 29,
 über das Thema: 290/5
Die jüngsten Kaiserreden.
 Eintritt frei! Frauen willkommen!
Zentralverband der Dachdecker
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr:
Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter bei Grande, Weinstraße 11.
Tages-Ordnung:
 Bericht über den Stand der Lohnbewegung.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Treppengeländerbranche
 Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße Nr. 72.
Tages-Ordnung:
 1. Die letzten Vorgänge und Verhandlungen in der Treppengeländerbranche. 2. Wie führen wir die neuen Spezialtarife in den einzelnen Verhältnissen durch? 3. Verhandlungsgegenstände.
 89/16

Möbel auf Kredit!
Wohnungseinrichtungen.
 Ausstellung einfacher u. eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer. Mod. farbige Küchen-Einrichtungen
auf Abzahlung und auch gegen Bar.
Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
 bei kleinster Anzahlung evtl. ohne Anzahlung
 Ferner empfehle: Teppiche, Portiären, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Fertige Betten, Leib- und Bettwäsche.
Sport- und Kinderwagen.
Garderobe
 für Herren, Damen und Kinder
 Größte Auswahl. Billigste Preise. Neuester Schnitt.
Pelz-Stolas
 Wochenrate
1 Mk.
S. Dorn
 3' Alte Schönhauser Str. 3'
 Ecke Linien-Strasse

Persil
wäscht schnell, mühelos und billig bei grösster Schonung der Wäsche!
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der seit 34 Jahren weltbekannten
Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor,**
Berlin N. 4, Tieckstr. 10.

Bekanntmachung.
Behufs Vergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober cr. nach
Swinemünder Str. 64, 1. Etage
an der Millionendbrücke (Aufgang Ramlersstraße).
Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf.

H. Preuß, Gleimstr. 43
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung.
Preisliste gratis und franko.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Handelshaus Krebber, Küstrinerplatz 7, (spottbilliger) Bekleidungs-, Gardinenverkauf, Bekleidungs-, Herrenverkauf, Bekleidungs-, Schmuck-, Goldschmuck, Silberarbeiten, verlässliche Händler.
Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Berlin, Kaiserstr. 104, 4. Hofhof Hofstr. (Keller des "Vormärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Reichhaltige Portieren, Plüsch 3,85, Naturseiden 5,35, Velvetplüsch 7,85, Hochseiden 16,50 pro Fenster. Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. Teppichhaus Emil Lesdore, Oranienstr. 158. 1013R*

Reichhaltige Portieren, Plüsch 3,85, Naturseiden 5,35, Velvetplüsch 7,85, Hochseiden 16,50 pro Fenster. Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. Teppichhaus Emil Lesdore, Oranienstr. 158. 1013R*

Monatssätze und Sommerpaletots von 5 Mark (mit 1000) bis 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu namenhaften Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen, die man am billigsten bei uns, Mulackstr. 14.

Wädröcken, Täschchen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinfabrik Louis Böhm (selbst), Betriebsleitung Bognerstr. 27, 27. 1285R*

Teppiche (Zartenleier), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Liebergardinen, Sofa-Teppiche, spottbillig. Fabriklager Wauerhof, Große Frankfurterstr. 9, Aueringang. Vormärtsferien zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

**Drehrollen (Teppich), Krüge u. Tassen, Wärmehülle 29. (1283R*)
Eine Einzahlung, Woche 50, Bilder, Spiegel, Herne: Möbel, Vorkamer, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettdecken, Portieren, Uhren, Gasföhrer, Brennlampen 25. Verkauf ebenfalls Postkarte. 1285R**

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen von 20-40 Mark. Hermann Schilling, Turmstr. 68, Reinoldendorferstr. 48.*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pfg. Expedition Vormärts, Lindenstr. 69.

Reinhold, Jober, Sitzbänke, Wannen, Waschmaschinen, Strickmaschinen. Teilzahlung gestattet. Postkarte genügt. Kottlow, Schillerstr. 133. 865R*

Monatssätze, Paletots, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Zugabequelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Härtel, nur Rosenhallerstr. 16. 289/6*

Geschäftsverkäufe.
Charlottenburg, Milchgeschäft zu verkaufen. Näheres Laurogenossenschaft 6. 795*

Charlottenburg, Milchgeschäft zu verkaufen. Näheres Laurogenossenschaft 6. 795*

Wegen Neubau meines Geschäftshauses Ausverkauf!
Die bedeutenden Vorräte sollen bis Oktober geräumt sein und sind daher **50 Prozent** herabgesetzt.

Teppich-Thomas
Aeltestes und vertrauenswürdigstes **SPEZIALHAUS**
für **Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbel- und Dekorationsstoffe, Läufer, Tisch-, Divan-, Stepp-, Reise- und Schlafdecken.**
Berlin SW. 68, Granienstr. 126.
Zweiggeschäft: Oranienstr. 160.

Die gefährlichste Zeit des Säuglingsalters ist die Periode der Färbung und Entwöhnung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Den besten Schutz bietet eine rationelle Ernährung mit "Kusele" und Milch, wodurch die Verdauung gefördert und geregelt wird.

Drei Tropfen Kaol
flüssige Metall-Politur
machen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.
Fabr.: Lubzyski & Co., Berlin N.O.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der **Kapitän-Kautabak** seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesondlich geschüttet) wird nur noch in **Etiketten verpackt** zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Primordosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: **Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.**
Amt 7, 8561.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.
Handelshaus Krebber, Küstrinerplatz 7, (spottbilliger) Bekleidungs-, Gardinenverkauf, Bekleidungs-, Herrenverkauf, Bekleidungs-, Schmuck-, Goldschmuck, Silberarbeiten, verlässliche Händler.
Teppiche! (sehr billige) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Berlin, Kaiserstr. 104, 4. Hofhof Hofstr. (Keller des "Vormärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Reichhaltige Portieren, Plüsch 3,85, Naturseiden 5,35, Velvetplüsch 7,85, Hochseiden 16,50 pro Fenster. Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. Teppichhaus Emil Lesdore, Oranienstr. 158. 1013R*

Milchgeschäft billig verkäuflich.
Lindenstr. 59. 877R
Milchgeschäft, 100 Liter, Simpliconstr. 29 b. 75

Möbel.
Ruhbaummöbel, 3 Zimmer und Küchenmöbel, Bilder, Federbetten, Portieren mit Stores, Lederstühle, Verkleidungen. Neue Königstr. 62, vorn II rechts. 259/2*

Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzeilmöbel und ganze Einrichtungen, einjährige, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, beliebene gewaschen, verfallen, spottbillig. Tiefenlager, 5 Etagen. Möbelwerkerei. Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. 283/5*

Möbelwerkerei, Georg Lemmigkeit, Drantenstr. 172/173. Brautleute, die gebiegene Möbel kaufen wollen, sollen nicht verärgern, mein bedeutendes Lager zu beständigen, billigen Preisen, 438,00, elegante 650,00 bis 2000,00. Englisches Schlafzimmer 272,00, Kleiderkasten, Vertiko 45,00, Trumeau 35,00, Tisch- und Stuhl 58,00, eigene Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, sehr preiswert. Küchen, fertigen Anrichte 55,00, verleihe und zurückgeleiste billig. Auch Teilzahlung. 1227R*

Gut und billig kaufen Sie bei Wilhelm Ewert, Annenstr. 9. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen, tabellose Arbeit, zu spottbilligen Preisen. Ewert 250,00, Kaminstr. 9. Sonntags geöffnet bis 2 Uhr mittags.

Tägliche Möbel-Verkaufsläden, Böhle 108, Kleiderkasten 27, Sofa 40, Trumeau 23, Diplomat 53, moderne, elegante Küchen 52, über Jahre sich jeder von dem wirklich verlässlichen und billigen Angebot. Ewert Möbelwerkerei, Annenstr. 9. Sonntags geöffnet bis 2 Uhr mittags. 1326R*

Möbelwerkerei auf Teilzahlung, Stube und Küche 15 Mark. Verleihen gemessene Möbel (spottbillig). Berlin, Kottowstr. 49. 1330R*

Möbel-Inventar-Räumungs-Verkauf. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelwerkerei, Gneisenaustr. 15, nahe dem Halleischen Tor, findet der diesjährige Inventar-Verkauf bis 6. September zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt. Teilzahlung gestattet. Beamtens ohne Anzahlung. Kleiderschränke, Vertiko 23, Garderobenschränke 28, englische Bettstelle mit Patentmatratze 37, einjährige 22, Schreibische mit Kasten 32, und 24, Umbauten 40, Stühle 85, Divan mit Kasten 30, Badstühle 6, Anstehische 14, elegante moderne Wohnzimmer 220, eigene Speisezimmer 295, Herrenzimmer 180, Almhagonsalon 485, moderne farbige Küchen 45, Klavier, Pianinos, Portieren, Teppiche spottbillig. Besonders billig verleihe gewasene und zurückgeleiste Möbel. Lieferung durch eigene Gespanne. Ausbesserung frei. Sonntags geöffnet. Hausnummer 15 zu beachten. 1244R*

Altes Kleiderplind, Kommode, Waschtische, Preisangabe, lauti König, Raumstr. 18. 871R

Diplomat mit Hagen, mahagoni, eiche, sauberste Ausführung, 72, - Ausnahmeweise preiswert! Möbelwerkerei, Hirschowitz, Stallstr. 25, an der Hofbahn. 1253R

Gelegenheitskäufe, Soles spottbillig, Preisliste, Frankfurter Allee 73

Umzugs-Möbel sofort verkäuflich, Doppelganges Plüschsofa 36, - Kleiderplind 24, - Kleiderschrank 12, - Kleiderhülle 2,00, mehreres, Stadtschreiberstr. 52, Reiertorn. 259/5*

Umzugs halber billig Kleiderplind, Schlafzimmere, Tisch, Stühle, Regulator, Nähmaschine, Bergmannsche, Weizenke, Gochstr. 9, Schulz. 7150

Verkäuflich: Elegantes Plüschsofa, Umbau, englische Bettstellen, Anstehischrank, Spiegelwaschtische, Schlafzimmere, Kleiderplind, Spiegelvertiko, Trumeau, Anstehische, Königstr. 11, vorn I rechts bei Höfer. 259/3

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35, - Holz, Blumenstr. 36b. 1683R

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, modern, gut erhalten, 35,00. Kein Verkaufswert. Große Frankfurterstr. 14, Hof Keller. 103/8*

Musik.
Ruhbaupianino, edler, gefangener, Ton, wenig gebraucht, sofort sehr billig zu verkaufen. Potsdamerstr. 27b, hochparterre. 1316R*

Pianino, vorzügliches, tadelloes erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischestr. 15, I geradezu. 99/7*

Pianino, hohes, Schmeißer, 115, - Teilzahlung. Turmstr. 8 I.

Verschiedenes.
Platinabfälle, Silberabfälle, Rührstäbe, Jagengebisse, Quecksilber, Resten, hochglänzend, Goldschmelze, Nieder, Köpferstr. 20a (gegenüber Rautenkassette). 2965R

Patentanwalt Bessel, Göttingerstr. 24a.

Kunstschreier von Frau Kolosky, Schloßstr. 8 III.

Platina, alte Goldschmuck, Bruchgold, Silber, Gebisse, Refraktor, Goldwägen, Goldwägen, Quecksilber, Stanniol, Treisen sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, Goldschmelze, Köpferstr. 20, Telefon IV, 6658.

Abendkurse. Ausbildung von Technikern und Weibern in Elektro- und Maschinenbau. Technische Akademie, Berlin 45, Ritterstr. 30. Propekte frei. 1165R*

Wer Stoff hat, fertige Anzug für 16,00. Hermann Schlegler, Turmstr. 58. 1063R*

Bücherstücken, Neurenovation, sämtliche Buchbinderarbeiten, spottbillig, Sieder, Annenstr. 50. 760

Schlafstellen.
Schlafstelle zu vermieten. Wilmstr. 10/11. 876R*

Mietsgesuche.
Herr sucht einzelne Schlafstelle oder kleines möbliertes Zimmer, Nähe Alexanderplatz. Preisofferten unter H. 2 Hauptexpedition des "Vormärts". 863B

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junges Mädchen von auswärts, 20 Jahr, wünscht Stellung als Hausmädchen zum 1. November. Offerten 468* Expedition Bernauerstr. 9.

Stellenangebote.
Schlosserlehrling, Sohn achtbarer Eltern, verlangt zu Oktober Richard Schulz, Schlossermeister, N. 65, Eberstr. 7. 420*

Wichtige! Einige tüchtige Glasbläser und Schreier werden bei hohem Lohn resp. sehr guten Affordablen für dauernde Stellung gesucht. Persönliche oder schriftliche Meldungen erbittet Krüning, Berlin N. 65, Demnitzdorferstr. 9 II. 104/19

Wärmeschleifer finden lohnende (Haus-) Arbeit, auch Winter. Pint, Demnitzdorferstr. 19. 864B

Tüchtigen Osmeyer verlangt Zimmerstr. 57. 872B

Golbleisten-Putzer verlangt Raffhorstr. 19. 75

Golbleisten-Putzer, der Unterarbeit mitmacht, verlangt Weigen, König-Strasse 75. 7144

Kaufbursche, 14-15 Jahre, für leichte Arbeit gesucht. Wochensohn 14 Mark. Offerten unter "G. 2" an Hauptexpedition des "Vormärts".

Hotelstr. 27 Frau zum Treppenreinigung, Witwen und Sonnabend. 870B

Mädchen für Bettwäsche, Erbsarbeit. Kraft, Wilmstr. 58. Arbeiterin auf Kinderwäsche, Probearbeit. Kraft, Wilmstr. 58. Schulfräulein Mädchen dauernd, Dahnemann, Kitzber, Gochstr. 50/60. 75

Aus Industrie und Handel.

Liebesgabenpolitik.

Für die nach der Formel von der Not der Landwirtschaft konstruierten Bedürfnisse der Agrarier haben alle Behörden ein feines Verständnis. Solches Verständnis findet selbstverständlich auch in der Eisenbahntariffpolitik seinen Niederschlag. Die Ergebnisse der „nationalen“ Agrarkultur erfreuen sich durchweg billiger Inlandtarife. Anders gestellt sind ausländische Produkte und solche Lebensmittel, die nicht direkt von unseren Agrariern auf den Markt gebracht werden. Und mit starrem Konservatismus verteidigt die Eisenbahnverwaltung vorhandene Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten. Die Margarinefabrikanten können ein Liedchen zu dieser Melodie singen. Seit ca. 11 Jahren streben sie dahin, für ihre Erzeugnisse den Eilgutspoliertarif zu erlangen. Vergeblich!

Für einen großen Teil der Bevölkerung ist Margarine ein fast unentbehrliches Nahrungsmittel geworden. Viele tausende Proletarierfamilien müssen sie, wirtschaftlich betrachtet, sogar als — Gemütmittel ansehen, weil oft genug der knappe Lohn nicht einmal für Kunstbutter ausreicht. Während die Naturbutter trotz Tarifvergrößerung fortgesetzt teurer wird, und daher immer mehr aus dem Arbeiterhaushalt verschwindet, sorgt die Eisenbahnverwaltung durch eine weiße Tarifpolitik für eine künstliche Verteuerung der Kunstbutter.

Die Butterpreise zeigten seit dem Jahre 1908 folgende Entwicklung. (Berliner Notierung für 50 Kilogramm):

Table with 2 columns: Year and Price range. 1908: 109,87—112,20 M. 1909: 116,87—119,90 M. 1907: 115,71—118,80 M. 1900: 119,90—122,47 M.

Diese mit Recht als ganz außerordentlich zu bezeichnende Preissteigerung konnte vor sich gehen, obwohl die Buttereinfuhr sich stark vermehrt, die Butterausfuhr sich dagegen bis auf ein Minimum verringert hat. Es betrug:

Table with 3 columns: Year, Import (Einfuhr), Export (Ausfuhr). 1895: 68 000, 88 570. 1897: 100 800, 86 040. 1899: 125 240, 26 220. 1901: 180 800, 24 680. 1903: 233 578, 12 588. 1905: 389 389, 8 440. 1907: 388 119, 2 465. 1909: 447 675, 2 101.

Die heimische Butterproduktion ist also schon seit Jahren nicht mehr in der Lage, den Bedarf zu decken. Dadurch finden die hohen Butterpreise — in Verbindung mit dem hohen Einfuhrzoll — ihre Erklärung.

Eine auf die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Masse bedachte Regierung müsse selbstverständlich dafür sorgen, daß den Konsumenten, soweit diese sich den Luxus des Naturbuttergenusses nicht erlauben können, Buttererzeugnisse möglichst billigst zugeführt werden können. Die Eisenbahnverwaltung tut das Gegenteil! Margarine hat wie Naturbutter unter der Hitze zu leiden und verträgt im Sommer keinen langen Transport. Butter genießt nun den Vorzug des Spezialtarifes, während man die Margarine davon ausschließt. Diese muß daher bei warmer Temperatur zu den teureren Eilguttarifen verhandelt werden, was den Verkaufspreis natürlich stark beeinflusst. In welcher Weise die Butter des armen Mannes im Vergleich mit der Naturbutter durch die Tarifpolitik benachteiligt wird, veranschaulichen folgende Angaben: Es kosten 100 Kilogramm brutto — 80 Kilogramm netto — an Fracht:

Table with 4 columns: Product, Value, Freight from Köln to Berlin, Freight from Köln to Breslau. Butter: 200, 5,00, 6,75. Margarine: 88, 10,00, 13,50.

Demnach lastet auf der Butter bei dem Transport von Köln nach Breslau eine Fracht in Höhe von 3,975 Proz. des Wertes; dagegen muß die Margarine eine Last von 15,44 Proz. ihres Wertes tragen. Ein Kilogramm Butter kostet 6,25 Pf. Fracht, ein Kilogramm Margarine 16,87 Pf.!

Selbstverständlich müssen die Konsumenten der Margarine deren höhere Frachtbelastung durch entsprechend gesteigerte Preise büssen; sie sind das Opfer der Eisenbahntarifpolitik nach agrarischen Rezepten! Wie die obige Aufstellung zeigt, ist dabei in diesem Falle die Konkurrenzfurcht der nationalen Naturbutterproduzenten ganz unnötig, denn die horrenden Preissteigerung war möglich, trotz fast wachsender Zufuhr ausländischer Butter. Aber in der Vorsorge um das Wohl der Agrarier glaubt man ansehend gar nicht vorsichtig genug sein zu können. Auch dieser Beitrag zu dem Kapitel von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ wird nicht verschlen, dem Volke die Augen zu öffnen über unsere Klassenregierung und agrarische Liebesgabenpolitik — genannt: Schutz der nationalen Arbeit!

„Die Gasversorgung der Gemeinden und die kapitalistischen Monopolbestrebungen.“

Mit vorstehendem Problem beschäftigte sich eine am 11. Septbr. in Elberfeld abgehaltene, von 115 Gemeindevertretern besuchte Konferenz. Der Referent Genosse Limberg-Effen führte dazu u. a. aus: Die Auffassung, daß alle für das Gemeinwesen wichtigen Betriebe, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, in die Hände der Gemeinden gehören, habe sich nach langem Kampfe durchgesetzt. Nun werde sie wieder durch die Monopolpläne eines hochentwickelten kapitalistischen Konsortiums aufs neue gefährdet bedroht. Die Wasser- und Gasversorgung habe in Deutschland ziemlich überall von Anfang an in den Händen der Gemeinde gelegen, während die Gas- und Elektrizität aus England zu uns kam und Privatgesellschaften jahrzehntelang das Gasmonopol inne hatten. Erst nach und nach sei die Verdrängung dieser Monopolisten durch die Gemeindegewalt gelungen. Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung seien die Gemeinden rascher vorgegangen; sie gründeten eigene Werke, veräußerten aber, sehr genug die hohe Wichtigkeit des Zusammenhanges zu erkennen. Hauptschuld an diesem Zustand sei unsere Gesetzgebung, die für die Kreisgemeinden die Allmacht der Landratsbureaukratie aufrechterhalten und auch den Städten eine wirkliche Selbstverwaltung nicht gestatte. Die neuen Pläne der Monopolisten Stinnes und Thyssen betreffend die Elektrizitäts- und Gasversorgung bedeute die Auslieferung eines gewaltigen Gebietes an die Monopolisten. Auch ihnen gegenüber blieben die Gründe, die wir für die Gemeindegewalt anführen, bestehen; sie hätten nicht nur Geltung für Einzelgemeinden, sondern auch für Zweckverbände in Kreis und Provinz. Das Privatmonopol heute stets die Gemeinden aus und sein oberster Grundgesetz sei: Verdienen! Das Streben der privaten Elektrizitätswerke, die Gemeindebetriebe zu verdrängen, würde begünstigt durch den Umstand, daß die öffentlichen Elektrizitätswerke meist klein seien. Redner führte dafür eine Reihe Beispiele an. Die Gemeinden hätten hier also ziemlich versagt; der eigentlich ihnen zugehörigen Aufgabe, große Zentren zu gründen und weite Gebiete mit Elektrizität zu versorgen, hätten sie sich nicht gewachsen gezeigt. Es sei eine eigen-

tümliche Ironie, daß der heutige Monopolist, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, eigentlich als Kommunalwerk gedacht war. Auf Betreiben der Stadt sei dasselbe 1898 von den Landweh-Verken mit 2 1/2 Millionen Aktienkapital gegründet worden und sollte die Essener Stadtzentrale werden. Thyssen und Stinnes hätten die Aktienmehrheit erworben und heute schon gelte das mit 60 Millionen Mark arbeitende Werk als der „Elektrizitätsbankier“ des Industriebezirks. Der Plan des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes ginge dahin, das ganze Industriegebiet, das Bergische Land usw. in die Hand zu bekommen. Stinnes habe sich schon 1905 persönlich in der Presse dafür ins Zeug gelegt und sei von vielen Seiten, die mit dem Industriekapital verknüpft und verschwägert seien, unterstützt worden. Die Angebote des Rhein.-Westf. Elektrizitätswerkes seien sehr verschieden, aber fast alle seien eine Bindung der Gemeinden auf 25 bis 30 Jahre vor. Die Preise für Strom seien zwar billig, dafür seien sie aber auch gleich für ein Vierteljahrhundert und auf längere Zeit festgelegt. Im Falle eines Streiks löse die Lieferungsverpflichtung auf und wenn die Gemeinden sich auch noch der Gasversorgung angeschlossen würden, für die dieselbe Klausel gelte, so könnten sie eines Tages schon im Dunkeln sitzen. Redner besprach dann noch die übrigen Nachteile, die den Gemeinden aus einem Vertragsverhältnis mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk erwachsen würden. Der Gasüberschuß im Ruhrgebiet sei sehr groß; täglich blieben fünf Millionen Kubikmeter Kohlgas unbenutzt. Bei vernünftiger Organisation könne jeder Weg in der kleinsten Gemeinde des Ruhrgebietes sein elektrisches Licht haben; die Straßen- und Volkshandelsverhältnisse könnten revolutioniert, systematisch in den Dienst des Volkswohls gestellt werden, aber für den Kapitalprofit sei es vorteilhafter, weitab liegende Bezirke zu unterjochen und die Zustände im Ruhrgebiet so elend zu lassen wie sie seien. Der Essener Gasvertrag mit Stinnes sei am günstigsten, er setze einen Preis von 2 1/2 Pf. pro Kubikmeter fest, er könne noch zehn Jahren aufgelöst werden und sehr weitgehende Schutzbestimmungen für die Stadt vor, die in anderen Verträgen fehlten. Der Referent führte eine Anzahl Beispiele dafür an, wie sich Gemeinden bei Abschluß der Verträge haben über's Ohr haufen lassen. Für die Gemeinden, die noch Luft hätten, sich der Ferngasversorgung anzuschließen, gelte deshalb der Grundsatz eines Redners: „Zäh bleiben bis zum äussersten!“ Dann könne man bei der Preisfestsetzung etwas heraus schlagen. Jetzt habe das entweichende Kohlgas gar keinen Wert für die Monopolisten; bei den Preisen, wie sie Vornamen eingegangen, erzielten die Monopolisten Riesengewinne. Wo das Monopol Formen annehme, wie im Industriegebiet, wo es Gebiete mit vielen Millionen Einwohnern von sich abhängig mache, da müsse der Abwehrkampf um so energischer geführt werden. Die Bindung der Gemeinden auf 25, 30, 60, 75 Jahre, die sie hindern, Fortschritte der Technik für sich anzunehmen, könne nirgends die Zustimmung von Sozialdemokraten finden.

Die Diskussion über den Vortrag war äußerst lebhaft. Die Ansicht der Konferenz wurde niedergelegt in nachstehender Resolution, die dem niederrheinischen Agitationskomitee und von diesem dem demnächst stattfindenden niederrheinischen Parteitag als Stimmungsäußerung der Konferenz vorgelegt werden soll. Sie lautet:

Der grundsätzliche Standpunkt der Partei zur Gemeindegewalt erhebt durch die neuere Entwicklung, die Monopolbestrebungen der Stinnes und Genossen keine Veränderung. Die Gründe für die Gemeindegewalt bleiben nach wie vor für die Gemeinde wie für den Zweckverband ausschlaggebend.

Des Studiums bedürfen aber die neueren Erscheinungen, daß Kreis-Elektrizitätswerke usw. neue Formen annehmen, indem sie nicht mehr selbst produzieren, sondern das Produkt kaufen und sich nur die Verteilung vorbehalten. Diese Form wie auch Verträge von Gemeinden, nach denen die letzteren Gas und Elektrizität beim Eintritt in die Gemeinden brauchen und selbständig die Verteilung vornehmen, können von und nicht unter allen Umständen verworfen werden, sondern diese Frage ist in der Regel vom Standpunkt des kleineren Übels zu entscheiden. Die Elektrizitäts- und Gasversorgungsverträge, wie sie bis jetzt bekannt sind, enthalten Bestimmungen, Bindung auf lange Jahre usw., denen kein Genosse zustimmen kann.

Das Agitationskomitee wird beauftragt, das in Frage kommende Material den Gemeindevertretern zuzustellen.

Die Gemeindevertreter in den Orten, in denen die Veratung solcher Verträge bevorsteht, haben das Hauptgewicht darauf zu legen, Zweckverbände zur Gründung von Konkurrenzunternehmen gegen Stinnes und Genossen zu schaffen.

Bei Veratung der Verträge selbst ist die sogenannte „Vertraulichkeit“ aufs schärfste zu bekämpfen und eine gemeinsame Veratung der Vertreter verschiedener Gemeinden vorzuschlagen, um die Genadteiligung einzelner Gemeinden durch die Monopolisten zu verhindern.

Kassen sich Verträge mit Stinnes und Genossen nicht verhindern, so haben unsere Genossen nach Kräften für die Beseitigung bedenklicher Vertragsbestimmungen zu sorgen.“

Der Stromabfah der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes liegt nach dem Geschäftsbericht für 1909/10 von 56 000 000 auf 60 000 000 Kilowattstunden, die Einnahmen hierfür auf 5 743 800 M. oder um 2 1/2 Proz. Die Steigerung des Abfahes für Kraftstrom betrug 24 Proz., für Lichtstrom 17 Proz. Auch für das neue Jahr gehen die Aufträge für Lichtanschlüsse erheblich ein.

Wegen dem Abschluß einer Reihe von Verträgen mit neuen Großabnehmern wurden im Laufe des Jahres bedeutende Verhandlungen mit den fünf niederrheinischen Kreisen Moers, Kempen, Geldern, Kleve, Nees geführt und zum Abschluß gebracht. Die Verträge sichern der Gesellschaft die Versorgung fast des gesamten niederrheinischen Gebietes auf eine Dauer von 30 Jahren.

Erhöhter Gewinn. Auch der Lothringener Hüttenverein Arney-Friede kann für das letzte Geschäftsjahr einen glänzenden Abschluß vorlegen. Bei einem Betriebsüberschuß in Höhe von 10 012 972 M. (im Vorjahr 7 510 537 M.) und einem Rohgewinn von 8 407 620 M. (im Vorjahr 6 446 285 M.) verbleibt nach Abzug der Abschreibungen von 2 772 874 M. (im Vorjahr 2 571 595 M.) ein Reingewinn von 5 635 246 M. (im Vorjahr 3 874 689 M.). Der Hauptversammlung soll vorgelegt werden, eine Dividende von 10 Prozent (im Vorjahr 7 Prozent) zu verteilen. Solche Abschlässe charakterisieren die Zementationen der Eisenkönige über sozialpolitische und steuerliche Belastung als Plunderkriege.

Gerichts-Zeitung.

Die Helgoländer Kinderverwüstung.

Wie unseren Lesern erinnerlich, wurde im Juni wegen Kinderverwüstung der vor etwa 12 Jahren nach Helgoland eingewanderte Gold- und Silberwarenhändler Feders verhaftet, und hat seinem Leben durch Gift (Zyklal) im Gefängnis ein Ende gemacht. Gleichzeitig war gegen eine Reihe höherer Militärs, einen Oberleutnant Neubauer, einen Oberstabsarzt, einen Obermaat und einen Matrosen, sowie gegen 5 Helgoländer das Verfahren wegen Verbrechen gegen Kinder eingeleitet. Das Militärverfahren wurde unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Es siderte nur durch, daß der Oberleutnant Neubauer im August vom Kriegsgericht freigesprochen ist. Ihm sei in der Verhandlung zwar nachgewiesen worden, daß er ein Kind mehrere Nächte in seinem Zimmer gehabt hatte, es habe aber das Kriegsgericht angenommen,

ein Beweis für Vornahme unzüchtiger Handlungen an dem Kinde sei nicht erbracht. Ob Verurteilung eingelegt ist oder ob die Anklagebehörde sich mit der Entfernung des Oberleutnants aus der Helgoländer Garnison begnügt habe und insbesondere, ob sie das Verfahren gegen die übrigen bezüchtigten Militärpersonen, zu denen auch der frühere Admiral Grasmann (jetzt in Groß-Berlin) gehörte, abgeschlossen hat, ist nicht mitgeteilt. Von den 5 beschuldigten Helgoländern gestanden zwei, die Gebrüder Kröger, ihre Verurteilung ein. Sie blieben in Haft. Gestern wurde gegen sie vor dem Altonaer Landgericht verhandelt. Die drei weiter beschuldigten Helgoländer waren gegen Kaution mit der Untersuchungshaft verschont. Die Verhandlung gegen Kröger wurde unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Sie endete mit der Verurteilung der Gebrüder Kröger. Der eine wurde zu zweieinhalb Jahren, der andere zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht billigte beiden Angeklagten mildernde Umstände zu, weil die meisten der Zeugen und Zeuginnen nach Ansicht des Gerichts nicht mehr zu verderben waren, als sie in die Hände der Angeklagten fielen.

Bekanntlich hätte die Kinderverwüstung nie einen so großen Umfang annehmen können, wenn vor acht Jahren gegen Feders vorgegangen wäre. Damals behaupteten zwei Helgoländerinnen, daß er derartige Verbrechen an Kindern begangen habe. Das wurde auch in der Verhandlung von einem Kinde bestätigt. Das Gericht nahm aber an, daß dem „patriotischen“ Feders mehr zu glauben sei. Die Frauen wurden verurteilt. Dadurch ist denn für die Lüstlinge der Weg zu ihren weiteren Verbrechen gebahnt. Davon, daß die Staatsanwaltschaft das Wiederaufnahmeverfahren in jenem Verleumdungsprozeß zugunsten der schuldlos Verurteilten eingeleitet habe, verlautet nichts. Wann endlich wird offiziell klargestellt werden, ob und welchen Anteil an den Kinderverwüstungen Marineoffiziere und Unteroffiziere gehabt haben?

Die an Nord grenzende Tat einer Mutter.

die ihr lebendes Kind in den Müllkasten geworfen hatte, beschäftigt gestern hinter verschlossenen Türen die 3. Ferienkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Tötung mußte sich das Dienstmädchen Emma Ring vor dem Strafrichter verantworten. Es handelte sich um die Verpeilungstat eines jungen Mädchens, welches die Frucht der verbotenen Liebe beseitigt hatte und nun ihre Tat vor dem Strafrichter büßen mußte. Die 13jährige A. war bei einem Restaurateur in der Linienstraße als Dienstmädchen beschäftigt. Ein Liebesverhältnis mit einem jungen Manne, den sie auf dem Tanzboden kennen gelernt hatte, blieb nicht ohne Folgen. Als dann ihre schwermere Stunde nahte, hatte sie keinerlei Vorbereitungen getroffen, da die Dienstherrschaft sonst Verdacht geschöpft hätte. Raum war das unglückliche kleine Wesen zur Welt gekommen und hatte den ersten Schrei ausgestoßen, als es von der Mutter in Lumpen gefüllt und in den Müllkasten auf dem Hofe geworfen wurde, wo es bald erstickte. Die Kindesleiche wurde am Tage darauf von einem Müllwischer aufgefunden. Die Kriminalpolizei ermittelte noch an demselben Tage die Mutter in der Person der jetzigen Angeklagten.

Die Strafkammer nahm an, daß die Tat zwar hart an der Grenze von Kindesmord stehe, jedoch mangels anderer Beweise als fahrlässige Tötung anzusehen sei. Das Urteil lautete deshalb auf nur 6 Monate Gefängnis, außerdem wurden der Angeklagten auch noch drei Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Unterstellungen in Höhe von 63 500 M.

hatte der Prokurist August Ringer begangen, gegen den gestern die 3. Ferienkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrates Gröbe eine Anklage wegen Unterstellung in Ideal, Konkurrenz mit Antreue zu verhandeln hatte. — Der Angeklagte, der in Wien geboren ist, hat schon ein sehr schicksalreiches Leben hinter sich. Sein Vater bekleidet einen Beamtenposten an dem kaiserlichen Hofe in Wien. Er selbst ist Offizier der österreichischen Armee und fand ebenfalls nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst eine Anstellung als Hofbeamter. Durch eine Heirat mit einer Schauspielerin geriet er in finanzielle Schwierigkeiten, die schließlich seinen Zusammenbruch zur Folge hatten. Er verließ Wien mit einer Schuldenlast von etwa 8000 Kronen und kam nach Berlin, wo er von einem Landmann, dem Kaufmann Eppler, dem Inhaber eines bekannten Konfektionsgeschäfts in der Mohrenstraße, mehr aus Mitleid aufgenommen wurde. In unglücklicher kurzer Zeit brachte er es durch eminenten Fleiß und kaufmännische Tüchtigkeit bis zum Prokuristen. Trotzdem er in einem fast freundschaftlichen Verhältnis zu seinem Chef stand, bekam er es fertig, das ihm geschenkte Vertrauen in der schändlichsten Weise zu mißbrauchen. Da alle Eingänge durch seine Hände gingen, verstand er es in geschickter Weise, innerhalb zweier Jahre die Summe von 63 500 M. in seine Taschen stechen zu lassen. Erst durch einen Zufall kamen die Veruntreuungen des Angeklagten zur Entdeckung. Um den angerichteten Schaden zu decken, war Ringer noch zu allerletzt auf den sonderbaren Einfall gekommen, für 6000 M. Lotterielose zu kaufen, in der Hoffnung, einen größeren Gewinn zu machen. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf den ganz unerhörten Vertrauensbruch des Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Ein Bürgermeister wegen Verleitung zum Betteln bestraft.

In Gaudorf bei Freuchtungen kam ein Handwerksbursche zum Bürgermeister und beantragte, ihm eine Armenunterstützung anzuweisen. Da dem Bürgermeister die Schreiberlei zu viel war, gab er dem Mann ein kleines Geldgeschenk und riet ihm, er solle schauen, daß er noch etwas dazu bekomme, dann werde es schon zum Nachtquartier reichen. Der arme Reisende ging hin und tat begleichen, aber unglücklicherweise wurde er von einem Gendarm beim Betteln erfaßt und arretiert. Das Gericht verurteilte jedoch nur den Bürgermeister wegen Verleitung zum Betteln zu einem Tag Haft, der Handwerksbursche wurde freigesprochen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 6 columns: Station, Date, Level (am), Level (ft), Station, Date, Level (am), Level (ft). Stations include Remel, Mühl, Bregel, Jüterburg, Babelsberg, Thorn, Ober-Rathow, Krossen, Frankfurt, Salsch, Schramm, Landberg, Nege, Rorbamm, Eibe, Reimeritz, Dresden, Harz, Pargdeburg.

*) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpostel. *) Höchster Wasserstand am 11. mittags 415 cm.

Die obere Oder und Gläher Reihe sind weiter gefallen. Der Scheitel des Oberhochwassers bestand sich von gestern 1 Uhr nachmittags bis heute früh 6 Uhr bei Steinau, wo seine Höhe: 610 cm, um 47 cm unter dem höchsten Wasserstand vom Juli 1903 gebildet ist. Heutiger Wasserstand bei Rathow: 383 cm.

Möbel billig
wenn Sie mein seit 33 Jahren
bestehendes Geschäft besuchen.
Möbel-Versand-Haus
Wilhelm Hamann
BERLIN N. 58
Schönhauser Allee 42.
Kassa 6% auch
Teltzahlung.
Fahrgeld vergütigt.

Seefische haben Nährwert!
Seefische sind billiger wie Fleisch.
Von heute Mittwoch früh 8 Uhr an verkaufen wir
Seekarpfen (Goldbarsch) pro Pfund mit 12 Pf.
(Zubereitung wie Flußkarpfen. — Seefischkochbücher gratis.)
Bratflundern, sehr schöne reelle pro Pfund mit 25 Pf.
ff. fetten Seelachs im Anschnitt pro Pfund mit 25 Pf.
— Alle anderen Seefische gleichfalls sehr preiswert. —
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
Größte Hochseefischerei Deutschlands.
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse Tel.: III 8804.
„ III 2784.
Eigener Seehafen.

Möbelausstattungen
sowie einzelne Stücke in gebiegender Ausführung liefert alles Geschäft
blüht an sichere Leute
auf monatliche Ratenzahlung.
Eigene Werkstätten. Seine Kaffees.
Möbel-Nolte, Tischlermeister,
Zionskirchstraße 38/39.
Große Posten Gelegenheitskäufe.
Möbel
Hefert auf Teilzahlung
bequeme
bei kleinster Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58
Hafenheidestraße,
d. höchsten Gradstr. d. Sädens, habe
ich 3 herrschaftl. vollvermiete Wohn-
grundstücke a. Breite v. 200—300 000
Mark unter günstigen Bedingungen
mit niedrig verzinslichen I. und II.
Hypothek bei 10jähr. Restschuld zu
verf. Vermittler zwecklos. 104/16
M. Granort, Hafenheide 62. 9-10 Uhr.
CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 148
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade, II. (Stadtbörse).

Berliner
Humor-Quartett
S. Creuer, Kastanien-Allee 40

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 14. September.
Anfang 7 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Tristan und Isolde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Die
Jungfrau von Orléans.
Leffing. Das Konzert.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Judith.
Kammerstücke. Gamka.
Komische Oper. Der Arzt wider
Willen.
Berliner. Postamtswädel.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Kleines. Die verfluchte Frauen-
stimmer. I. Klasse.
Weiten. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wahner-Theater.)
Die Braut von Messina.
Schiller Charlotteburg. Neue
Jugend.
Berliner Volkstheater. Mit-Heidelberg
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Egon.
Modernes. Die Wespe.
Trianon. Wäde der Jugend.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Herrnsfeld. Wenn zwei dasselbe tun.
Das starke Stück.
Kofe. Dorf und Stadt.
Folies Caprice. Der schwarze
Schimmel. — Das alte Ghetto.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Jaut.
Metropol. Geschlossen!
Kafino. Der schneidige Rudolf.
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter
Brief.
Publium. Wädel, ein deutsches
Frauenstück. (Anfang der Spe-
zialitäten 7 1/2 Uhr.)
Apoll. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von
Berlin.
Hofat. Deborah.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Mitternachtssonne.
Sternwarte. Anwaltsstr. 67—68.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Donnerst. 8 Uhr: Glasame Menschen
Freitag 8 Uhr: Tauris der Narr.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Schauspiel Hans Nisso:
Das Musikantenmüdel.
Neues Theater.
Täglich:
Die goldene Ritterzeit.
Anfang 8 Uhr.
(Sommerpreise Vorteil R. 3.10 ufm.)
Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Freitag zum erstenmal: Die schönste
Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akt. von H. W. Blüher
u. H. Dobanitz. Musik v. Franz Lehár.
Modernes Theater
(Trüher Hobbeltheater).
Heute u. täglich: Die Wespe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 14. Sept., abends 8 Uhr:
Faust.
Donnerstag: Wiederleute.
Freitag: Wiederleute.
Sonabend 8. erstenmal: Ketten.
Darauf: Klobe.
Berliner Volksoper
Belle Alliance-Strasse 7/8.
Heute 7 1/2 Uhr:
Schauspiel des Neuen Schauspielhauses:
Mit-Heidelberg.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Im Lande der Mitter-
nachtssonne.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von Dumequin
und Seber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten v. E. v. Goethe.
Donnerstag: Die schöne Ungarin.
Freitag Premiere: Keun oder:
Genie und Leidenschaft.
Sonabend: Im Spätsommer.
Sonntag nachm.: Die schöne Un-
garin. 8 Uhr: Keun.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wahner-Theat.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die rätlich. Verwandten.
Darauf: In Zivil.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Neue Jugend.
Schauspiel in 3 Akten v. Tor Hebbert.
Deutsch von Hermann Blocher.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute und folgende Tage:
Original Münchener Herbstfeste Juhu!!!
Oberland' Kapellen ♦ Kirchweih- und Schützenfest.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.
Diese Annonce ist am Eingang vorzulegen.

Zirkus A. Schumann.
Mittwoch, 14. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Apachentanz
zu Pferde
geritten von Fr. Dora Schumann
und Herrn Karl Hob.
Mlle. Bellonia, dressierte Kaskad.
Der Kreisel-Globus.
Neueste Kreation des Direktors
A. Schumann.
Luftpotpourri
der Leptop-Gruppe, 10 Personen.
6 Südamer. Gebirgspony
dressiert und vorgeführt von
Herrn Bono.

Zirkus Busch.
Mittwoch, 14. Septbr.,
abends 8 Uhr:
Extra-Gala-Vorst.
Herr Georg Burkard-Footth,
Schulr. a. d. irl. Wallach Boy.
Die fußballspielenden Hunde
von Mons. Velancho.
Die Fredianis, Reiterfam.
Mosra, die Luft-Autos.
Dir. H. E. Orlando, Frei-
heitsdressuren.
Herr Alfred Ott, Schmalreit.
Ferner Austr. sämtl. neuangeliert.
Künstler und Künstlerinnen.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 60 Pf. Dauerl. 6 M.
Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6—11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Eintrittspreis 50 Pf.
Heute Mittwoch:
Sensationelle Attraktionen
Militärkonzert * Somalidorf
Ab 8 Uhr geöffnet
Tanagra-Theater □ Mon Plaisir.

CIRCUS
Cyrill Hallé
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse
Berlin N., Triftstraße
Ecke Tegeler Straße
(nächst der Müllerstraße).
Mittwoch, 14. Sept.,
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
2 Gala-Vorst. 2
Nachm. 1 Kind frei. Ander-
dem zahlen unter 12 Jahre
alte Kinder und Militär vom
Feldweibel abwärts nachm.
halbe Preise. Abends volle
Preise. Preise der Plätze:
Wochentags: 50 Pf., 60 Pf.,
80 Pf., 1 M., 1,50 M., 3 M.,
4 M. Vorverk.: Looser u.
Wolff, Zigarron-Geschäft,
Chausseestr. 21.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.
Königsstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Wiederanstreten von
Franz Sobanski.
Dazu das außerordentl. Sept.-Prog.
Der Herr Banquier.
Vollständig in 1 Akt von Max Lenzler.
Burgtheater-Kinematograph
vorm. Greterjan, Insab.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Ant. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets reichl. Progr. Jed.
Sonnt. 1 Ueberlauf: Künstlerkonzert.
Eintritt 15 Pf. Barbesen 10 Pf.
H. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freiluftkonzert.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anfg. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Dirch-Pfeiffer.
Mittw., Donnerst.: Dorf und Stadt.
Freitag: Orbeles.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung, Spezialitäten, gr. Konzert.
Anf. 4 1/2 Uhr.

Apoll Theater
9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
(In Hamburg seit 5 Monaten vor
ausverkauften Oulsten u. Stadtgespr.)
Gisela Schneider-Nissen.
Das verrückte Hotel
sowie weitere 8 für Berlin voll-
ständig neue Attraktionen.

METROPOL-
THEATER.
Wegen Vorbereitung zur neuen
Jahres-Revue
geschlossen.
Passage-Theater.
Das Eröffnungs- Progr.
der
Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
mit ihren neuen Schlagern
von Walter Kollo.
Collins 10 eng-
lisch-Backfische.
Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
und 12 Starsummern.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.
Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Zirkus
Charles Klapproth
Berlin NW. vis-a-vis Bahnh.
Boulevardstraße.
Endstation Linie 20, Haltestelle Linie 12.
Heute Mittwoch, 14. September:
Zwei Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr, abends 8 1/2 Uhr.
Täglich
abends: Vorstellungen.

Moabiter
Gesellschaftshaus
Wicelstr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Höchstl. einmal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Donnerst. 8 Uhr: Glasame Menschen
Freitag 8 Uhr: Tauris der Narr.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Schauspiel Hans Nisso:
Das Musikantenmüdel.
Neues Theater.
Täglich:
Die goldene Ritterzeit.
Anfang 8 Uhr.
(Sommerpreise Vorteil R. 3.10 ufm.)
Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Freitag zum erstenmal: Die schönste
Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akt. von H. W. Blüher
u. H. Dobanitz. Musik v. Franz Lehár.
Modernes Theater
(Trüher Hobbeltheater).
Heute u. täglich: Die Wespe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 14. Sept., abends 8 Uhr:
Faust.
Donnerstag: Wiederleute.
Freitag: Wiederleute.
Sonabend 8. erstenmal: Ketten.
Darauf: Klobe.
Berliner Volksoper
Belle Alliance-Strasse 7/8.
Heute 7 1/2 Uhr:
Schauspiel des Neuen Schauspielhauses:
Mit-Heidelberg.

WINTERGARTEN
12 Attraktionen
des
von Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Eröffnungs-Programms!
Der Gipfel der
illustren Varieté-Kunst!

Herrnfeld
Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Das starke Stück und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Kanton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Letzte Vorstellungen der Sommerzeit.
Sonntag: Beginn der Winterzeit.
Mathilde, Franzenberg.
Anf. 7 1/2 Uhr. Regies Kaffeebuden.
Die Soldatenbraut.
Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4—7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
Lothring'er Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Wäse
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Pimpelmann: Dir. G. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstuefel.

Walhalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die neuen
September-Spezialitäten.
Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Beifallsstürme
entfesselt allabendlich das
grandiose Eröffnungs-
Programm.
KAN GÖTTI, moderne Jongleuse.
Maxim and Mad, franz. Exzentrika.
Schenk Marvely-Truppe, Akrobat.
Willy Schröder, Humorist.
The Morissoff mit ihrem urkomisch.
Ring- und Boxkampf.
Hierauf die Posse:
Nu hat's geschnappt.
Musik v. P. Lincke. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr
Pfade der Jugend.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Gans Reich-Ensemble.
Donnerstag, 15. September 1910:
Eröffnung der Winter-Saison.
Der Beilchenfreier
Lustspiel in 4 Aufz. von G. v. Moser.
Viktor v. Berndt: Dir. Gans Reich-
Nach der Vorstellung: Tanz.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
Karl Haverland-
Theater präz. 7 1/2 u.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.
Voigt-Theater
Belundbrunnen
Vobstr. 58
Mittwoch, den 14. September 1910:
Deborah.
Volkschauspiel in 4 Aufzügen von
S. G. Rosenthal.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meyzel, Britton,
Schradler usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.
Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Wolter, Carl

Zuttrann & Co.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Dece Brause

Goldtröpfchen

Ernst Krüger

Milz's

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Gen. Vertret. Otto Starick

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk!

Röhnen & Jöring

Erscheint 2 mal wöchentlich

Offland-Bad, Marsiliustr. 9.

Mistelsky'sche

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bandagen, Gummiv.

Beordis-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Kronen-Grossmann

Berufskleidung

Beleucht.-Gegenst.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei „Germania“

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Goldbier

C. Habels Brauerei

Kaiser-Brauerei A.G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Schröter, R. 35

Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate

Die Fabrikator „Sarotti“

Seiffert, Erich

Alb. Kasnik

Klein, Wilh.

Ernst Wandelt

Phönix-Brauerei

Phönix-Brauerei

Anders, Otto, Berl., Brunnenstr. 109

Gust. Bosse

Brenneke, C.

Gericke & Wolfram

Kiessling, G.

Gust. Lenz

Wolf, Carl

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Untenstehende Geschäfte

Fleischhandlungen

C. Dittmann

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Wurst- und Fleischwaren

Oskar Klähn

Wahl, Gust.

Gardinen

Gardinen-Fabriken

Gardinen-Fabriken

Herren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen

J. Baer

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steglitz

Hirschfeld

Max Kaplan

Max Kaplan

Max Kaplan

Kaufhäuser

Kaufhaus Gebr. Preuß... Berlin, NW, Bismarck-Str. 11...

Kinematogr.-Theater

Gromadecki, F. Warschauerstr. 65...

Kohlen, Koks, Briquettes

Rud. Beyer & Co. Schwandauerstr. 64a...

Cerasterger & Müller

Wühlstr. 18, Pallasstr. 35

Aug. Grimberger

Hausstr. 40, Tel. III, 4304

Guse & Co. Rixdorf

Reuterplatz 3

A. B. Koch

Kaiser-Petersburger-Str. 1, A 7, 3010

M. F. Leyke

Hauptkontor nur Ost-Nordbahnhof

J. Ferdinand Leyke sen.

Reuterplatz 3

Loebell, L.

Wedding

Georg Knöpfel & Sohn

Lynarstr. Brunnenstr. 14

Peter & Krebs

Charlottenburg

Gebr. A. & J. Podzuweit

Gleimstr. 63, Putzbusenstr. 1

L. Sager & Co.

Blumenstr. 52a, Gr. Frkf. Str. 94

Heinr. Schupke

Filialen in Moabit u. Charlottenburg

Kolonialwaren

Gustav Bohn, Müllerstr. 165

August Dankert

Reuterplatz 3

Joh. Eichler

Hausstr. 25

Rudolf Fink

Alt-Moabit 53

Wihl. Gröning

Reinickend. Str. 70

Metzners

Reinickend. Str. 70

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wihl. N., Schwandauer-Str. 118

Linoform u. Wachs

Rausch, Rich. Linoform-Fabrik

Kaselitz

Reichenbergerstr. 35, Glogauerstr. 18

W. Crahé

Wrangelstrasse 81 u. 85

Doormann, A.

Warschauerstr. 76

Eberlein, Werner

5 Geschäfte in Nord-Berlin

O. Erhardt

Charl., Potsd. St. 13

Fress, Ernst

Reichenberg-Str. 53

Friedrichsohn

Admiralstr. 13, Manteuffelstr. 60

Gaeger, Otto

Rixd., Herrmannstr. 51

Hugo Gessler

Prfk.-Allee 188

Grossien, Gebr.

Neu-Schönb. 14

Hammerstädt, G.

Eberlystr. 10

Herrn. Hecht

Willemsstr. 26

Heerma, H. R.

Herrmannstr. 172

Heinrich, R.

Rixdorf

P. Herrguth Nachf.

Kais.-Fried. Str. 294

Hesse, Kolonialw.

Märkerstr. 31

Hippel, Carl, H.

Pflügerstr. 76

E. Hoffmann Nfg.

Lützowstr. 91a

Karl Huhn

Schererstr. 9

Janicke, F.

Ecke Andreastr.

Kerker, J.

Kopernikusstr. 13

Herm. Kersten

Reinickend. Str. 20

Willy Knobe

Fallendamm

Conrad Adam, Charl.

Cauerstr. 28

Adler, M.

Kais.-Fried. Str. 15

W. Bachmann, Charl.

Mankauerstr. 44

Bethke, Georg

Rixd., Elbest. 33, Kais.-Fried. Str. 54

Treppel, Grätz-Str.

64

Beck, Paul

Stralauer-Allee 29b

Bordasch, G. R.

Kais.-Fried. Str. 29

Alt Glinische, Rudow

Bugge, Rob.

Kolonialw. Schreierstr. 4

Harnack

Stallschreiberstr. 97

Herrn. Heinrich, N.

Budstr. 58a

Holzhausen, Ad.

Brunnstr. 164

Gebr. R. & C. Homann

NW, Perlebergerstr. 22/24

Hönnicke, Otto

Rixdorf, Brunnenstr. 135

Hopp, Jul.

Turnstr. 45

Janitzkow, F.

Möbelfabrik

Gebr. Kassner, K.

Teilh. g.

König, A. R.

Berlinerstr. 102

Herrn. Kogel

Herrmannstr. 12

Krause & Co.

Frankf.-Allee 170

Ernst Krämer

Moabit

Lange, Max

Schwedter Str. 26

Lasarus, L.

Petersburgerstr. 62

Leunert, Hans

Lothringenstr. 55

Lüdicke, R. R.

Bergstr. 4

A. Dohmann, Stromstr. 44

Eisenach-Str. 52

Falckmann

Galegnh.-Käufe

Geppert, Paul

Zossenerstr. 32

Gercke, Fritz

Müllerstr. 145

Glazinski, P.

Neue Königstr. 5

Gleiser, A.

Alexand.-Landstr.-Str. 42

Gorbahn

Landstr.-Str. 82

Gottschalk & Co.

Altensteinstr. 4, nahe Potsdamerstr.

Harnack

Stallschreiberstr. 97

Herrn. Heinrich, N.

Budstr. 58a

Holzhausen, Ad.

Brunnstr. 164

Gebr. R. & C. Homann

NW, Perlebergerstr. 22/24

Hönnicke, Otto

Rixdorf, Brunnenstr. 135

Hopp, Jul.

Turnstr. 45

Janitzkow, F.

Möbelfabrik

Gebr. Kassner, K.

Teilh. g.

König, A. R.

Berlinerstr. 102

Herrn. Kogel

Herrmannstr. 12

Krause & Co.

Frankf.-Allee 170

Ernst Krämer

Moabit

Lange, Max

Schwedter Str. 26

Lasarus, L.

Petersburgerstr. 62

Leunert, Hans

Lothringenstr. 55

Lüdicke, R. R.

Bergstr. 4

Schweizer Musikhaus

N., 16 Stargarder Str. 67

Nähmaschinen

Afrana-Nähmaschinen

G.A. Büttner, Jaspigstr. 42

Pillaten: Petersburgerstr. 87

Spandau, Schönwalderstr. 37

Bellmann, E.

Golnowstr. 26

Göhre, R. R.

Berlinerstr. 59 L.

Ed. Kruda

Rosenthalerstr. 19

Lindemann, S.

Rosenthalerstr. 11/12, L.E.T.

Littauer, Verit. Wike

Ri. Berlinerstr. 54

Pfaff-Nähmaschinen

G. Wendt, Wilsack-Str. 35

Phönix-Nähmaschinen

die besten der Gegenwart

kaufen man - auch auf Abzahlung

W. Kromerstr. 57

N. Danzigerstr. 79

N. Swinemünderstr. 87

N. Bellermannstr. 54

O. Frankfurter Allee 146

O. Tilsiterstr. 77

O. Boxhagenstr. 18/19

SO., Reichenbergerstr. 134

In Rixdorf

Berlinerstr. 22, Bergstr. 122

W. Schoppe, Usedomstr. 12

Singer Nähmaschinen

Läden in allen Stadtteilen.

Optiker

Dano, Paul, N., Müllerstr. 174

Gr. Frkf. Str. 45/46

Hochstim, O. R., Berlinerstr. 52

Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 148

Werner, Herm., Pappel-Allee 34

Papier- u. Schreibw.

Loh, Paul Königsbergerstr. 32

Soldier, Louis, Rl., Bergstr. 42

Vogt, Wihl., Skallitzerstr. 75

Putzmittel

Kauf nur Saffin, bester Schuhputz

Solarino, best. Metallputz

Jäger & Kienlich, Berlin, SO. 33

Littauer, S.

Frankf. Allee 196

Lucke, Herm., Waldemarstr. 63

Rich. Meeder, Charl., Berlinerstr. 120

Masch, Otto, Pallasstr. 14

Michling, A., Weidenweg 20

Paul Mille, Stromstr. 35

C. Neumann, Falkensteinstr. 37

Neustach, Fotsd. Str. 46

Masstr. 14

Oderwaki, F., Kottb. Damm 102

Osterling, O., Gröner Weg 107

Ortmann, Rich., Alt-Boxhagen 44

Pfandliehe, Petersburgerstr. 37

Petersohn, O., Müllerstr. 155

Pranz Quotschalla, O.-Schöneeweide

Räsemer, Gelegenheitskäufe

Brunnenstr. 29

Saalhelm, F. Rl., Herrmannstr. 60

Schmidt, Gebr., Fennstr. 29

Schreter, J., Kottbuserdamm 40

Schuhhaus Benedik

Potsd. Str. 67 - Wilsackstr. 37

Vorwärts-Leser str. 10, Rabat

Schuh Max Koh, Belleislandstr. 93

Schuh "Vorwärts" Hermann

Str. 31, 6 1/2

Schuhwarenhaus des Westens

Schüler, Wihl., Schak-Allee 11-11

Sommer, Wihl., N. Schak-Allee 35

Stolz, F., Wilsackstr. 32, F. Boxh.

Tauscher, E. Wilsackstr. 51b

Thewald, W. Mülow, Str. 28, L. Kana

Tornow, Fran., Tegel, Berl.-Str. 1a

Tugendreich, W. Wilsackstr. 1

Wegner, R., Rixdorf

Winter, H., Schönhauser Allee 31

Zantrow, E. Rl., Berlinerstr. 71/72

Stoll, Marks Leander, Brunnenstr. 137

Schuhwarenhaus "Hannes"

Gr. Frkf. Str. 117, a. d. Andr.-Str.

Seifen

Gustav Gambal, Kantstr. 64

Meinertstr. 48a

Annenstr. 12

Alle Haushaltungsart.

Hugo Joske

Seifen eig. Erz.

Salz-Nord, Reussstr. 1, Patz. 1, 1/2

Paul Trenk, Charl.

Falkensteinstr. 4

Truxa, W., Frankf. Al

Heute, den 14. September, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Nachwahl in Frankfurt-Lebus.

Die Reichstagsnachwahl im Kreise Frankfurt-Lebus findet am Donnerstag, den 15. September, statt. Es ergeht hiermit an die in Berlin arbeitenden Parteigenossen und Wähler des Kreises die dringende Aufforderung, am kommenden Donnerstag, dem Wahltag, ihr Wahlrecht in ihrem Heimort auszuüben.

Nach Bekanntmachung der königlichen Eisenbahndirektion sind die Arbeiter-Rückfahrkarten am Mittwochabend gültig.

Am heutigen Zahlabend

wollen die Genossen, die am 1. Oktober aus ihrem Bezirk verziehen, dem Bezirksführer von dem Umzug Mitteilung machen.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. am Mittwoch, den 14. September cr., abends 11 1/2 Uhr bei Julius Meyer, Dramenstr. 103.

Wilmersdorf. Sozialdemokratischer Wahlverein. Der neunte Bezirk hält seinen Zahlabend bei Sella, Brandenburgerische Straße 11 ab. Ebenso wird der Frauen-Leseabend fortan in diesem Lokale stattfinden.

Landwig. Der Zahlabend findet besonderer Umstände wegen für unseren Ort acht Tage später, also Mittwoch, den 21. September statt.

Erker. Heute Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung und Zahlabend.

Gehwalde, Wilmersdorf, Bentzen. Mittwoch, den 14. September, 8 1/2 Uhr, in den bekannten Lokalen. Tagesordnung: Trennung unserer Wahlvereine?

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Zwecks Aufnahme einer Statistik hat dem heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Wortmann, Bahnhofstraße, stattfindenden Zahlabend jeder Genosse das Mitgliedsbuch seiner Gewerkschaft mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Einträgliche „Nebengeschäfte“.

In der städtischen Verwaltung der Stadt Berlin sind viele Tausende von Beamten beschäftigt. Im allgemeinen sind diese Beamten auf ihr Einkommen angewiesen, das von den städtischen Behörden nach einem besonderen Besoldungsplan festgesetzt ist. Nebengeschäften sollen die Beamten sich eigentlich nicht hingeben; ihre Arbeitskraft sollen sie ihrem Amte widmen.

In den Rahmen dieser städtischen Verwaltungsgrundsätze paßt nun gar nicht die Verwaltung der Inspektorstelle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde. Diese Stelle ist dotiert mit einem Anfangsgehalt von 2800 M. und einem Endgehalt von 3000 M. (zu erreichen in 18 Jahren) einschließlich 300 M. Emolumente, bestehend aus freier Wohnung. Die Besoldung ist eine solche, wie sie Tausende städtischer Beamten nicht haben und kein Stelleninhaber in der gesamten Verwaltung bezieht so hohe und umfangreiche Nebeneinnahmen wie gerade der Verwalter der Inspektorstelle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde. Nach der für den Verwalter des Friedhofes geltenden Dienstordnung hat der Beamte keine Befugnis, auf eigene Rechnung auf dem städtischen Friedhofe Nebengeschäfte zu betreiben; allein vieles sieht heutzutage auf dem Papier, in der Praxis ist es aber oft anders. In Friedrichsfelde ist die Ausschmückung der Leichenhalle bezw. der Kapelle Privatfache des Friedhofsdirektors, die ihm Tausende von Mark einbringt. Die Pflanzen und Lorbeerbäume, die hierzu nötig sind, hält sich der Verwalter selber. Die Stadt kümmert sich nicht darum. Es fragt auch niemand danach, daß diese Pflanzen in den städtischen Räumlichkeiten untergebracht sind. Jeder Privatmann, der städtische Räume benutzt oder in städtischen Anlagen Geschäfte betreibt, müßte für eine solche Erlaubnis Pacht und Miete zahlen. Der Friedhofsdirektor hat diese Arbeit heranzuziehen. Wenn das noch Feiertagsgeschäft, so kann man auch da noch Einwendungen dagegen erheben; es sind aber seit Jahren städtische Arbeiter während ihrer Arbeitszeit zu diesen Arbeiten herangezogen worden. Der Verwalter steckt das Geld ein, die Stadt Berlin zahlt die Arbeitslöhne. Was über die Dekorierung der Kapelle gesagt ist, trifft in gleichem Maße auf die Gräberpflege bezw. die Ausschmückung der Gräber zu. Auch in diesem Falle führt der Friedhofsdirektor Aufträge in seinem Privatinteresse aus. Von Leuten, die einen Einblick und ein Urteil in diesen Geschäftsgang haben, werden die aus diesen Nebengeschäften bezogenen Einnahmen auf das drei- und vierfache des jährlichen von der Stadtgemeinde gezahlten Gehalts geschätzt. Das ist ein Zustand, der mit den in der städtischen Verwaltung sonst herrschenden Grundregeln gänzlich unvereinbar ist und dessen Abhilfe die Bürgerschaft dringend verlangen muß.

Wie kommt ein einzelner städtischer Beamter dazu, auf eigene Faust auf städtischem Grund und Boden, in städtischen Räumlichkeiten Privatgeschäfte zu machen? Das ist in keinem städtischen Statute, in keinem städtischen Institut zulässig. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um einen vollständigen Verstoß gegen die inneren Bestimmungen einer städtischen Einrichtung und

man muß die Frage aufwerfen: Wer trägt die Schuld, daß der von uns gekennzeichnete Zustand auch nur einreihen geschweige denn lange Jahre bestehen konnte, ohne daß auch nur das geringste dagegen geschehen ist.

Jeder andere städtische Beamte, der eine Nebenarbeit annehmen will, muß genau angeben, welcher Art dieselbe ist und wieviel Entschädigung er aus derselben erhält, nur der Inspektor des städtischen Friedhofes brauchte das nicht. Dabei hat sich sein Nebengeschäft zu einer Art Monopol ausgewachsen, aus welchem er allein den Nutzen zog. Die städtischen Behörden müssen schleunigst eine Aenderung eintreten lassen. Schon sind Private an die Stadt herantreten um die Erlaubnis, auf unserem Friedhofe den Verkauf von Blumen und Kränzen zu übernehmen. Ein Bewerber wollte dafür jährlich 200 M. an die Stadt zahlen, da kam ein anderer, der bot 1000 M., ein dritter hat 1500 M. geboten. Dem letzteren will man unter gewissen Bedingungen die Genehmigung erteilen. Die Ausschmückung der Leichenhalle möchte man gar stillschweigend dem neuen Friedhofsdirektor überlassen. Das ist ein Verstoß, gegen das entschiedene protestiert werden muß. Unsere städtischen Einrichtungen sind nicht dazu da, um die Privatinteressen eines von der Stadt bezahlten Beamten zu fördern und einzelne Leute auf städtische Kosten zu bereichern. Was aber bisher ein städtischer Beamter ausführen konnte, eigentlich gar nicht durfte, muß die Stadt schon lange können und unserer Verwaltung trauen wir sehr wohl zu, daß sie die Gräberpflege wie die Dekoration der Leichenhalle übernehmen kann. Beschäuft das, so wird endlich ein Zustand beseitigt, der in der städtischen Verwaltung als ein unerhörtes bezeichnet werden muß. Viele Tausende von Mark Einnahmen sind bisher stillschweigend in die Taschen eines Beamten geflossen, die der Stadt gehört hätten.

Im Kinderhaus Blumenstr. 78 (Bureau d. pl. L.) wird jetzt nach dem Grundsatz „aus wenig wird viel“ gespart. Wir werden um Bekanntgabe folgender Mitteilungen gebeten: Die Sparkasse im Kinderhaus ist, wie alle Einrichtungen des Hauses, nur für Unbemittelte. Sie kommt den Sparern weit entgegen, da ihr einziges Ziel ist, die Gesundheit und das Gedeihen des kommenden Geschlechts zu fördern.

Zunächst wird den Sparern unentgeltlich sachverständige Auskunft in allen Fragen des Mutter- und Kinderdaseins gegeben (z. B. Belehrung in Armen- und Rechtsfachen, über Vormundschaft, Nachweis erprobter, guter Pflegerstellen). Wird für Kuraufenthalte, Ferienkolonien, Schülerwanderungen, Turnfahrten, Leubenskolonien und ähnliches gespart, so werden die hierfür nötigen Schritte unterstützt. Besondere Vorzüge sind für die Zeit vor und nach der Entbindung und für die Entbindung selbst getroffen. Man kann vorher z. B. Unterricht in Säuglingspflege nehmen und für die Entbindung die nötigen Ausgaben rechtzeitig sparen. Die geeignete Anstalt wird für die Entbindung nachgewiesen; bei der Entbindung wird gegen 1 M. eine „Wochenausstattung“ geliefert, die folgendes enthält: Säuglingswanne mit Schüssel, Bürste, Seife, Unterlügen, Watte, Binden, Handtücher; wenn nötig Laken, Bettbezüge und Leibwäsche. Für die Zeit des Wochenbettes selbst wird Hauspflege vermittelt und werden die Säuglingsfürsorge und andere einschlägliche Einrichtungen herangezogen. Weiter werden den Sparern besondere Vorteile bei der Anschaffung der Erstlingsausstattung, von Kinderwagen, Betten und anderen Möbeln, sowie bei der Bekleidung der größeren Kinder, z. B. bei Beschaffung von Wäsche, Kleidern, Stiefeln gewährt. Kurzum, es werden die Sparern nicht nur zur rechten Zeit das nötige Geld haben, sondern sie werden es auch besonders sparsam und zweckmäßig zum eigenen Nutzen und zum Nutzen ihrer Kinder verwenden.

Die Spararten werden im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, vorn parterre links (Sprechstunde 2-5 Uhr, Sonnabends 2-7 Uhr), ausgegeben. Die Sparmarken von 20 Pf., 50 Pf. und 1 Mark werden bei Vertrauenspersonen in allen Stadtbezirken zu haben sein. Wer sich für diese neue Wohlfahrtseinrichtung interessiert, erhält bereitwillig Auskunft im Bureau des Kinderhauses.

Ausstellung einer Stempelmaschine für Postanweisungen. Eine Stempelmaschine für Postanweisungen ist nach den Angaben des Reichspostamts hergestellt und jetzt bei dem Postamt W. 8 in Berlin aufgestellt worden. Sie wird dort am Mittwoch, den 14. September in Betrieb gesetzt. Die Maschine ist in einem kleinen, handlichen Kasten eingeschlossen, der auf dem Tische neben dem annehmenden Schalterbeamten Platz findet. Der Beamte steckt die Postanweisung in einen Schütz, dreht eine Kurbel und die Anweisung kommt mit allen notwendigen Stempeln und Nummern aus der Maschine wieder. Der Aufgabestempel des Postamts mit Tag und Stunde wird an drei verschiedenen Stellen abgedruckt, auf dem Abschnitt für den Empfänger, der Stammkarte der Postanweisung selbst und endlich auf dem angehängten Posteinlieferungschein. Außerdem sind die Freimarken durch Striche, ähnlich wie bei den großen Stempelmaschinen, entwertet. Die Aufgabenummer ist auf der Stammkarte und auf der Quittung aufgedruckt. Die Stammkarte enthält außerdem noch den Ort, die Nummer des Postamtes und des Schalters. Die Aufgabenummern der Maschine gehen von 1 bis 9999. Die Maschine ist für die neuen Postanweisungsformulare mit angehängtem Einlieferungschein eingerichtet, kann aber während der Uebergangszeit auch für Postanweisungen ohne diesen Schein benutzt werden. Die für diese bestimmten Stempel können dann ausgeschaltet werden. Die neue Maschine erleichtert und beschleunigt nicht nur sehr wesentlich das Annahmegeschäft, sondern sichert auch die genaue Uebereinstimmung der verschiedenen Stempel, die sich auf den drei einzelnen Teilen der Postanweisung wiederholen. Das erste Muster der Maschine gilt zunächst als ein Versuch. Wenn es sich bewährt, dürfte die Maschine bei den größeren Postämtern mit lebhaftem Anweisungsverkehr Verwendung finden.

Die städtische Waisen-Deputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, sich an den Kosten der bei Einleitung der Fürsorgeerziehung bereits vorzunehmenden ärztlichen Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Jugendlichen zu beteiligen und diese Kostenlast auch in solchen Fällen mitzutragen, in denen es demnächst zur Einleitung der Fürsorgeerziehung nicht kommt.

Zu den im Herbst d. J. geplanten Ausbildungskursen in der königlichen Erziehungsanstalt Hardehausen für im Fürsorgeerziehungswesen tätige Erzieher und Erziehungsgehilfen sollen nach Entschliebung der Waisen-Deputation ein Lehrer und ein Erziehungsgehilfe entsandt werden.

Verbrannte deutsche Briefpost. Deutsche Briefposten sind, wie berichtet, beim Brande des peruanischen Postdampfers „Gullana“ an der Küste von Peru am 26. Juli zugrunde gegangen. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß außer den Briefbücheln von Bremen auch solche von der Bahnpost Köln-Verliver für Lima, Arequipa und Callao in Peru sowie La Paz in Bolivien vernichtet worden sind. Man vermutet, daß die Beutel die Briefsendungen enthielten, die zur Beförderung über Colon-Panama nach Peru und Bolivien bestimmt waren und in der Zeit zwischen dem Postschlusse für den Dampfer der American Line von Cherbourg nach New York am 2. Juli sowie für den deutschen Dampfer „Arzonginesen Cecillie“ ab Cherbourg nach New York am 6. Juli sich angesammelt hatten.

Mordversuch und Selbstmord.

Eine blutige Liebestragödie spielte sich Dienstag abend gegen 7 Uhr in der Willibald-Alexis-Straße 14 im Südwesten Berlins ab. Aus verschämter Liebe suchte dort der 31-jährige Feiseur W. Schneider seine Geliebte, die Arbeiterin M. Eifer bed durch einen Revolveranschlag in den Kopf zu töten und brachte sich dann selbst einen Schuß in den Mund bei. Während das Mädchen noch lebend nach dem Krankenhaus geschafft werden konnte, erlag Schneider seiner Verletzung nach kurzer Zeit. Die Leiche kam nach dem Schauhaufe.

Seit mehreren Jahren betrieb der Feiseur Schneider in dem Hause Arndtstraße 9 ein Feiseurgeschäft. Er war mit der Arbeiterin Martha Eifer bed bereits verlobt und wollte demnächst heiraten. In den letzten Monaten kam es aber zwischen den Liebenden zu einem Zerwürfnis, so daß das Mädchen die Verlobung aufheben wollte. Gestern abend erschien plötzlich Schneider vor der Wohnungstür seiner Braut Willibald-Alexis-Straße Nr. 14 und begehrte Einlaß. Dieser wurde ihm auch gewährt, und nun hatte das Paar eine heftige Unterredung. Als das Mädchen wieder ablehnte, zog dann Schneider einen Revolver aus der Tasche und feuerte ihn auf die Geliebte ab. Die Kugel drang in die Stirn ein. Auf die Pflanzung des Mädchens eilten andere Hausbewohner herbei. Ehe sie jedoch in die Wohnung eindringen konnten, hatte Schneider schon eine zweite Kugel auf sich selbst abgeschossen. Die Kugel war in den Mund eingedrungen und wirkte tödlich. Das Mädchen wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Urban-Krankenhaus transportiert, wo es Aufnahme fand. Das Befinden war gestern abend recht bedenklich.

Heijermans Irrenhausbesuch. In einem zweiten Artikel über seinen einer städtischen Irrenanstalt abgeleiteten Gelegenheitsbesuch nimmt Heijermans eine starke Schwöpfung vor und setzt auf das anfängliche Lob für die „aufopferungsvollen“ Irrenärzte eine höchst abfällige Kritik der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der modernen Psychiatrie im allgemeinen und unserer städtischen Psychiater im besonderen. Herr Heijermans ist zunächst im Irrtum, wenn er glaubt, daß unsere Irrenärzte sich im Amte ein Bein stecken. Von solcher bewundernswürdigen Hingabe kann gar keine Rede sein. Auf fast allen Stationen unserer städtischen Irrenanstalten und auch anderwärts findet täglich einmal oder höchstens zweimal eine Visite des Stationsarztes „im Lauffschritt“ statt. Allenfalls in den Lazaretten des Aufnahmehauses, wo die frisch eingelieferten Kranken liegen, verweilt der Arzt eine halbe Stunde. Der Oberarzt kommt nur einmal täglich, aber auch nicht immer, und der Herr Direktor mit seinem Dutzend Nebenpöden ist so vielbeschäftigt, daß er sich den Patienten persönlich überhaupt nicht widmen zu können glaubt. Es gibt Anstaltsdirektoren, die sich den ganzen Monat über kaum einmal auf irgend einer Station blicken lassen, und dann auch nur aus besonderer Veranlassung eines sie interessierenden Spezialfalles. Aufbewahrungsanstalt, nicht Heilanstalt — das ist der Grundton, der aus dem gesamten heutigen Irrenwesen herausklingt. Nur sehr wenige Irrenärzte, die es mit der Verantwortung ihrer Stellung ernst nehmen, vertiefen sich verständlich und menschenfreundlich in die Seele ihrer Patienten. Wenn es an Bewerbern um irrenärztliche Stellen manchmal fehlt, so liegt es an der mangelhaften Besoldung und an der geringen Aussicht, es bald zum Oberarzt zu bringen. Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung nicht viel besser als die vielerörterten ländlichen Pflegerverhältnisse. Daß die Stadt Berlin in den Irrenanstalten junge Ärzte einstellt, die absolut keine psychiatrische Vorbildung zu haben brauchen und trotzdem 100-200 Patienten zugewiesen erhalten, nennt Heijermans mit Recht einen schweren Mißstand, eine unerhörte Rücksichtslosigkeit, eine Karodie auf die vielgerühmte moderne Irrenpflege. Er erklärt, was allen Vernunftbegabten längst kein Geheimnis ist, daß das System der Irrenpflege in Dallwitz, Herzberge und Buch in der Theorie „wissenschaftlich“ sein mag, in der Praxis aber das System eines großen Gefängnisses ist. Der wirklich wissenschaftliche Betrieb liege durch das Gefühl der Mißwirtschaft, das sich der Ärzte bemächtigt habe (?! Die Red.), völlig daneben. Im Laboratorium wird nicht gearbeitet, Sektionen finden immer seltener statt, die notwendigen medizinischen Instrumente sind nicht vorhanden. Dafür übermäßig viele Einzelzellen, unzureichende Badeeinrichtungen, statt der früheren eisernen Wandbetten (und Zwangsjacken) belaudete Einspritzungen, die den Körper verletzten. Also wissenschaftlicher Verfall ärgsten Grades. Soziale Rücksichtslosigkeit und ein unjener ganzen reaktionären Zeitrichtung angepaßter Kasernismus. „Und die Kranken, die bei dem Kapitel nicht mitzureden haben, sind die Dürftigen.“

Mit erfreulicher Schärfe geißelt Heijermans die skandalösen Verhältnisse, unter denen das Pflegerpersonal leidet und die wie wiederholt in unserm Blatte gekennzeichnet haben. Die Gehaltsverhältnisse seien miserabel; eine Köchin oder ein Hausmädchen in einer Berliner Familie verdienen gewöhnlich mehr bei besserem Leben und mehr freier Zeit.

Heijermans glaubt, daß seine Enthüllungen, die uns und anderen Wissenden wenig Neues melden, auf die Verhandlungen des Anfangs Oktober in Berlin stattfindenden psychiatrischen Kongresses von Einfluß sein werden. Wir möchten das hoffen, glauben es aber nicht. Bei diesen in ihre sogenannte Wissenschaft vernarrten Irrenhauskonventionen muß viel schwereres Geschäft aufgeföhren werden — der energische Wille des Volkes, auch die Irrenhausreaktion zu brechen.

Achtung, Straßenbahn! Warnungsschilder mit dieser Aufschrift sind jetzt endlich auf dem Senefelder Platz an dem westlichen Untergrundbahn-Bauzaun angebracht worden, neben dem unmittelbar die Straßenbahngleise vorbeiföhren. Dieser kaum meterbreite Weg zwischen Bauzaun und Gleisen wird namentlich von Kindern viel benutzt. Es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß hier noch kein Mensch überfahren wurde. Ob das bloße Warnungsschild den Zweck erfüllt, kann zweifelhaft sein. Bei dem unweit davon gegenüber dem jüdischen Kirchhof angelegten Uebergang über dem offenen Untergrundbahntunnel fehlen gleichartige Warnungsschilder. Sie sind auch hier notwendig, wo die Straßenbahn ebenfalls dicht am Bauzaun und somit auch am Uebergang vorbeiföhrt.

Eine dritte Verhaftung zum Fürstenwalder Mord. Die von neuem eingeleitete Untersuchung über den Raubmord, dem in der Nacht zum 28. Oktober 1906 der Kaufherr Haase der Schultheißbrauerei bei Fürstenwalde zum Opfer fiel, hat zu einer neuen Verhaftung geführt. Wie aus Möncheberg gemeldet wird, wurde dort gestern auch die ehemalige Geliebte des ermordeten Kaufherrn Haase wegen Meineids in zwei Fällen verhaftet. Die Verhaftete ist vollständig geständig; sie gibt an, von dem bereits verhafteten Arbeiter Conrad zum Meineid angestiftet worden zu sein. Im Zusammenhang mit der Mordaffäre sind von dem Berliner Kriminalkommissar Tredow II, wie bereits gemeldet, die Arbeiter Conrad und Basse zunächst wegen Meineids verhaftet.

Ein fingierter Raubfall.

In einem Abteil dritter Klasse des Südringzuges 2038 der gestern vormittag um 9 Uhr auf der Station Schmargendorf eintraf, wurde der 19 Jahre alte Kaufmannslehrling Bruno Meyer, Stolpische Straße 41 bei den Eltern wohnhaft, in bewußtlosem Zustande auf einer Stuhlbank liegend, mit einem Damentaschentuch im Munde und

entleerten Taschen aufgefunden. Nachdem er sich erholt hatte, gab er an, er sei zwischen den Stationen Lehrter Bahnhof und Bellevue durch einen Schlag auf den Kopf betäubt und seiner Wertsache in Höhe von 27 M. beraubt worden. Von dem angebliehen Täter konnte er nur angeben, daß er schwarzes Haar und einen starken Schnurbart habe. Bekleidet sei er mit einem blauen Jacketanzug gewesen.

Nach einer neueren Nachricht hat sich der Kaufmannfall als erfunden herausgestellt. Die Angaben Meyers schienen schon von vornherein als nicht wahrheitsgemäß. Meyer war eine kleine Summe anvertraut worden. Diese hatte er in der Nacht zum Dienstag in verschiedenen Cafés und Restaurants mit weiblicher Bedienung ausgegeben. Dann hatte er gegen Morgen einen Südringzug bestiegen und den Leberfall erbracht. Nachdem er von der Kriminalpolizei eingehend vernommen wurde, legte er schließlich ein Geständnis ab.

Eine teure Besuche. Mit einem nächtlichen Abenteuer hat sich die Kriminalpolizei schon wieder einmal zu beschäftigen. Ein Kaufmann besuchte mit einer „Dame“, die er auf der Straße kennen lernte, eine italienische Weinstube im Westen der Stadt und sprach mit ihr dem feurigen Nebenbuhler wieder zu. Er glaubte, daß die Dame der Wirkung des Alkohols auch noch mit einem Schlaf- oder Betäubungsmittel nachgeholfen habe. Das Ende war jedenfalls, daß er, als er mit der Begleitenden um drei Uhr früh aufbrach, so gut wie sinnlos betrunken war. Was mit ihm seit jener Stunde geschehen ist, weiß er nicht mehr. Als er aber morgens wieder zu sich kam, entdeckte er zu seiner nicht gerade angenehmen Überraschung, daß ihm die Brieftasche mit 900 Mark fehlte. Er zweifelte nicht daran, daß seine „Dame“ sie ihm abgenommen hat, und das wird wohl auch so sein. Auf die Wiederbeschaffung der ganzen Summe aber eines größeren Teiles hat er eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

Die Untersuchung der großen Schwindereien, die der verhaftete Geldvermittler Josef Margolin verübt hat, zieht immer weitere Kreise. Jetzt ist auch ein Geldvermittler, der Graf de la Ramé, in Wirklichkeit Bela Kimm, im Haag bereits festgenommen. Der angeblische Graf bewohnte dort mit seiner Gattin und Dienerschaft seit einiger Zeit im Hotel de Ville drei Zimmer. Er erregte dort durch seine ganze Erscheinung einiges Aufsehen in der Gesellschaft, besonders unter den anderen Hotelgästen. Den Vormittag pflegte der stattliche Aristokrat im seidenen Schlafrock auf den Hotelstufen zuzubringen. Viel bemerkt wurde sein großer Wappenstein, den ein eingraviertes A (Adalbert heißt der Graf mit Vornamen), darüber eine spielende Bombe und die Grafenkrone zieren. Das gleiche Wappen trug die „Gräfin“ auf ihrer goldenen Handtasche.

Ueberfahren und getötet wurde gestern nachmittag der drei Jahre alte Sohn Gustav des Arbeiters Müller aus der Ackerstr. 93. Das Kind geriet beim Ueberfahren des Bahndammes an der Ecke der Gartenstraße und des Gartenplatzes unter einen zweispännigen Arbeitswagen und wurde so schwer verletzt, daß es schon auf dem Wege nach dem Lazaruskrankenhaus starb. Der Kutscher entfloß und konnte nicht festgestellt werden.

Bei einer Partie der Freien Jugendorganisation (Abt. I) am 23. August nach den Hübnerdorfer Kallbergen hat ein Teilnehmer auf dem Rückhausewege in der Gegend der Viebesquelle in Woltersdorf seine Uhr mit Kette verloren. Die Uhr trägt die Nummer 160 994 und ist ein Andenken. Sollte ein Leser unseres Blattes der Finder sein, so wird derselbe um Abgabe an W. Köhl, Thurneysersstraße 7, II. Ausgang, vorn II, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Genosse Wollenkamp teilte zunächst mit, daß zur Einweihung der Armenhalle in der Gerichtstraße eine Einladung erfolgt sei. Hierauf berichtete der Ausschuss für die Aenderung der Grundzüge zur Bewilligung schulgeldfreien Unterrichts auf den städtischen höheren Lehranstalten. Der Ausschuss hatte beschlossen, die Angelegenheit nochmals an den Magistrat zu verweisen und ihn zu ersuchen, noch weitere Feststellungen über die Verteilung der Stellen zu treffen. Es lag folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor:

a) Bei der Festlegung der Zahl der Freistellen an den höheren Lehranstalten sind die auswärtigen Schüler mitzuzählen.
b) Die Zahl der Freistellen, nach der Gesamtstättlerzahl berechnet, ist von der Deputation für das höhere Schulwesen auf die einzelnen Anstalten zu verteilen.

Da dieser Antrag den Herren nicht recht behagte, so mußte die Angelegenheit nochmals zurückverwiesen werden. Alsdann erfolgte der Bericht über die Genehmigung der Dienstausweisung für Schulärzte. Der Bericht zeigt, daß das nebenamtliche Schulärztesystem die gestellten Aufgaben nicht so eingehend zu erledigen im Stande ist, wie der Bericht im Hauptamt beschäftigt werden. Stadtverordneter Dr. Friedemann (lib.) sprach sich gegen die Anstellung der Schulärzte im Hauptamt aus, es käme vielmehr auf die Verlor als auf das System an. Genosse Verstein widersprach dem. Es könnte bei den Kindern die Tuberkulose viel besser beobachtet und sofort dementsprechende Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Schulärzte angestellt würden. Angenommen wurde der Antrag:

Die Versammlung erklärt sich mit der Anstellung von Schulärzten im Hauptamt sowie für die organische Verbindung des Schulärztwesens mit anderen hygienischen Einrichtungen der Gemeinde prinzipiell einverstanden und erwartet eine entsprechende Vorlage des Magistrats.

Die hiesigen Oberlehrer petitionierten um Ergänzung der Deputation für das höhere Schulwesen um einen Oberlehrer. Der Ausschuss ersuchte um Ablehnung, da augenblicklich eine derartige Stelle nicht zu besetzen ist. Genosse Verstein meinte, daß wenn eine Stelle zu besetzen ist, man auch eine Oberlehrerin berücksichtigen sollte, da der Deputation genügend Herren angehört. Für diese Ausführungen schloß verschiedene bürgerliche Vertreter das richtige Verständnis, denn sie hatten nur ein Lachen dafür. Man verständigte sich dahin, bei eintretender Bilanz die Petition in Wiedererwägung zu ziehen.

Die Laternenanwärter petitionierten um Einstellung in städtische Dienste, da durch die Einführung des elektrischen Lichts die Gaslaternen abgeschafft und sie überflüssig würden. Die Direktion der Englischen Gasanstalt hatte den seit Jahren bei ihr beschäftigten Laternenanwärtern mitgeteilt, daß mehrere entlassen werden müßten, da die Stadt weniger Gas für ihre Straßenbeleuchtung entnehme. Von dieser strengen Maßregel werden Leute getroffen, die bis 20 Jahre bei der G. E. G. A. beschäftigt sind. Die Genossen Hoffmann und Dohst hielten es für eine moralische Pflicht der Stadt, diese Leute zu übernehmen. Der stämmiger Nachowicz wies die Einstellung der Laternenanwärter entschieden zurück; er meinte, soweit diese nicht gegangen werden, denn sonst hätten die Arbeiter anderer Betriebe das Recht in ähnlichen Fällen das gleiche zu verlangen. Von liberaler Seite wurde für Ueberweisung der Petition an den Magistrat als Material beauftragt. Damit glaubten die liberalen Vertreter ihren Liberalismus vor vollen Geltung gebracht zu haben. Die Sozialdemokraten beantragten: Die Petition dem Magistrat als Material zur wohlwollenden Berücksichtigung zu überweisen. Hierfür stimmten außer der sozialdemokratischen Fraktion nur die Liberalen Dr. Engel, Gotheiner, Hartmann und v. Dzewowski.

Durch die stärkere Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorge ist eine Nachbewilligung von 5000 M. erforderlich. Die Summe verteilt sich auf Stipendien 500 M., Milchlieferung für Mütter 4000 M., Unterbringung der Mütter zur Ermöglichung des Selbststehens, Geld- und Stärkungsmittel 500 M. Diese Beträge wurden ohne Debatte bewilligt.

Kommune am folgenden von allen vier Fraktionen unterzeichneten Dringlichkeitsantrag zur Debatte:

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, kleinigt an den maßgebenden Stellen vorstellig zu werden, um Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot zu ergreifen, insbesondere Aufhebung der Jölle für Vieh, Fleisch und Futtermittel.

Nachdem die Stadtverordneten Meher und Lukah (lib.) sich dafür ausgesprochen, meinte Stadtv. Heppner (lib.), daß sich auch die Landwirtschaft dafür interessieren müsse, indem ganz besonders für die Ernährung der Futtermittelzölle eingetreten werde. v. Dzewowski (lib.) meinte, das Seuchengebiet müßte aufgehoben werden, dann würde die Fleischnot nicht so stark auftreten. Genosse Verstein wies nach, wie der Fleischbedarf gestiegen sei; es müsse daher dafür gesorgt werden, daß genügend Fleisch eingeführt werde. Dies könne nur durch die Beseitigung der Einfuhrzölle geschehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Damit war die öffentliche Sitzung beendet.

Wilmerdsdorf.

Setzt die Wählerlisten nach!

Nur zwei Tage noch liegen die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen öffentlich aus. Sie sind einzusehen bis zum 15. September von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in der Meide- und Bahlabteilung des Magistrats, Gasteiner Straße 11, 2 Treppen. Da es bei den im November dieses Jahres stattfindenden Wahlen darauf ankommt, endlich auch die Arbeiterinteressen in der heute von einer reaktionären Mehrheit beherrschten Stadtverordnetenversammlung zur Geltung zu bringen, so erwacht den Einwohnern doppelt die Pflicht, darauf acht zu geben, ob sie auch in der Wählerliste stehen und somit ein Recht haben, ihre Wahllosigkeit auszuüben. Jeder über 24 Jahre alte preussische Staatsangehörige muß, wenn er ein Jahr in Wilmerdsdorf wohnt und in dieser Zeit keine Armenunterstützung erhalten hat, in der Liste verzeichnet stehen.

Diejenigen Parteigenossen, denen es an Zeit mangelt, die Liste selbst nachzusehen, werden ersucht, mündlich oder schriftlich ihre Adresse an eine der folgenden Stellen abzugeben: Goddäns, Augustastr. 23, Stb. I; Hausboldt, Pariser Str. 60; Frau Markewitz, Weimarische Str. 12; Pieper, Zigarrenhandlung, Berliner Str. 46; Schröder, Heidelberger Platz 2, III; Schubert, Wilhelmstraße 26; in Galensee bei Kempfer, Joachim-Friedrich-Str. 29, vorn IV.

Rigdorf.

Eine Revolveraffäre spielte sich vorgestern nacht in der Zulusstraße ab. Dort versuchte der 23jährige Gelegenheitsarbeiter Richard Martin die 17jährige Anna Waldow, mit der er ein Verhältnis unterhielt, zu erschlagen. Die W., so wird berichtet, hatte vor einigen Tagen den Entschluß gefaßt, sich von M., der sie zu unlauteren Zwecken benutzte und ausbeutete wollte, loszusagen. M. geriet hierüber in heftige Erregung und er begab sich nach dem Hause, wo das Mädchen wohnte. Hier feuerte er, als er sie unter einem Vorwand ans Fenster gelockt hatte, einen Schuß auf dieselbe ab. Zum Glück verfehlte die Kugel ihr Ziel. M. schloß in der Meinung, die W. getroffen zu haben, wurde aber bald ergriffen und verhaftet.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Feuerwehr hatte gestern vormittag um 9 Uhr einen gefährlichen Kellerbrand in der Kankestraße 24 zu löschen. Als die Feuerwehr dort ankam, stand der Keller schon in Flammen. Durch schnelles Löscheng gelang es indes, die Gefahr, die vermutlich durch in der Nähe lagernde Heizrohre entstanden war, bald zu beseitigen. Die Aufräumung nahm dann nur kurze Zeit in Anspruch, so daß der Zug aus der Ostwache nach 10 Uhr wieder abdrücken konnte.

Der Charlottenburger Bildungsausschuss veranstaltet am Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“ eine Aufführung von Max Halbes „Jugend“. Hierzu sind namhafte Schauspieler des Deutschen und Berliner Theaters gekommen, so daß die Gewähr gegeben ist, daß den Teilnehmern etwas wirklich Gutes geboten wird. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. inkl. Garderobe und Theatergetränk. Billets sind zu haben bei den Zahlhabendleitern des Wahlvereins, ferner bei H. Will, Kirchstraße 30, A. Weisheit, Rosinenstr. 3 (Stehbierhalle), G. Scharnberg, Selenheimer Straße 1, sowie in den Niederlagen des Konsumvereins: Wallstraße 23, Tauroggenstraße 10, Potsdamer Straße 12 und Weimarer Straße 20.

Steglitz.

Im Bett erstickt ist vorgestern das einjährige Töchterchen des in der Hubertusstraße wohnhaften Kaufmannes Hoffmann. D. war mit seiner Ehefrau in Berlin gewesen, und als das Paar heimkehrte, fand es zu seinem Entsetzen das einjährige Töchterchen als Leiche im Bett auf. Mit dem Gesicht lag das Kind auf dem Rücken. Wahrscheinlich ist die Kleine im Schlaf erstickt.

Petershagen b. Fredersdorf.

Ihre Weisheitskenntnis hat die hiesige Gemeindevertretung jetzt dem Ausschuss des Kreises Niederbarnim schriftlich bestätigt erhalten. Der Grund war folgender: Bei der Gemeindevahl wurde der Genosse Franz Stimming mit einer Stimme Majorität gewählt. Da unser Genosse bei den Bauern sowohl wie bei einem der hiesigen Grundbesitzvereine nicht gerade beliebt ist, wurde nach Gründen gesucht, um die Wahl für ungültig zu erklären. Die Gründe, warum die Wahl ungültig sei, teilte man aber Stimming nicht mit. Als derselbe nun beim Kreisauschuss Klage erhob, erhielt er auf seine Anfrage vom Gemeindevorsteher folgenden Bescheid: 1. Seien die Wähler der 1. und 2. Abteilung zugegen gewesen; 2. hätten nicht wahlberechtigte Personen sich im Wahllokal aufgehalten; 3. hätte ein Wähler nochmals nicht wahlberechtigte Personen mit in das Lokal gebracht; 4. stand ein nicht in die Wählerliste gehöriger Einwohner darin, ein anderer, der wahlberechtigt war, aber nicht. Stimming widerlegte die Gründe in seinem Schreiben an den Ausschuss. Der als Vertreter der Gemeinde beim Ausschuss gewählte Gemeindevorsteher wußte in der Sitzung nichts mehr davon, es wurde daher der Einbringer des Protestes, Herr Lange, dazu gewählt. Da nun die Herren wohl sahen, daß ihre vermeintlichen Gründe nicht ausreichen würden, um das gesteckte Ziel zu erreichen, so ließen sie die Gründe fallen; nach vier Monaten fanden sie einen anderen. Er war zwar von A bis H erlogen, doch was schadete. Jetzt sollte mit einem Male ein Wähler und zwei zu ihm gehörige Freunde im Lokale agitiert haben. Wie erlogen die ganze Geschichte ist, geht schon daraus hervor, daß dieser hier angeführte Wähler erst zehn Minuten vor Schluß des Wahlaktes das Wahllokal betreten hat. Der Kreisauschuss erklärte nach Prüfung des Sachverhalts die Wahl für gültig. Leider ist durch die Willkür und Weisheitskenntnis der Gemeindevertretung unser Genosse ein halbes Jahr gehindert worden, sein Amt als Gemeindevorsteher auszuführen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Eine imposante von etwa 400 Männern und Frauen besuchte Versammlung tagte am Sonntagvormittag im „Gasthaus zur Linde“. Genosse Wermuth behandelte das Thema „Kaiserreden, Fleischnot und Lebensmittelvertheuerung“. Die Versammelten beklagten durch ihren Beifall während und am Schluß des Referates, daß auch sie der staatsfeindlichen Politik der Regierung sowie der bürgerlichen Parteien müde sind. In der Diskussion ermahnte ein Genosse die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen. Genosse Schützke-Rummelsburg führte in packenden Worten den Verfall der gleichfalls vor Augen, daß sie nur durch eine Verringerung unserer elenden Zustände herbeiführen helfen können, wenn sie sich engliedern in die Arme des organisierten Proletariats. Eine Anzahl Versammelter erklärten ihren Beitritt zur Organisation. Der zufällig auf einer Partie befindliche Arbeitergesangsverein von Friedrichshagen

trug vor und am Schluß der Versammlung mehrere stimmungsvolle Lieder vor.

Dabendorf bei Zossen.

Mit der Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins beschloß sich am Sonntag, den 11. September, eine im Halerschen Lokale stattgefundene Versammlung. An Stelle des verhinderten Genossen Zubeil hatte Genosse Bagels das einleitende Referat übernommen, der in einleitender Rede den Versammelten die Notwendigkeit der Organisation vor Augen führte. Besonders unterzog der Redner unter dem Beifall der Versammlung die letzten Kaiserreden einer scharfen Kritik. Der Erfolg war, daß sich 20 neue Mitglieder in den Wahlverein aufnehmen ließen, so daß mit den 15 alten Mitgliedern der neue Wahlverein 35 Mitglieder zählt. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Karl Dabendorf, erster Vorsitzender; Ernst Seile, zweiter Vorsitzender; Paul Binder, Kassierer; Walter Schunack, Schriftführer; Rudolf Lau, Beisitzer. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß zu einer nächsten Versammlung der Genosse Zubeil gewonnen werden sollte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Krenser ereignete sich vorgestern auf der Schöneicher Chaussee. Ein mit zwei Damen und einem Herrn besetzter Krenser wurde beim Kreuzen der Gleise auf der Chaussee zwischen Friedrichshagen und Schöneiche von einem herankommenden Straßenbahnzug so heftig angefahren, daß er fast vollständig zertrümmert wurde. Die drei Insassen flogen im großen Bogen auf die Chaussee und erlitten alle Verletzungen, sodas dieselben sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußten.

Spandau.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vorgestern vormittag in der Fabrik von Orenstein u. Koppel, Hamburger Straße. Durch eine unvorsichtige, mehrere Zentner schwere Eisenplatte wurde ein Arbeiter derartig gequetscht, daß er in fast hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte.

„Streifposten in einer Stärke von zwei Mann zogen heute früh pünktlich um 7 1/2 Uhr in der Breitenstraße, zwischen Markt und Charlottenstraße, auf Wache. Stundenlang verrichteten sie diese Arbeit.“ Diese Notiz bringt in seiner gestrigen Nummer der „Anzeiger für das Havelland“, ein freisinniges Organ. Was das Blatt mit dieser Notiz bezwecken will, ist wohl un schwer zu erraten. Die hiesigen Klemperer stehen im Streik, und es ist ja eine bekannte Tatsache, daß bei Streiks die Polizei immer die Interessen der Arbeitgeber wahrnimmt. Der Zweck der Notiz kann also kein anderer sein, als die Polizei auf die Streifposten aufmerksam zu machen. Der Anzeiger, der ja schon verschiedentlich Proben seiner Arbeiterfeindschaft gegeben hat, trotzdem der größte Teil seiner Leser leider aus Arbeitern besteht, ist hier wieder mal seinem Prinzip treu geblieben.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmann, Vorbergstraße 9: Reiter-Abend, bestehend aus Vortrag und Regitation.

Amlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur reichlich, Geschäft ruhig, Preise unanändert. Wild: Futur mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Weizengr.: Futur ausreißend, Geschäft reger, Preise wenig verändert. Roggen: Futur mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unanändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur reichlich, Geschäft sehr still, Preise schwer behauptet.

Witterungsübersicht vom 13. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.
Schwetzingen	762,0	SW	3	wolfig	17	Darmstadt	765,0	SW	4	bedekt	12
Hamburg	763,0	SW	2	bedekt	13	Petersburg	771,0	SW	1	wollos	11
Berlin	761,0	SW	2	bedekt	14	Schwabm.	768,0	SW	1	beller	13
Kranichfeld	760,0	SW	3	bedekt	14	Übersee	769,0	SW	2	Dunst	8
München	760,0	SW	1	bedekt	13	Paris	764,0	SW	2	wollos	10
Wien	760,0	SW	1	bedekt	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 14. September 1910. Vorherrschend wolkig, am Tage etwas fächer mit Regenschauern und meist schwachen südöstlichen Winden; später wieder aufklarend. Berliner Wetterbureau.

No. 3 1/2 = 3 1/2 Pfg.

Salem Aleik

Echte Salem Aleikum-Cigaretten.

Zur Verbilligung der Verpackung wird diese Cigarette, außer in Cartons à 100, auch in solchen à 500 Stück Inhalt geliefert.

Reste

Damenmode, schwarz und farbige, Costumes, Blusen, Accessoires, Kleider, Tricot-Stoffe, Seiden, Peluche, Hanwete, Seide etc.

Confection

Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Costumes und Costumes etc. in grosser Auswahl.

C. Pelz,

Kottbuserstr. 5.

Teppdecken

kauft man am besten u. preiswertesten direkt Fabrik

Bernhard Strohmudel,
Berlin, 72. Wallstr. 72,
zwischen Koln- u. Inselstraße.
Alle Decken werden aufgearbeitet.

Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge

jetzt 20-40 Mark.
Täglicher Verkauf.
Kavaler-Klub,
Unter den Linden 61 u.